



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Die sezeessionistische Rhetorik von Milorad Dodik – Hintergründe und Auswirkungen auf die politische Stabilität und Zentralregierungsautorität in Bosnien und Herzegowina

verfasst von | submitted by

Sabina Bungurovic

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree pro-
gramme as it appears on the student record
sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Vedran Dzihic

Abstract

Diese Masterarbeit untersucht die Hintergründe und Auswirkungen der sezessionistischen Rhetorik von Milorad Dodik auf die politische Stabilität von Bosnien und Herzegowina als Gesamtstaat, mit besonderem Blick auf die Autorität der Zentralregierung. Ziel dieser Arbeit war es, zu analysieren, welche Auswirkungen die umstrittene Rhetorik von Dodik auf die politische Stabilität von Bosnien und Herzegowina hat und welche Absichten der Präsident der RS damit verfolgt. Dazu wurde eine Multiple-Case-Study samt qualitativer Inhaltsanalyse von Dodiks sezessionistischer Aussagen im Zeitraum 2021 bis 2024 durchgeführt. Da sich der Westbalkanstaat seit Jahren in einer tiefen politischen Krise befindet, ist es umso wichtiger, mögliche Hintergründe zu reflektieren. Grundsätzlich zeigen die Ergebnisse dieser Masterarbeit, dass Dodik durch den geschickten Rückgriff auf verschiedene sprachliche und strategische Muster, wie die Konstruktion eigener politischer Realitäten, versucht, die serbische Identität in Bosnien und Herzegowina zu stärken und sich gleichzeitig vom Gesamtstaat einschließlich dessen Institutionen und Akteuren abzugrenzen. Damit trägt Dodik wesentlich zur Zerschlagung der politischen Stabilität in Bosnien und Herzegowina bei, wobei auch andere Faktoren wie die in der Verfassung verankerten Elemente der Konkordanzdemokratie diese gegenwärtigen Entwicklungen begünstigen.

Abstract (English)

This master's thesis analyses the background and effects of Milorad Dodik's secessionist rhetoric on the political stability of Bosnia and Herzegovina as a whole, with a particular focus on the authority of the central government. The aim of this study was to analyse the effects of Dodik's controversial rhetoric on the political stability of Bosnia and Herzegovina and the intentions of the President of the RS. To this end, a multiple case study including a qualitative content analysis of Dodik's secessionist statements in the period 2021 to 2024 was conducted. As the Western Balkan state has been in a deep political crisis for years, it is all the more important to reflect on possible backgrounds. Basically, the results of this master's thesis show that Dodik is trying to strengthen the Serbian identity in Bosnia and Herzegovina by skilfully resorting to various linguistic and strategic patterns, such as the construction of his own political realities, while at the same time distancing himself from the state as a whole, including its institutions and actors. In this way, Dodik is making a significant contribution to the destruction of political stability in Bosnia and Herzegovina, with other factors such as the elements of consociational democracy enshrined in the constitution also favouring these current developments.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	5
1.1 Kontextualisierung des Themas innerhalb der politischen Landschaft von Bosnien und Herzegowina.....	5
1.2 Aufbau und Zielsetzung der Arbeit.....	8
1.3 Forschungsstand.....	10
1.4 Forschungsfrage und Hypothesen.....	15
2. Theoretische und methodische Vorgehensweise.....	17
2.1 Theoretischer Rahmen.....	17
2.1.1 Konstruktivismus.....	17
2.1.2 Politische Kommunikation und Rhetorik.....	20
2.1.3 Sezessionstheorie.....	21
2.1.4 Konkordanzdemokratie.....	23
2.1.5 Konkordanzdemokratie in Bosnien und Herzegowina.....	25
2.2 Methodologischer Rahmen.....	28
2.2.1 Qualitative Inhaltsanalyse.....	28
2.2.2 Multiple-Case-Study.....	30
3. Überblick zur politischen Gesamtsituation in Bosnien und Herzegowina.....	32
3.1 Historischer Hintergrund und Entwicklung.....	32
3.1.1 Entstehung von Bosnien und Herzegowina nach der Unabhängigkeit von Jugoslawien.....	32
3.1.2 Bosnienkrieg (1992-1995) und Dayton-Abkommen.....	34
3.1.3 Post-Dayton-Ära: Politische Entwicklungen und Herausforderungen.....	38
3.2 Das politische System von Bosnien und Herzegowina.....	40
3.2.1 Die föderale Struktur: Entitäten und Brčko-Distrikt.....	40
3.2.2 Rolle und Machtbefugnisse der Zentralregierung.....	42
3.3 Politische Spannungen in Bosnien und Herzegowina.....	44
3.3.1 Politische Krisen, Herausforderungen und Blockaden.....	44
3.3.2 Wirtschaftliche Herausforderungen.....	46
3.3.3 Internationale Einflüsse und geopolitische Interessen.....	47
4. Milorad Dodik: Eine politische Figur in Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska.....	49
4.1 Hintergrundinformationen zu Milorad Dodik.....	49
4.1.1 Politischer Werdegang.....	49
4.1.2 Politische Positionen.....	50
4.1.3 Machtkonsolidierung in der Republika Srpska.....	52
4.2 Ideologische Grundlagen von Dodiks sezessionistischer Rhetorik.....	55
4.2.1 Historische und kulturelle Bezüge.....	55
4.2.2 Politische Argumentation.....	57
4.3 Die Rolle von Dodik in der politischen Landschaft von Bosnien und Herzegowina.....	59
4.3.1 Interaktionen mit anderen politischen Akteuren und Parteien.....	59
4.3.2 Einfluss auf die Zentralregierung.....	62
4.3.3 Internationale Wahrnehmungen Dodiks.....	64
5. Sezessionistische Rhetorik von Milorad Dodik.....	66

5.1 Analyse seiner öffentlichen Aussagen.....	67
5.1.1 Themen und Motive seiner Rhetorik.....	67
5.1.2 Sprachliche Mittel und Strategien.....	70
5.2 Fallbeispiele.....	72
5.2.1 Gesetz von OHR Inzko gegen Leugnung des Genozids von Srebrenica (2021).....	73
5.2.2 Gesetz zum „unbeweglichen Vermögen“ in der Republika Srpska (2023).....	77
5.2.3 Gesetz zur Unterbindung des gesamtstaatlichen Verfassungsgerichts in der Republika Srpska (2023).....	81
5.2.4 Veröffentlichung des Dokuments zur Aufspaltung der Entitäten in Bosnien und Herzegowina (2024).....	84
5.3 Zusammenfassung der Ergebnisse aus den Fallbeispielen.....	87
 6. Auswirkungen von Dodiks Sezessionsrhetorik auf die politische Stabilität und Zentralregierungsautorität.....	 89
6.1 Konflikte und Spannungen durch Dodiks Rhetorik.....	89
6.1.1 Interethnische Spannungen.....	89
6.1.2 Innerpolitische Konflikte innerhalb der Republika Srpska.....	90
6.2 Reaktionen der Zentralregierung.....	91
6.3 Langfristige Folgen für die politische Landschaft von Bosnien und Herzegowina.....	93
 7. Politische Absichten und Ambitionen Dodiks mit seiner Sezessionsrhetorik.....	 95
7.1 Politische Ziele und Strategien.....	95
7.1.1 Langfristige und kurzfristige politische Ziele.....	95
7.1.2 Taktische und strategische Ansätze.....	98
7.1 Einfluss auf die Wählerbasis und politische Unterstützung.....	100
7.2.1 Mobilisierung der Wählerbasis.....	100
7.2.2 Rolle von Medien.....	101
 8. Schlussfolgerung.....	 103
8.1 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse aus der Untersuchung.....	103
8.2 Bewertung der langfristigen Auswirkungen von Dodiks sezessionistischer Rhetorik auf Bosnien und Herzegowina.....	109
 9. Literaturverzeichnis.....	 112
 10. Anhang.....	 129

1. Einführung in die Thematik

1.1 Kontextualisierung des Themas innerhalb der politischen Landschaft von Bosnien und Herzegowina

Bosnien und Herzegowina stellt einen kleinen Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawiens in Südosteuropa dar. Der Staat ist seit Jahren von politischen Spannungen geprägt, wobei der Krieg in den 1990er Jahren einen traurigen Höhepunkt in der jüngeren Geschichte von Bosnien und Herzegowina darstellte. Auch nahezu dreißig Jahre nach Beendigung der kriegesischen Auseinandersetzungen ist das politische Geschehen des Staates maßgeblich durch die Komplexität des politischen Systems, die Teilung des Landes in zwei Entitäten, den Friedensvertrag von Dayton aus dem Jahre 1995 sowie die Aufteilung der Bevölkerung nach ethnischer Zugehörigkeit geprägt. Die schlechte wirtschaftliche Lage, die hohe Arbeitslosigkeit sowie Korruption und weitere sozioökonomische Problemlagen verschärfen die ohnehin prekäre Lage zusätzlich. Diese Struktur und einflussnehmenden Faktoren haben zu einer stark fragmentierten und ethnisch polarisierten politischen Landschaft geführt, in dieser auch ethnonationalistische und secessionistische Rhetorik eine fundamentale Rolle im Westbalkanstaat spielt.

Durch die ethnische Fragmentierung und die institutionelle Struktur, die durch das Friedensabkommen von Dayton aus dem Jahre 1995 geschaffen wurde, haben desgleichen zu einer ineffizienten und oft dysfunktionalen Führung der Zentralregierung geführt. Die Machtteilung zwischen den konstitutionellen ethnischen Gruppen hat häufig zu Blockaden und Verzögerungen in politischen Entscheidungsprozessen geführt, was die Fähigkeit des Staates, auf Herausforderungen zu reagieren und Reformen umzusetzen, erheblich einschränkt. Diese politischen Herausforderungen, mit denen Bosnien und Herzegowina konfrontiert ist, wirken sich beispielsweise hemmend auf die Erfüllung der Kriterien für einen Beitritt zur Europäischen Union aus. Denn im Vergleich zu den anderen Staaten des westlichen Balkans ist das Land in dieser Hinsicht deutlich im Rückstand und kann nur geringe Fortschritte verzeichnen.

Zusätzlich wird die politische Landschaft von Bosnien und Herzegowina stark von der internationalen Gemeinschaft beeinflusst, da die Präsenz internationaler Organisationen und die anhaltende Überwachung des Dayton-Vertrags durch den Hohen Repräsentanten zwar den Frieden erhalten, aber auch Spannungen und Widerstände innerhalb des Landes erzeugen. Viele Bosnierinnen und Bosnier sehen die internationalen

Akteure als eine Art Einmischung in ihre nationalen Angelegenheiten, was die Situation weiter verkompliziert.

Weiter ist auch aktuell die politische Lage aufgrund von serbisch-nationalistischen Unabhängigkeitsbestrebungen der Republika Srpska unter Führung des SNSD-Politikers Milorad Dodik sehr angespannt, was eine kontinuierlich bedrohliche Herausforderung im Land darstellt. Dodik ist seit vielen Jahren eine zentrale und einflussreiche Figur in der Politik der Republika Srpska, aber auch des Gesamtstaates von Bosnien und Herzegowina. Er polarisiert dadurch, dass er ethnopolitische Fragen aufwirft, von secessionistischer Rhetorik Gebrauch macht und das politische Gebilde von Bosnien und Herzegowina dadurch nachhaltig infrage stellt. Seine wiederholten Drohungen, die Republika Srpska von Bosnien und Herzegowina abzuspalten, verschärfen die Spannungen sowohl auf gesamtstaatlicher Ebene als auch auf internationaler Ebene. Diese secessionistischen Bestrebungen haben massive Auswirkungen auf die politische Stabilität von Bosnien und Herzegowina, denn zum einen wird die Zentralregierung dadurch geschwächt und es erschwert die Durchsetzung nationaler Gesetze und Reformen. Zum anderen wird die politische Fragmentierung vorangetrieben, wodurch die Zusammenarbeit zwischen den konstitutionellen ethnischen Gruppen und Entitäten behindert wird. Generell führt dies zu einer Blockade in vielen Regierungsprozessen und die Fähigkeit des Gesamtstaates, effektive und erfolgreiche Beschlüsse zu fassen, ist deutlich begrenzt.

Die aktuelle politische Lage ist nach wie vor von secessionistischen und verfassungswidrigen Bestrebungen Milorad Dodiks geprägt, der im Februar 2025 wegen Missachtung internationaler Vorgaben durch den Hohen Repräsentanten zu einer einjährigen Haftstrafe und einem sechsjährigen Amtsverbot verurteilt wurde. Dodik reagierte nur einen Tag nach dem Urteil mit der Verabschiedung verfassungswidriger Gesetze durch die Nationalversammlung der Republika Srpska („Narodna Skupština Republike Srpske“), die die Arbeit gesamtstaatlicher Institutionen wie der Staatsanwaltschaft und der Staatlichen Ermittlungs- und Schutzagentur (SIPA) auf dem Gebiet der Republika Srpska untersagen. Das Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina erließ daraufhin eine einstweilige Verfügung, mit der die Anwendung der von der Nationalversammlung verabschiedeten Gesetze ausgesetzt wurde. Dodik und die Behörden der Republika Srpska setzten jedoch ihre verfassungswidrigen Aktivitäten fort, darunter die Definition der Entität als Staat, die Schaffung einer eigenen Armee und die Abschaffung des so genannten „Rates der Völker“ der Republika Srpska („Vijeće Naroda

Republike Srpske“), der gemeinsam mit der Republika Srpska die gesetzgebende Gewalt ausübt. Diese Handlungen und Bestrebungen blieben bisher nicht ohne Folgen, da gegen Milorad Dodik und zwei weitere Funktionäre der Republika Srpska Haftbefehle erlassen wurden. Die Weigerung, das Urteil zu akzeptieren, und der Versuch, es durch die Verabschiedung verfassungswidriger Gesetze zu umgehen, zeigen, dass Dodik in der Lage ist, Grenzen zu überschreiten. Dadurch wurden erneut hitzige Debatten über die politische Stabilität und potenzielle Ausschreitungen in Bosnien und Herzegowina ausgelöst.

Die aktuelle politische Situation in Bosnien und Herzegowina hat auch internationale Reaktionen hervorgerufen, denn die Europäische Union als auch andere internationale Akteure haben wiederholt ihre Besorgnis über die Handlungen Dodiks sowie die möglichen Folgen einer Sezession der Republika Srpska ausgedrückt. Es wird in diesem Zusammenhang auch immer wieder betont, dass eine derartige Entwicklung die Stabilität nicht nur in Bosnien und Herzegowina gefährden könnte, sondern in der gesamten Westbalkanregion und fordern deswegen Sanktionen gegen Dodik. Trotz dieser Warnungen bleibt Dodik seiner harten Linie treu und nutzt die sezessionistische Rhetorik weiterhin als politisches Werkzeug und verschärft zusätzlich die in Bosnien und Herzegowina herrschenden politisch-strukturellen Probleme.

Aus diesen Gründen befasst sich diese Masterarbeit mit der sezessionistischen Rhetorik von Milorad Dodik und den damit verbundenen Bestrebungen und Absichten, sowie den weitreichenden Auswirkungen auf die politische Stabilität und Zentralregierungsautorität von Bosnien und Herzegowina. Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation, die eine der größten Herausforderungen für die territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina seit Kriegsende darstellt, ist es umso wichtiger geworden, einen Überblick über die bisherigen Bestrebungen Dodiks zu geben und diese in einen Kontext zu stellen. Diese Kontextualisierung kann zudem genutzt werden, um zu prüfen, inwiefern Bosnien und Herzegowina als Gesamtstaat mit seinen Institutionen in der Lage ist, in derart zugespitzten Situationen geschlossen zu agieren. So dient der Westbalkan als exemplarisches Beispiel dafür, wie sich Rhetorik und damit verbundene Absichten wie die von Dodik auf die Dekonstruktion und Konstruktion politischer Stabilität auswirken.

1.2 Aufbau und Zielsetzung dieser Arbeit

Insgesamt gliedert sich diese wissenschaftliche Arbeit in acht Abschnitte, um einen strukturierten Überblick über die verschiedenen Aspekte des zugrundeliegenden Themas zu bieten. Mit der Einleitung im ersten Kapitel beginnend, wird das Thema kontextualisiert und das Ziel sowie der Aufbau dieser Arbeit dargestellt. Darauf folgt das zweite Kapitel, welches die theoretischen und methodischen Herangehensweisen im Fokus hat. Dabei liegt der Schwerpunkt dieses Abschnitts auf den theoretischen Grundlagen des Konstruktivismus und dem Konzept der Konkordanzdemokratie, sowie der qualitativen Inhaltsanalyse und der Multiple-Case-Study als methodologische Grundlagen.

In Kapitel drei soll ein Überblick zur politischen Gesamtsituation in Bosnien und Herzegowina verschafft werden, indem der historische Hintergrund und Entwicklung, das politische System und politische Spannungen in Bosnien und Herzegowina beleuchtet werden. Das darauffolgende vierte Kapitel beschäftigt sich mit der Rolle von Milorad Dodik als politische Figur in Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska und untersucht Hintergrundinformationen zu seiner Person, seinen ideologischen Grundlagen und seiner Rolle in der politischen Landschaft von Bosnien und Herzegowina.

Den analytischen Teil dieser Arbeit bilden die Kapitel fünf und sechs, in denen die secessionistische Rhetorik von Milorad Dodik und dessen Auswirkungen auf die politische Stabilität und die Zentralregierungsautorität im Gesamtstaat analysiert werden. In methodischer Hinsicht wird der Fokus auf eine qualitative Inhaltsanalyse von Dodiks öffentlichen Aussagen und Reden gesetzt, wobei mit der Software MAXQDA die Daten systematisch kategorisiert und analysiert werden. Zudem wird eine Multiple-Case-Study durchgeführt, um spezifische Ereignisse zu analysieren, die durch Dodiks Rhetorik beeinflusst wurden und politische Krisen in Bosnien und Herzegowina ausgelöst haben.

Im siebten Kapitel werden die politischen Absichten und Ambitionen Dodiks mit seiner secessionistischen Rhetorik revidiert, indem seine politischen Ziele und Strategien, der Einfluss auf die Wählerbasis und politische Unterstützung sowie die Auswirkungen auf die innerstaatlichen Dynamiken diskutiert werden.

Im Schlussteil dieser Masterarbeit werden die wichtigsten Ergebnisse aus der Analyse zusammengefasst und die langfristigen Auswirkungen von Dodiks secessionistischer Rhetorik auf die politische Stabilität von Bosnien und Herzegowina diskutiert.

Das Hauptziel dieser Masterarbeit besteht darin, einen analytischen Überblick über die sezeessionistische Rhetorik von Milorad Dodik seit 2018 zu geben, seine politischen Ziele und Ambitionen zu beleuchten und die Auswirkungen dieser Rhetorik auf die politische Stabilität von Bosnien und Herzegowina zu untersuchen. Denn der Präsident der Republika Srpska deutet immer wieder die Möglichkeit eines Referendums über die Unabhängigkeit der serbischen Entität von Bosnien und Herzegowina an und spitzt somit die politische Situation in Bosnien und Herzegowina weiter zu. Selbst in der Position als serbisches Mitglied des dreiköpfigen bosnisch-herzegowinischen Staatspräsidiums im Zeitraum von 2018 bis 2022 deutete Dodik immer wieder Abspaltungsbemühungen an. Diese Rhetorik trägt zu erheblichen Spannungen bei und stellt für das fragile Gleichgewicht innerhalb des Landes, die durch den Vertrag von Dayton hergestellt wurde, eine enorme Gefahr dar. Die Analyse soll eine Untersuchung der sprachlichen Mittel, thematischen Schwerpunkte, der strategischen Kommunikation und Absichten Dodiks umfassen, um ein umfassendes Bild seiner rhetorischen Praxis und dessen Auswirkungen zu zeichnen. Daher sollen in einem weiteren Schritt die Auswirkungen seiner umstrittenen Äußerungen auf die politische Stabilität und die Zentralregierungsautorität von Bosnien und Herzegowina bewertet werden.

Ein zentrales Argument dieser Arbeit besteht darin, dass die Aussagen von Dodik die ethnischen Spannungen innerhalb des Landes verstärken und die politische Stabilität untergraben. Die ethnische Teilung, die durch das Dayton-Abkommen institutionalisiert und konstituiert wurde, hat bereits eine fragile Grundlage für die Einheit des Staates geschaffen. Dodiks wiederholte Drohungen, ein Referendum zur Unabhängigkeit der Republika Srpska abzuhalten, vertiefen diese ethnische Fragmentierung und erschweren eine Versöhnung auf nationaler Ebene.

Generell soll mit dieser Arbeit aufgezeigt werden, dass die Sezessionsrhetorik von Milorad Dodik nicht nur eine Bedrohung für die politische Stabilität und die Autorität der Zentralregierung darstellt, sondern auch langfristige negative Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Bosnien und Herzegowina hat. Es soll auch gezeigt werden, dass eine sezeessionistisch-nationalistische Rhetorik politischer Akteure wie Milorad Dodik nicht nur den nationalen Diskurs, sondern auch die politische Stabilität in ihren Grundfesten erschüttern kann. Daher eignet sich seine kontroverse Rhetorik besonders, um zu untersuchen, inwiefern

sie politische Instabilität schürt, und die politische Fragmentierung des Gesamtstaates vorantreibt.

Diese Masterarbeit wird daher ein umfassendes Verständnis der Auswirkungen secessionistischer Rhetorik auf die politische Stabilität in Bosnien und Herzegowina entwickeln und aufzeigen, dass Dodiks Rhetorik nicht nur isoliert betrachtet werden darf, sondern als Teil eines Gefüges von politischen Strategien und Machtkämpfen angesehen werden muss, die die politische Landschaft und Dynamik des Landes seit mehreren Jahren prägen und herausfordern.

1.3 Forschungsstand

Mit Blick auf den Forschungsstand lässt sich sagen, dass die Anzahl an wissenschaftlichen Texten, die sich mit der Rhetorik und umstrittenen Äußerungen von Milorad Dodik beschäftigen, relativ begrenzt ist. Nichtsdestotrotz finden sich in der Literatur vor allem Stimmen, die die Meinung vertreten, dass Dodik seine rhetorischen Strategien nutzt, um seine politische Macht zu konsolidieren und Wählerstimmen zu gewinnen – allen voran seien hier die Forschungen von Gerard Toal (2013) und Nađa Beglerović (2020) zu nennen.

Toal (2013) bezieht sich in seiner Forschung auf die politische Rhetorik von Milorad Dodik, indem er einen besonderen Fokus auf die Referendumsrhetorik seit 2006 setzt. In seinem Artikel analysiert er, wie Dodik die Idee eines Unabhängigkeitsreferendum in der Republika Srpska gezielt einsetzt, um seine Macht innerhalb der serbisch geprägten Teilentität zu konsolidieren. Dabei versucht Dodik nicht nur den politischen Diskurs innerhalb der Republika Srpska zu dominieren, sondern auch den auf der Ebene des Gesamtstaates von Bosnien und Herzegowina. Toal (2013) greift im Rahmen seiner Forschung auf das Konzept der „Demagogie“ zurück, welches nach griechischer Definition davon ausgeht, dass ein sogenannter „Demagoge“ eine politische Führungsfigur ist, welche für die demokratischen Strukturen eines Staates eine Bedrohung darstellt. Nichtsdestotrotz kommt der Autor zum Entschluss, dass es analytisch unzureichend ist, Dodik als einen „Demagogen“ zu bezeichnen, da das Konzept ein zu einfaches und in der Tat zu verlockendes kategorisches Schema zur Einteilung von Politikern in normative Kategorien bietet. Zusätzlich bietet das Konzept persönliche Ambitionen und materielle Interessen als bequeme Interpretationen von

Praktiken, die des Öfteren viel komplexer ausfallen (Toal 2013). Wichtiger ist noch, dass die Reduzierung von Dodiks Rhetorik auf die eines eigennützigen und eigeninteressierten „Demagogen“ die strukturellen Bedingungen, die eine demagogische rhetorische Politik begünstigen, marginalisieren kann. Dennoch kommt Toal (2013) zum Ergebnis, dass die rhetorische Politik von Milorad Dodik durch das unbewältigte Erbe des Bosnienkrieges begünstigt wird. Damit bezieht er sich auf das Friedensabkommens von Dayton aus dem Jahr 1995, wodurch sich eine ethnoterritoriale Aufteilung von Bosnien und Herzegowina, die sich an den Kriegsgebieten orientierte und den nationalistischen Antagonismus in der Struktur des Staates fest schrieb. Durch die Entitäten wird nach Toal (2013) den nationalistischen Parteien, wie der SNSD („Savez nezavisnih socijaldemokrata“ - Allianz der unabhängigen Sozialdemokraten) von Dodik, die Möglichkeit gegeben, ihre nationalistischen Vorstellungen zu verwirklichen, wie zum Beispiel durch eigene Institutionen oder durch den Anspruch, ein eigenes Volk zu sein. Diese Strukturen erhalten die Spannungen aus dem Krieg und begünstigt secessionistische Appelle mehr als andere, beispielsweise, um in der Republika Srpska gewählt zu werden, muss man die Rhetorik der serbisch-nationalistischen Politik beherrschen. Dabei ist dessen performative Struktur in den letzten Jahren gleichgeblieben, wobei die Aussagen Dodiks, dass eine muslimische Mehrheit in Bosnien und Herzegowina das serbische Volk bedrohen würde. Genau diese affektive Mobilisierung beinhaltet die Referendumsrhetorik von Milorad Dodik, wodurch der politische Diskurs prävaliert und er seine Wählerschaft mobilisiert und dadurch seine Machtposition fundiert (Toal 2013).

Beglerović (2020) verfolgt in ihrer Untersuchung einen ähnlichen Ansatz wie Toal (2013). Die Autorin macht in ihrer Forschung von diskurshistorischen Ansatz Gebrauch, um die Identitätsbildung innerhalb der Republika Srpska zu untersuchen und aufzuzeigen, wie Dodik strategisch nationalistische Rhetorik zum Erhalt seiner Macht einsetzt. In ihrer Forschung stützt sich Beglerović (2020) auf das Konzept der diskursiven Konstruktion nationaler Identität und der sprachlichen Konstruktion nach Wodak et al. (1999). Generell geht es in diesem Konzept um eine homogenisierte nationale Figur sowie der Konstruktion des „Selbst“ und des „Anderen“, sowie das Betonen einer gemeinsamen Geschichte bzw. Kultur und eines gemeinsamen politischen Standpunktes sowie eines nationalen Territoriums. Aus diesem Grund beschreibt Beglerović (2020) in diesem Zusammenhang mit Bezug auf Dodiks Rhetorik, dass er sich durch seine umstrittene Rhetorik als eine nationale Figur definiert und das serbische Volk in Bosnien und

Herzegowina vor den „Anderen“ beschützen möchte. Dabei macht er eine klare Unterscheidung zwischen „uns“, also den Serben, und „ihnen“, den Nicht-Serben, wobei insbesondere die überwiegend muslimischen Bosniaken damit gemeint sind. Diese Äußerungen verstärken die ethnische Polarisierung und fördern eine einheitliche serbische Identität, die oft in Abgrenzung zu den anderen ethnischen Gruppen in Bosnien und Herzegowina steht. Indem Dodik von einer Sprache Gebrauch macht, die für die Serben als inklusiv gilt, aber gleichzeitig als Abgrenzung anderer ethnischer Gruppen dient, versucht er damit eine starke gruppeninterne Identität zu schaffen. Dies wird auch dadurch erreicht, dass die gemeinsame Kultur und Geschichte wiederholt erwähnt wird, aber auch der gemeinsame politische Standpunkt (Beglerović 2020).

Weiter wird die gemeinsame Identität durch die Vorstellung eines eigenen nationalen Territoriums gefestigt, da sie die serbische Gemeinschaft an einen bestimmten geografischen und historischen Kontext bindet und somit die Ansprüche und Bestrebungen einer Unabhängigkeit der Republika Srpska legitimieren. Insgesamt zeigt die Untersuchung von Beglerović (2020) auf, dass Dodiks Rhetorik nicht nur eine kohäsive nationale Identität für die Serben in Bosnien und Herzegowina konstruiert, sondern damit auch andere ethnische Gruppen an den Rand gedrängt werden und ein spaltendes Narrativ aufrechterhalten wird, welches die Suche nach einer einheitlichen nationalen Identität in Bosnien und Herzegowina erschwert. Diese Kombination aus Identitätsbildung, Geschichtsnarrativen und sezeessionistisch-nationalistischer Rhetorik, dient dazu, dass Milorad Dodik seine Macht untermauern kann, um seine Wählerbasis sowohl in der Republika Srpska als auch im gesamten Land zu sichern (Beglerović 2020).

Majstorović (2013) kritisiert in ihrer Analyse die von Dodik verwendete Rhetorik, indem sie erläutert, dass dieser sezeessionistische Diskurs zu sehr vereinfacht ist. Wenngleich diese Rhetorik bei bestimmten Gruppen wie den Kriegsveteranen der Republika Srpska und ihren Familien Anklang findet, so vereinfacht sie die komplexen politischen Gegebenheiten und Dynamiken in Bosnien und Herzegowina. Die Autorin vermutet, dass viele Bürgerinnen und Bürger desillusioniert und apathisch gegenüber Volksabstimmungen sind und diese als unwirksam für die Veränderung der politischen Realitäten ansehen, was die Stärke von Dodiks Aussagen möglicherweise untergräbt. Zusätzlich stellt sich Majstorović (2013) die Frage, inwiefern sich Dodiks Rhetorik auf die internationale Gemeinschaft auswirkt, und weist darauf hin, dass die Reaktionen

internationaler Akteure zusätzlichen Aufschluss darüber geben könnten, welche Wirksamkeit und Auswirkungen dieser Diskurs hat.

Hronešová (2021) erörtert in ihrem Artikel, vor dem Hintergrund des vom Hohen Repräsentanten Valentin Inzko im Jahr 2021 initiierten Gesetzes gegen die Leugnung des Genozids von Srebrenica, wie Milorad Dodik eine ethnonationalistische Rhetorik als bedeutsame Strategie zu Nutze macht, um seine Machtposition zu konsolidieren und seine politische Dominanz aufrechtzuerhalten. Die Autorin beschreibt, dass sich Dodiks Rhetorik besonders durch die Leugnung von Kriegsverbrechen, Völkermord und kollektiver Verantwortung auszeichnet, was auf eine in der Republika Srpska weiter verbreiteten Stimmung trifft, die den historischen Erzählungen über den Bosnienkrieg skeptisch gegenübersteht. Insgesamt nimmt die Autorin an, dass er sich die Leugnung der Geschichte zunutze macht, um die Kontrolle aufrechtzuerhalten, ein Gefühl der kollektiven Identität unter den Serben in der Republika Srpska zu fördern und sich in der komplexen politischen Landschaft des Nachkriegsbosniens zurechtzufinden (Hronešová 2021).

Was die Literatur bezüglich der politischen Stabilität von Bosnien und Herzegowina anbelangt, so lässt sich zusammenfassen, dass die Anzahl solcher Arbeit ebenfalls begrenzt ist. Zum Beispiel legt Vukojević (2023) dar, dass die politische Stabilität in Bosnien und Herzegowina von verschiedenen Faktoren beeinflusst wird. Auf der einen Seite wird die Bedeutung des Systems der Machtteilung zwischen den ethnischen Gruppen hervorgehoben und dieser institutionalisierte Konsens soll dazu beitragen, die tiefen ethnischen Spannungen im Land zu überbrücken. Auf der anderen Seite wird betont, dass der Einfluss externer bzw. internationaler Akteure für die politische Stabilität von Bosnien und Herzegowina von Bedeutung ist, insbesondere durch ihre Interventionen und Unterstützung (beispielsweise das Amt des Hohen Repräsentanten zur Überwachung des Dayton-Abkommens). Nichtsdestotrotz hängt laut Vukojević (2023) die politische Stabilität auch von der Art der regierenden Parteien ab. Dabei diskutiert er, ob eher „moderate“ oder „hardliner“ Parteien eher zur politischen Stabilität oder Instabilität beitragen. Zudem verdeutlicht der Autor, dass eine starre Konkordanzdemokratie die ethnischen Spaltungen in den Regierungsinstitutionen und die Unnachgiebigkeit politischer Eliten verstärkt, die keinen Anreiz für

akkommodierendes Verhalten hat und deswegen nationalistischer Rhetorik, häufige politische Blockaden und gescheiterte Reformen zur politischen Instabilität führen (ibid.).

Insgesamt kommt Vukojević (2023) in seiner Forschung zum Ergebnis, dass die politische Stabilität in Bosnien und Herzegowina ein komplexes Zusammenspiel verschiedener Faktoren ist, darunter der institutionelle Rahmen, externe Einflüsse sowie das Verhalten politischer Akteure im politischen Gebilde des Landes.

Kovačević (2021) geht vertiefter in das Konzept der Konkordanzdemokratie in Bosnien und Herzegowina ein und zeigt auf, dass die dortige Konkordanzdemokratie ein politisches Modell mit dem Ziel ist, ethnische Spaltungen sowohl in den politischen Institutionen als auch innerhalb der Gesellschaft voranzutreiben. Theoretisch könnte das Modell der Konkordanzdemokratie zwar einen Rahmen für die Regierungsführung in Bosnien und Herzegowina sein, doch die praktische Umsetzung weist erhebliche Mängel auf. Seine Annahmen werden am Beispiel der in Bosnien und Herzegowina herrschenden Identitätspolitik verdeutlicht, denn die Verbreitung und Förderung einer identitätsbasierten Politik führt zu verstärkten Spannungen und Konflikten, was den beabsichtigten Vorteilen einer Konkordanzdemokratie zuwiderläuft. Der Autor warnt daher, dass die Fokussierung auf die ethnische Identität die Spaltungen verschärfen könnte, anstatt eine kohäsive nationale Identität zu fördern.

Eine umfassende Literaturrecherche hat ergeben, dass eine Forschungslücke zur angestrebten Thematik dieser Masterarbeit besteht. Die Forschungslücke besteht darin, dass es keinen Fokus auf aktuellere Sezessionsrhetorik gibt, die sich seit Dodiks Funktion als serbisches Mitglied des dreiköpfigen Staatspräsidiums von Bosnien und Herzegowina im Zeitraum ab 2018 durch wiederholte Abspaltungsbemühungen der Republika Srpska verschärft hat. Zudem lag der Schwerpunkt der bisherigen Forschung darin, wie der Präsident der Republika Srpska mit seinen sprachlichen und rhetorischen Mitteln seine Macht konsolidiert und serbisch-nationalistische Identitätspolitik vorantreibt, statt darauf, wie sich die secessionistische Rhetorik auf die politische Stabilität und die Autorität der Zentralregierung von Bosnien und Herzegowina auswirkt. Es existiert keine politikwissenschaftliche Analyse dazu, welche politischen Ambitionen und Absichten Dodik generell, neben der Identitätsbildung innerhalb der serbischen Volksgruppe, verfolgt und wie dies das Bild eines einheitlichen Gesamtstaates von Bosnien und Herzegowina untergräbt.

Des Weiteren besteht ein weiterer Aspekt der Forschungslücke darin, wie die bosnisch-herzegowinische Zentralregierung und dessen Institutionen auf die Abspaltungsrhetorik von Milorad Dodik reagiert haben. Zudem ist zu untersuchen, welche institutionellen Schwächen von Dodik ausgenutzt werden sowie die Stärken der Zentralregierung, derartige Herausforderungen zu bewältigen. Ein weiterer Aspekt der Forschungslücke betrifft das Vorgehen der bosnisch-herzegowinischen Zentralregierung und ihrer Institutionen im Hinblick auf die secessionistische Rhetorik von Milorad Dodik. Dabei ist auch von Interesse, welche institutionellen Schwächen von Dodik ausgenutzt werden, sowie die Stärken der Zentralregierung, derartige Herausforderungen zu bewältigen. Trotzdem bietet der aktuelle Forschungsstand eine wertvolle Grundlage für die Analyse und ermöglicht zudem die Äußerungen Dodiks in einen breiteren politischen und gesellschaftlichen Kontext einzuordnen.

1.4 Forschungsfrage und Hypothesen

Wie bereits im vorigen Kapitel erläutert, bleiben trotz umfangreicher Forschung zur Rhetorik und Machterhalt von Milorad Dodik wesentliche Fragen zu Auswirkungen seiner Sezessionsrhetorik offen. Aufgrund dessen richtet sich die zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit auf die Intentionen und Ambitionen, welche Dodik mit seiner seit Jahren verfolgten secessionistischen Rhetorik verbindet, und deren Auswirkungen hinsichtlich der Konstruktion und Dekonstruktion politischer Stabilität in Bosnien und Herzegowina. Somit werden die politischen Ambitionen und Absichten sowie dessen Auswirkungen auf die politische Stabilität und Zentralregierungsautorität von Bosnien und Herzegowina analysiert im Fokus sein.

Von weiterer weitreichender Relevanz ist, wie Dodik versucht, die Autorität der bosnisch-herzegowinischen Zentralregierung mit seinen Aussagen zu schmälern, sowie das Bild eines einheitlichen Staates von Bosnien und Herzegowina zu untergraben. Dementsprechend dient die Darstellung der theoretischen Grundlagen sowie die Konzeption und Ausführung einer Multiple-Case-Study bzw. vergleichender Fallstudie samt qualitativer Inhaltsanalyse der Beantwortung folgender Forschungsfragen:

Welche Absichten verfolgt Milorad Dodik mit seiner secessionistischen Rhetorik seit 2018 unter besonderer Berücksichtigung der Konstruktion und Dekonstruktion politischer Stabilität des Gesamtstaates von Bosnien und Herzegowina?

Das Hauptaugenmerk dieser Arbeit liegt daher auf der obigen Forschungsfrage, mit dem Ziel, diese im Laufe der Analyse zu beantworten und zu verstehen. Zusätzlich werden in diesem Zusammenhang auch folgende untergeordnete Forschungsfragen bearbeitet:

Inwieweit versucht Dodik mit dieser Rhetorik die Autorität der bosnisch-herzegowinischen Zentralregierung, der er selbst mit seiner Partei (SNSD) angehört, zu untergraben?

Wie beeinflusst seine Rhetorik die innenpolitische Kohäsion und das (effektive) Funktionieren der bosnisch-herzegowinischen Zentralregierung?

Die Forschungsfragen sollen mithilfe von Hypothesen untersucht und beantwortet werden, die im Laufe der Analyse getestet werden.

Die erste zugrundeliegende Hypothese beschäftigt sich damit, dass Dodik mittels seiner sezeessionistischen Rhetorik versucht, die Zentralregierungsautorität zu untergraben, um die Unabhängigkeit der Republika Srpska vom Gesamtstaat zu erhöhen. Damit ist die Blockadepolitik von Dodik und seiner Partei, der SNSD, hervorzuheben, welche die ethnische Fragmentierung und den Mangel an gesamtstaatliche Kohäsion in Bosnien und Herzegowina reflektieren. Die Aussagen von Dodik zielen somit darauf ab, die Kompetenzen und die Autorität der Republika Srpska auf Kosten der Zentralregierung zu erweitern und somit eine Schwächung gesamtstaatlicher politischer Strukturen herbeizuführen.

Eine zweite zu bewertende Hypothese lautet, dass Dodiks Abspaltungsrhetorik tiefe Spaltungen sowohl auf ethnischer als auch auf politischer Ebene begünstigt, welche nicht nur die innenpolitische Kohäsion beeinträchtigt, sondern auch die operative Funktionsfähigkeit der Zentralregierung. Somit werden ethnischen Spannungen verschärft und die bereits fragile politische Struktur des Gesamtstaates wird weiter destabilisiert.

Diese Hypothesen sollen als Grundlage für die Analyse dienen, wie Dodik mit seiner Rhetorik die politischen Strukturen, die politische Stabilität sowie die nationale Einheit von Bosnien und Herzegowina herausfordert. Dadurch wird die Möglichkeit gegeben, die politischen Absichten und die strategischen Auswirkungen dieser Rhetorik zu beleuchten.

2. Theoretische und methodische Vorgehensweise

Dieses Kapitel arbeitet die theoretischen Grundlagen und Ansätze auf, die die Basis für die Analyse Dodiks Sezessionsrhetorik bilden. Der Konstruktivismus wird hier herangezogen, damit verstanden werden kann, wie die politische Realität durch Diskurse gestaltet, während das Konzept der Konkordanzdemokratie Einblicke in die Machtverteilung und politischen Strukturen, mit besonderem Blick auf Bosnien und Herzegowina, verschafft. Nebenbei soll auch ein Überblick über die Sezessionstheorie sowie der Theorie der politischen Rhetorik verschafft werden. Der theoretische Rahmen dieser Masterarbeit ist ausschlaggebend, damit die sprachlichen und strategischen Mittel des Präsidenten der Republika Srpska sowie die Auswirkungen auf die politische Stabilität angemessen analysiert werden können.

2.1 Theoretischer Rahmen

2.1.1 Konstruktivismus

Als theoretische Grundlage für diese Arbeit wird der konstruktivistische Ansatz dienen, welcher als einer der einflussreichsten und bedeutendsten Theorien der internationalen Beziehungen und den Politikwissenschaften gilt und davon ausgeht, dass die politische Realität maßgeblich durch menschliches Handeln und Kommunikation geprägt ist (Wendt 1992). Politische Akteure nutzen ihre Ideen und Überzeugungen, um ihre eigene politische und soziale Realität zu konstruieren, wobei diese Überzeugungen und Ideen politische Akteure, politische Strukturen und öffentliche Politik prägen (Tuschhoff 2015). Im „[...] Kern konstruktivistischen Denkens geht es darum, den Prozess der Entstehung von Wirklichkeit zu beobachten“ (Martinsen 2014).

Dabei dient die Sprache als ein zentrales Schlüsselement, das nicht nur die existierenden Zusammenhänge reflektiert, sondern auch innerhalb der aktiven Gestaltung eine Wirkung hat (Lehmbruch 2012). Zusätzlich beschäftigt sich die vorliegende Theorie mit der Frage, wie Akteure bestimmte Strukturen erzeugen, beziehungsweise in welcher Art und Weise ihr Verhalten von Strukturen bestimmt ist (Jetschke 2017). Dementsprechend lautet ein zentraler Aspekt des Konstruktivismus, dass Identitäten und Interessen von Staaten und dessen Akteuren nicht vorgegeben werden, sondern sozial konstruiert werden. Die Struktur der Gesellschaft und die Interaktionen, die innerhalb der Gesellschaft stattfinden, werden durch die vorherrschenden gesellschaftlichen Ansichten

und nicht durch materielle Kräfte bestimmt. Das heißt, dass die Politik nicht nur durch materielle Macht, sondern auch durch Ideen und Überzeugungen geprägt wird (Wendt 1992).

Einen weiteren wichtigen Aspekt des Konstruktivismus stellt die Wechselwirkung zwischen Akteuren und Strukturen dar, denn diese beeinflussen sich gegenseitig. Somit wirken nicht nur die Strukturen auf das Verhalten der Akteure ein, sondern die Akteure können auch einen Einfluss auf die Strukturen haben. Auf diese Art und Weise wird ein dynamischeres Verständnis für politische Prozesse ermöglicht und die Bedeutungen von Normen und Ideen können hervorgehoben werden (Ge 2023).

Desgleichen kann der Konstruktivismus als theoretischer Ansatz eine andere Perspektive auf die politische Repräsentation werfen, da aus Sicht des Konstruktivismus die Repräsentation als ein Prozess der gegenseitigen Konstitution gilt, bei dem sowohl die Identität der Repräsentanten als auch der Repräsentierten durch den Akt der Repräsentation geformt wird. Dadurch wird die Bedeutung von symbolischen Praktiken und die soziale Konstruktion politischer Wirklichkeit unterstrichen (Fossen 2019).

Der Sozialkonstruktivismus ist eine weitere Variante des Konstruktivismus, die sich durch eine soziologische Forschungsperspektive auszeichnet und vor allem in der Politikanalyse und in den internationalen Beziehungen Anwendung findet, wobei die Aufarbeitung von Ideen und die Reflexion ihrer Relevanz für die politische Konstruktion von Wirklichkeit eine herausragende Rolle spielen (Martinsen 2014). Aus dieser Perspektive geht der Konstruktivismus davon aus, dass internationale Normen und Institutionen nicht nur als Rahmen für staatliches Handeln dienen, sondern auch die Identitäten und Interessen der Staaten formen. Beispielsweise zeigt sich das in der Rolle internationaler Organisationen, die nicht nur Regeln setzen, sondern auch aktiv an der Gestaltung internationaler Politik teilhaben (Jetschke 2017).

Laut Tuschhoff (2015) wirft der Konstruktivismus zusätzlich die Frage auf, „[...] wie Akteure wissen können, was “richtig“ oder “falsch“, was “gut“ oder “böse“ ist“, denn diese abstrakten Vorstellungen beeinflussen die soziale Umwelt.“ Des Weiteren bedeutet der konstruktivistische Ansatz, dass „[...] die Akteure im Rahmen der kulturellen und institutionellen Strukturen des internationalen Systems angemessen handeln, sich also bei der Wahl ihrer Ziele und Handlungsoptionen an Werten, Normen, Rollen und ähnlichem orientieren“ (Schimmelfennig 2021). Somit entsteht die Annahme des konstruktivistischen Ansatzes in den internationalen Beziehungen, dass sich das Handeln

der einzelnen Staaten in der Außenpolitik auf die nationale Identität induzieren lässt (Friedrich et al. 2011).

Dieser Spielart des Konstruktivismus steht der sogenannte „Erlanger Konstruktivismus“ (Martinsen 2014) gegenüber, der die Rekonstruktion der Wissenschaftlichkeit einer Theorie durch Konstruktionsprozesse in den Mittelpunkt stellt, um in Fortführung eines kantischen Gedankens Wissenschaft von reiner Metaphysik abzugrenzen (Noetzel & Brodocz 1996). Allerdings teilt diese in nur noch spezifischen Fachkreisen diskutierte philosophische Schule tatsächlich wenige Gemeinsamkeiten mit dem konstruktivistischen Kern der sogenannten „Beobachterabhängigkeit aller Erkenntnis“ (Martinsen 2014), weshalb die Frage bestehen bleibt, inwiefern sich die nachfolgenden Varianten dieser Denkschule, die sich als konstruktivistisch anknüpfbar und für die Politikwissenschaft als eine empirisch relevante Disziplin bewähren (Noetzel & Brodocz 1996).

Martinsen (2014) erklärt daher mit Blick auf die Relevanz konstruktivistischer Ansätze in der Politikwissenschaft, dass die Beschreibungen des politischen Handelns und Definitionen politischer Probleme immer relevante Annahmen enthalten, die sich den Problemen aus unterschiedlichen Perspektiven nähern können. Der Konstruktivismus zielt darauf ab, scheinbar Selbstverständliches auch in der Politik mit konkurrierenden Erklärungen zu konfrontieren (Fossen 2019). Auf diese Art und Weise kann sie einerseits einen wichtigen Beitrag zur Bereicherung der politischen Realität leisten, andererseits wird sie der Politikwissenschaft auch eine gewisse Selbstaufklärung über ihre Rolle bei der Konstruktion des politischen Weltbildes ermöglichen (Yildiz 2016).

Schlussendlich lässt sich zusammenfassen, dass der Konstruktivismus die Bedeutung von Ideen und Vorstellungen in der politischen Wirklichkeit, beziehungsweise in der Realität betont. Dieser theoretische Ansatz bietet daher eine wertvolle Grundlage zur Untersuchung der Sezessionsrhetorik von Milorad Dodik und dessen Auswirkungen auf die politische Stabilität und Zentralregierungsautorität von Bosnien und Herzegowina. In diesem Zusammenhang hilft der Konstruktivismus zu verstehen, wie Dodik versucht, ethnische Identitäten zu manipulieren, um seine politischen Ziele zu erreichen und Ambitionen zu festigen. Denn ethnische Identitäten werden in Bosnien und Herzegowina durch politische Eliten wie Dodik instrumentalisiert, um ethnische Spannungen zu schüren und gleichzeitig die Identitätsbildung innerhalb der serbischen Volksgruppe zu stärken.

2.1.2 Politische Kommunikation und politische Rhetorik

Die politische Rhetorik spielt in der Politikwissenschaft eine zentrale Rolle, da dadurch die Art und Weise dargestellt werden kann, wie politische Akteure ihre Botschaften vermitteln und das öffentliche Bewusstsein formen (Sarcinelli 2019). Rhetorik bildet nicht nur Kunst des Redens ab, sondern dient auch als ein Werkzeug der Überzeugung und Manipulation, das politische Landschaften prägen kann. Angesichts der Analyse der politischen Rhetorik können Strategien und Techniken beleuchtet und verstanden werden, die politische Akteure verwenden, um ihre Ziele zu erreichen und ihre Macht zu sichern (Feldman 2022).

Ein wichtiges Schlüsselement der politischen Rhetorik wird mit der Verwendung von Metapher charakterisiert, wodurch komplexe politische Konzepte vereinfacht und abstrakte Ideen greifbar gemacht werden (Sarcinelli 2019). Die Verwendung von Metaphern beeinflusst das Denken und Handeln der Menschen, indem bestimmte Sichtweisen verstärkt bzw. andere ausgeschlossen werden (Klein 2019).

Als ein weiteres Element der politischen Rhetorik gilt die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, denn in allen Formen der Politik geht es um die Konstruktion bestimmter Diskurse, die nicht nur die Wahrnehmung der Öffentlichkeit beeinflussen, sondern auch die politischen Entscheidungen selbst. Dementsprechend ist die Art, wie Themen gestaltet werden, die die politische Agenda und die Reihenfolge der Prioritäten dieser Agenda bestimmen kann, von besonderer Relevanz (Larsen 2004).

Generell lässt sich zusammenfassen, dass die politische Rhetorik Aufschlüsse darüber geben kann, wie die Machtverhältnisse und die Interessen der beteiligten Akteure konstruiert sind, denn Feldman (2022) betont, dass wenn politische Akteure Kontrolle über die Sprache und Narrative haben, verfügen sie auch oft über die Macht, politische Prozesse zu beeinflussen. Aus diesem Grund ist es bedeutsam, die rhetorischen Strategien und die dahinterliegenden Interessen zu verstehen und zu veranschaulichen, damit die Mechanismen der politischen Macht besser beleuchtet werden können (ibid.).

Schlussendlich stellt die politische Rhetorik einen wesentlichen Baustein der politischen Kommunikation dar, der tiefgründige Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Politik eines Staates hat (Klein 2019). Dadurch, dass politische Akteure von sprachlichen Mittel Gebrauch machen, kann innerhalb der Gesellschaft verstanden werden, wie und welche politischen Botschaften konstruiert und vermittelt werden, und

welche Auswirkungen diese auf die öffentliche Meinung und das politische Geschehen haben (Keedus 2020).

2.1.3 Sezessionstheorie

In den politischen Theorien zur Sezession werden verschiedene Ansätze behandelt, wie und warum sich Regionen oder Gruppen von einem existierenden Staat abspalten wollen. Dabei ist eine gängige Ansicht, dass Sezession ein Mittel ist, um die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu erlangen. Im Mittelpunkt der Debatte um eine Abspaltung steht die Frage, ob eine Mehrheit der Bevölkerung in der betroffenen Region die Abspaltung befürwortet (Tushnet 2024).

Als zentrales wichtiges Argument der Sezession dient die moralische Rechtfertigung, da die massive Unterdrückung und Marginalisierung einer Gruppe innerhalb eines Staates eine Grundlage für die Sezession dieser Gruppe bieten kann (Closa 2016).

Die Vorstellung einer demokratischen Sezession wird durch die Vorstellung verstärkt, dass sich die Staatsgewalt durch ein Referendum über die Unabhängigkeit, das in einer offenen und frei geführten Diskussion durchgeführt wird, abschaffen lässt (Wheatley 2014). Dieses Verfahren stellt zudem sicher, dass der Wille des Volkes wirklich repräsentiert wird. Ein positives Votum in einem solchen Referendum drückt den Wunsch der Mehrheit aus, einen souveränen Staat zu gründen, allerdings mit der Voraussetzung, dass die neue politische Einheit die Rechte von Minderheiten respektiert und den Zusammenhalt für die territoriale Integrität garantiert. Dies verdeutlicht die Bedeutung von Legitimität und Zustimmung im Sezessionsprozess (Reimers 2019). Nichtsdestotrotz weist Pöllmann (2021) darauf hin, dass Sezessionen auch ohne die Unterstützung einer Mehrheit stattfinden können, wenn kleinere, entschlossene Gruppen die Regierung daran hindern, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Ein Risiko, welches häufig im Zusammenhang mit Sezessionen diskutiert wird, ist die Möglichkeit, dass die neue Regierung weniger liberal und demokratisch sein könnte als die vorherige Regierung (Pöllmann 2021). Diese Befürchtung wurde beispielsweise im Fall Katalonien geäußert, wo einige der stärksten separatistischen Bewegungen eine linksgerichtete und interventionistische Politik unterstützen (Reimers 2019). Aufgrund dieser Unsicherheiten ist es schwierig, die langfristigen politischen

Ergebnisse von Sezessionen vorherzusagen, weshalb sie auch kontrovers diskutiert werden (Oldenbourg 2019).

Hinzu kommt, dass die Gestaltung der nationalen Identität während Sezessionsbewegungen die interethnische Dynamik in multiethnischen Umgebungen erheblich beeinflusst werden kann. Die Beziehungen zu Minderheitengruppen hängen davon ab, ob eine derartige Bewegung einen inklusiven oder exklusiven Diskurs annimmt. Insbesondere kann eine inklusive Eingrenzung Minderheiten in die nationalistische Bewegung einbeziehen und sie zu Verbündeten machen, während eine exklusive Eingrenzung sie entfremden und interne Feinde schaffen kann, was möglicherweise zu ethnischen Konflikten führt. Die Wahrnehmung der internen Bedrohung durch lokale Minderheiten spielt in diesem Prozess eine entscheidende Rolle, da sie die Wahrscheinlichkeit einer ausschließenden Rhetorik erhöhen kann, wenn Minderheiten politisch mit einem wahrgenommenen bedrohlichen Zentrum verbunden sind (Huszka 2014).

Die Prozesse der Sezession sind besonders relevant im Kontext der Republika Srpska, einer der beiden Entitäten in Bosnien und Herzegowina, die überwiegend von einer serbischen Bevölkerung bewohnt wird. Generell hängt die Sezessionsthematik in Bosnien und Herzegowina stark mit den Konflikten der 1990er Jahre zusammen, als es nach dem Zerfall Jugoslawiens zu einem blutigen Krieg kam. Die Spannungen zwischen den Bosniaken, Kroaten und Serben führten zu tiefem Misstrauen und dem Wunsch nach eigenen politischen Einheiten, die die Interessen der jeweiligen ethnischen Gruppe besser verstehen (Sahadžić 2024). Zusätzlich spielt die Frage nach politischer Legitimität in der Sezessionsdebatte eine zentrale Rolle, denn die politische Führung der Republika Srpska argumentiert, dass ihre Forderung nach Unabhängigkeit durch historische und kulturelle Identität der Serben in der Region legitimiert ist (Hadžić 2022a). Zugleich wird die Legitimität der bestehenden politischen Strukturen, vor allem im Hinblick auf die Wahrung der Rechte und Interessen der serbischen Bevölkerung, angezweifelt (Azeredo Lopes & Santos Botelho 2024).

Insgesamt ist die Sezession in Bosnien und Herzegowina ein hochkomplexes Thema, welches tief in der Geschichte, den ethnischen Identitäten sowie den politischen Dynamiken des Landes verwurzelt sind. Daher wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit auf die Einflüsse sezessionistischer Rhetorik wie der von Milorad Dodik auf die politische Stabilität von Bosnien und Herzegowina eingegangen.

Zusammenfassend stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem Wunsch nach Selbstbestimmung und den praktischen und ethnischen Implikationen einer Fragmentierung des Staates in den politischen Theorien zur Sezession. Die Debatte umfasst eine Reihe von Perspektiven, von juristischen Interpretationen, die der staatlichen Souveränität Vorrang geben (Haellmigk 2021), bis hin zu flexibleren demokratischen Ansätzen, die den Willen des Volkes betonen (Reimers 2019). Der Diskurs über die Sezession ist und bleibt wahrscheinlich ein dynamisches und kontroverses Feld, das die komplexen Wechselwirkungen zwischen nationaler Einheit und regionalen Unabhängigkeitsbestrebungen widerspiegelt, während sich die politischen Einheiten weiterentwickeln.

2.1.4 Konkordanzdemokratie

Bei dem Konzept der Konkordanzdemokratie handelt es sich um ein politisches System mit dem Ziel, Konflikte zwischen gesellschaftlichen Gruppen durch Verhandlungen und Konsenslösungen zu regeln, statt durch Mehrheitsentscheidungen und eignet sich nach Arend Lijphart besonders gut für tiefgespaltene Gesellschaften (Lijphart 1977). Die Einbindung aller relevanter gesellschaftlicher Gruppen im Entscheidungsprozess gilt als ein entscheidendes Merkmal der Konkordanzdemokratie, damit die politische Integration und Stabilität innerhalb eines Staates gewährleistet werden kann (Kranenpohl 2012). Aus diesem Grund findet die Konkordanzdemokratie in Staaten ihren Einsatz, in denen mehrere ethnische Gruppen miteinander leben und tiefe Trennlinien auf religiöser, kultureller und nationaler Ebene zu finden sind (Kulić 2013).

Da sich im englischsprachigen Raum die Definition von Konkordanzdemokratie weniger als im deutschsprachigen Raum ausgeweitet hat, hat sich im Wesentlichen über die Jahre hinweg die Definition von Arend Lijphart der sogenannten „consociational democracy“ durchgesetzt (Lehmbruch 2012). Nach Lijphart (1977) ist das wichtigste Merkmal einer „consociational democracy“ das Entstehen einer großen Koalition, in der die politischen Akteure in der Regierung zusammenarbeiten und somit alle wichtigen Gruppen einer Gesellschaft vertreten sind, wobei die Bereitschaft, Kompromisse und Kooperationen einzugehen einen entscheidenden Bestandteil darstellt. „Im Idealfall ist jede Gruppe in dieser Großen Koalition durch eine Partei vertreten, da die Vertretung einer Gruppe durch mehrere Parteien zur generellen Schwächung dieser Gruppe führen wird“ (Keil 2012).

Als weiteres bestimmendes Merkmal der Konkordanzdemokratie nach Lijphart wird die Existenz des Verhältniswahlrechts genannt, damit eine gleiche Verteilung der politischen Funktionen innerhalb der großen Koalition herrschen kann (Božić 2012). Dies erscheint sowohl für geografisch gemischte Säulengesellschaften als auch für die „cross-cleavage society“ (Kranenpohl 2012) sinnvoll und wichtig, da Mehrheitswahlssysteme diese soziale Heterogenität nicht unbedingt widerspiegeln. Nach Keil (2012) ist die Verhältnismäßigkeit in Staaten wie Bosnien und Herzegowina oder dem Kosovo, in denen oder mehrere Gruppen vor der Einführung der Konkordanzdemokratie Gewalt angewandt haben, äußerst wichtig, damit die Existenz und politische Repräsentation von Minderheiten gesichert werden kann. Es sollte jedoch beachtet werden, dass Wahlsysteme, die auf Pluralität beruhen, nicht unbedingt zu Wahlergebnissen führen, die eine mehrheitsdemokratische Regierungsführung ermöglichen. Auch fragmentierte, heterogene Parteiensysteme sind möglich, wenn ausgeprägte regionale Hochburgen vorhanden sind (Kranenpohl 2012).

Daran schließt Lijphart (1977) gegenseitige Vetorechte als weiteres Grundelement an, da jede Gruppe, besonders mit Blick auf Identität und Autonomie, innerhalb einer großen Koalition über Vetorechte verfügen sollte. Wichtig ist dabei nicht, ob das Vetorecht eingesetzt wird oder nicht, sondern die Sicherheit über die Verfügbarkeit des Vetorechts und somit auch immer in der Lage zu sein, die eigene Gruppe zu schützen, ohne jegliche Art von Gewalt einsetzen zu müssen oder Abspaltungen anzustreben (Keil 2012).

Das vierte Element von Lijpharts Definition von „consociational democracy“ ist die Autonomie, wobei der Fokus besonders auf der „[...] Wahrung kultureller Autonomie der betreffenden Gruppen [...]“ (Kranenpohl 2012) liegt. Das Ziel ist es, die betroffenen Gruppen in die Lage zu versetzen, sich bis zu einem gewissen Grad selbst zu organisieren, um über spezifische Fragen autonom zu entscheiden, ohne die Interessen der anderen Gruppen zu beeinträchtigen (Kulić 2013). Daher kann das sowohl Territorialität in Form von Föderalismus und Regionalisierung als auch Nicht-Territorialität in Form kultureller Autonomie umfassen (Keil 2012).

Diese vier wichtigen Merkmale sind somit grundlegende Elemente für das Funktionieren der Konkordanzdemokratie im politischen System eines Staates. Nach dem Modell von Lijphart teilt sich die Konkordanzdemokratie in zwei wesentliche Elemente auf: einerseits das „power sharing“, also die Kooperation der Eliten verschiedener Gruppen, und andererseits das Element der „group autonomy“, die die Rechte zur

Selbstverwaltung in Bezug auf Gruppenidentität beeinflussen und somit über die Autorität verfügen, über eigene interne Angelegenheiten zu bestimmen (Lijphart 2004).

Nichtsdestotrotz bestehen auch einige Herausforderungen innerhalb der Konkordanzdemokratie. Armingeon (1996) argumentiert, dass die Konkordanzdemokratie zu einer Trägheit im politischen System führen kann, da umfangreiche Verhandlungen und Kompromisse erforderlich sind, bevor Entscheidungen getroffen werden können. Dies kann einen Versuch für Gruppen darstellen, Konflikte zu entwickeln und auszutragen, um die eigene Macht zu konsolidieren, wodurch das friedliche Zusammenleben dieser Gruppen verhindern werden kann (Božić 2012).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Konkordanzdemokratie eine effektive Methode darstellt, um Konflikte zu bewältigen und politische Integration innerhalb einer Gesellschaft zu erreichen. Die Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen wird gefördert und eine flexible und anpassungsfähige Politikgestaltung ermöglicht. Trotz einiger Schwächen, wie beispielsweise mögliche Trägheit und mangelnde Transparenz, bietet die Konkordanzdemokratie ein Modell, das politische Stabilität und gesellschaftliche Integration erfolgreich unterstützt. Inwiefern dieses Modell im politischen System von Bosnien und Herzegowina vorzufinden ist, wird im folgenden Abschnitt demonstriert.

2.1.5 Konkordanzdemokratie in Bosnien und Herzegowina

Um die Machtverhältnisse und die dazugehörigen Strukturen in stark fragmentierten Gesellschaften zu verstehen, ist die Konkordanzdemokratie bzw. der Ansatz der „consociational democracy“ nach Lijphart (1977; 2004) und deren Umsetzung in der politischen Wirklichkeit ein wichtiger Ansatz und in den politischen Strukturen von Bosnien und Herzegowina vorzufinden. Denn der Staat ist aufgrund seiner komplexen multiethnischen Zusammensetzung von der Notwendigkeit der Konsensfindung geprägt (Jurić 2013). Daher steht im Vordergrund der politischen Bemühungen in Bosnien und Herzegowina die Anwendung der Konkordanzdemokratie, die eine Zusammenarbeit zwischen Bosniaken, Kroaten und Serben und das Aufteilen der Macht zwischen den ethnischen Gruppen abverlangt (Božić 2012). Mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton im Jahre 1995, welche die Beendigung der blutigen Auseinandersetzung in Bosnien und Herzegowina herbeiführte

und worauf die heutige Verfassung des Staates basiert, wurde die Konkordanzdemokratie als Kernelement dieser Verfassung festgelegt (Banović et al. 2021).

Das Element von Lijpharts Konzept der Konkordanzdemokratie, das am ehesten auf Bosnien und Herzegowina anwendbar erschienen ließ, war das Konzept, die Machtteilung zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen innerhalb des Staates zu maximieren (Rice 2017). Somit wird die Konkordanzdemokratie in der Verfassung als eine Lösung für die institutionellen und normativen Strukturen beschrieben, in der alle Konfliktparteien des Krieges einbezogen werden sollen (Gromes 2018). Aus diesem Grund ist die Notwendigkeit von Koalitionsregierungen, die Vertreter aller konstitutionellen ethnischen Gruppen des Landes umfassen, ein zentrales Merkmal der Konkordanzdemokratie in Bosnien und Herzegowina (Bieber 2002). Die Koalitionsregierungen sind für die Überwindung ethnischer Vetospieler von besonderer Bedeutung, da sie in verschiedenen politischen Prozessen eingesetzt werden können. Dadurch wird verhindert, dass eine einzelne Gruppe die Kontrolle übernimmt und die Interessen der anderen Gruppen in den Hintergrund treten (Banović et al. 2021). Obwohl Lijphart in seinem Konzept das sogenannte „gegenseitige Veto“ als praktischen Schutzmechanismus für die Interessen von Minderheiten konzipierte (Lijphart 1977), hat sich dies in Bosnien und Herzegowina ins Gegenteil gewandelt. Das liegt daran, dass verschiedene Formen zum Schutz des nationalen Interesses als politisches Erpressungsinstrument genutzt werden, um bestimmte politische Ziele zu erreichen, die fast nie etwas mit den Interessen der Minderheiten zu tun haben (Jurić 2013). In Bosnien und Herzegowina wird dieses Phänomen des gegenseitigen Vetos sehr häufig und undifferenziert eingesetzt, nicht zum Schutz der Interessen von Minderheiten, sondern im Gegenteil zu Lijpharts Behauptungen als ein spezielles politisches Werkzeug, um die weitreichendsten politischen Ziele zu erreichen, die selten auf dem Schutz der Interessen der weniger zahlreich vertretenen Gruppe basieren (Kovačević 2021).

Ein weiteres Merkmal der bosnisch-herzegowinischen Konkordanzdemokratie ist das dreiköpfige Staatspräsidium („Predsjedništvo Bosne i Hercegovine“), das sich aus je einem nationalen Vertreter aus jeder ethnischen Gruppe zusammensetzt. Hinzu kommt, dass durch die konkordanzdemokratischen Elemente bedingt, ein extremes Maß an Dezentralisierung zwischen der nationalen und den regionalen Regierungen herrscht, wobei nach ethnischen Gesichtspunkten organisierte lokale Regierungen in der Lage sind, relativ autonome Entscheidungen über ein breites Spektrum innen- und außenpolitischer

Ziele zu treffen. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass keine einzelne ethnische Gruppe jemals die Kontrolle über die Verteilung politischer Güter erlangt (Rice 2017).

In Bosnien und Herzegowina hat diese Machtteilung auf ethnischer Basis den Nachteil, dass ethnische Parteien die politische Landschaft dominieren, was zu einer stark fragmentierten Gesellschaft führt. Selbst multiethnische Parteien haben oft eine überwiegende Unterstützung aus nur einer ethnischen Gruppe (Muharemović 2016). Dies liegt daran, dass neben der gleichberechtigten Repräsentation und Partizipation der drei großen ethnischen Gruppen in Bosnien und Herzegowina auch die ethnische Zugehörigkeit im Land institutionalisiert wurde. Darüber hinaus werden diejenigen, die keiner dieser ethnischen Gruppen angehören oder sich zu keiner dieser Gruppen bekennen, in diesem System nicht berücksichtigt (Piacentini 2020).

Was die Proportionalität bei der Mandatsverteilung und das Verhältniswahlrecht betrifft, so existieren diese in Bosnien und Herzegowina im Rahmen der staatlichen Institutionen nicht, wie es im konkordanzdemokratischen Konzept von Lijphart der Fall ist (Kovačević 2021). Das liegt daran, dass bei den Wahlen zu den Abgeordnetenhäusern die Mandate aus verschiedenen Wahlkreisen vergeben werden, deren Anzahl unterschiedlich ist. Dabei ist zu beachten, dass die Anzahl der Mandate nicht in direkter Proportion zur Größe der Bevölkerung in einem bestimmten Wahlkreis im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung von Bosnien und Herzegowina steht (Gavrić et al. 2009). Für die Häuser der Völker („Dom Naroda“), die obere Kammer des Parlaments, gilt, dass Parität und nicht Proportionalität vorherrscht. Das Haus der Völker von Bosnien und Herzegowina besteht beispielsweise aus 15 Vertretern, darunter fünf Bosniaken, fünf Kroaten und fünf Serben (Marković 2019).

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass das Friedensabkommen von Dayton Bosnien und Herzegowina eine strukturell ineffiziente Form der Konkordanzdemokratie auferlegt hat. Der Grund dafür ist, dass in Bosnien und Herzegowina ein fragiles Gleichgewicht der politischen Macht auf nationaler und regionaler Ebene herrscht, mit einer komplexen und ethnisch geregelten Machtverteilung, die ein feindliches Umfeld für die Konkordanzdemokratie schafft (Jurić 2013). Trotz verschiedener Vorschläge zur Reform der Regierung ist der kontroverse Charakter der ethnischen Politik in Bosnien und Herzegowina so allgegenwärtig, dass jeder Versuch, eines der sozialen und institutionellen Probleme anzugehen, die die ethnische Inkompatibilität in Gesellschaft und Regierung verschärfen, gescheitert ist (Balić & Izmirlja 2013).

2.2 Methodologischer Rahmen

2.2.1 Qualitative Inhaltsanalyse

Die qualitative Inhaltsanalyse stellt eine zentrale kommunikationswissenschaftliche Methode dar, um Textmaterial systematisch und regelgeleitet zu untersuchen (Lehning 2019). Hierbei handelt es sich um eine systematische Analyse des Textmaterials, bei der das Material schrittweise und theoriegeleitet mit Hilfe eines Kategoriensystems abgearbeitet wird (Mayring 2022).

„Ziel der Analyse ist es, bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern, unter vorher festgelegten Ordnungskriterien einen Querschnitt durch das Material zu legen oder das Material auf Grund bestimmter Kriterien einzuschätzen“ (Mayring 2016).

Allgemein durchläuft die Vorgehensweise in der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2016) drei Schritte, um eine bestimmte Struktur aus dem zugrunde liegenden Material herausfiltern zu können. Im ersten Schritt wird festgelegt, welche Bestandteile eines Textes unter eine Kategorie gehören und das Kategoriensystem erstellt. Anschließend werden Definitionen formuliert und konkrete Stellen im Text aufgeführt, die zu einer Kategorie gehören. Weiter wird das Material nach dem Kategoriensystem durchsucht und die entsprechenden Textstellen bearbeitet und extrahiert, so dass in einem abschließenden Schritt die Ergebnisse aufbereitet werden können (Mayring 2016).

Durch diese methodische Herangehensweise können tiefere Einblicke in politische Texte und Diskurse gewonnen werden, die oft komplex und vielschichtig sind. Generell wird durch die qualitative Inhaltsanalyse es ermöglicht, die Bedeutung und die zugrundeliegenden Themen in politischen Texten wie Reden, Gesetzen und Parteiprogrammen zu identifizieren (Blatter et al. 2018; Behnke et al. 2010). Bei der Betrachtung der politischen Rhetorik von Milorad Dodik eröffnet diese Herangehensweise die Möglichkeit, wiederkehrende Muster, thematische Schwerpunkte und rhetorische Strategien zu identifizieren, welche die Intentionen und Ambitionen des politischen Akteurs offenbaren.

Der induktive Ansatz bei der Kategorienbildung im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse ermöglicht es, die Daten unvoreingenommen zu betrachten und die Konzepte direkt aus dem untersuchten Material zu entwickeln (Mayring & Frenzl 2019). Dieses flexible Vorgehen passt sich dem Material an und sorgt dafür, dass die Analyse offen für unerwartete und neue Erkenntnisse bleibt (Krippendorff 2004). Die Bildung und Definition von Analysekatégorien sind essenzieller Bestandteil der qualitativen Inhaltsanalyse und erfordern eine genaue Auseinandersetzung mit dem

Forschungsgegenstand. Zudem stellt die Reflexion der Kriterien wie Validität und Reliabilität sicher, dass die Analyseergebnisse verlässlich sind und die Forschungsfragen adäquat beantwortet werden können (Mayring 2010).

Diese Herangehensweise ist von besonderer Bedeutung für das Verständnis der rhetorischen Taktiken Dodiks, denn sie erlaubt eine tiefgehende Exploration seiner politischen Sprache abseits vordefinierter theoretischer Rahmenbedingungen. Durch die Entwicklung dieser Kategorien können die politischen Botschaften und Absichten, die Dodik in seiner Rhetorik transportiert prägnant erfasst werden.

Die Kategorien für das Codierungsverfahren im Rahmen der Analyse dieser Masterarbeit werden folgende sein: *Nationalismus* (mit den Unterkategorien Aufruf zur Einheit der Republika Srpska, nationalistische Symbolik und ethnische Abgrenzung), *Angstmacherei* (mit der Unterkategorie Bedrohung durch andere ethnische Gruppen), *Kritik an der Zentralregierung* (mit den Unterkategorien Delegitimierung und Aufruf zur Blockade), *Unabhängigkeit der Republika Srpska* (mit den Unterkategorien Zukunftsvisionen der RS und Stärkung der RS), sowie *Sezession/Abspaltung* (mit den Unterkategorien rechtliche Grundlagen und historische Argumentation (siehe auch Codesystem im Anhang 2)). Die Unterkategorien wurden in das Codierungsverfahren aufgenommen, um Aspekte, die nicht explizit in der Theorie vorgegeben waren, aufgreifen zu können. Daher ergeben sich insgesamt vergebene 16 Codes, die sowohl induktiv als auch deduktiv erarbeitet wurden.

Generell stützt sich die Analyse auf Reden, Erklärungen und Äußerungen von Milorad Dodik, die er im Zusammenhang mit bestimmten krisenhaften politischen Ereignissen in Bosnien und Herzegowina getätigt hat. Aus diesem Grund wird die qualitative Inhaltsanalyse im Rahmen der Multiple-Case-Study durchgeführt, welche im nächsten Abschnitt genauer erläutert wird. Die ausgewählten Äußerungen werden mit den obigen Kategorien mit einem Codesystem mit der Software MAXQDA ausgewertet.

Zu den krisenhaften politischen Ergebnissen, die im diesem Zusammenhang als Fallbeispiele verwendet werden, gehören die Einführung des Gesetzes gegen die Leugnung des Genozids von Srebrenica durch den damaligen Hohen Repräsentanten Valentin Inzko (2021), der politische Diskurs über das sogenannte „unbewegliche Vermögen“, mit dem Staatseigentum in das Eigentum der Republika Srpska hätte überführt werden sollen (2022), die Durchsetzung eines Gesetzes in der Republika Srpska, mit dem die Entscheidungen des bosnisch-herzegowinischen

Verfassungsgerichts und die Veröffentlichung der Entscheidungen des Hohen Repräsentanten in der Republika Srpska ausgesetzt wurden (2023). Abschließend werden die Äußerungen Dodiks im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Dokuments über die „friedliche Teilung“ der beiden Entitäten (2024) betrachtet. In allen vier Fällen hat Dodik seine secessionistischen Bestrebungen der Republika Srpska betont und die politische Stabilität von Bosnien und Herzegowina in Frage gestellt. Daher ermöglicht die qualitative Inhaltsanalyse einen fundierten Einblick in die Mechanismen, durch welche Dodiks Rhetorik das politische Geschehen beeinflusst. Es soll im Rahmen dieser Analyse verdeutlicht werden, wie sprachliche Mittel genutzt werden, um politische Realitäten zu konstruieren, Machtverhältnisse zu definieren und herauszufordern sowie politische Identitäten und Überzeugungen zu formen. Unter anderem sind diese Erkenntnisse zentral für das Verständnis der komplexen politischen Landschaft von Bosnien und Herzegowina sowie für die Einschätzung der Stabilität und Funktionsfähigkeit seiner Zentralregierung.

2.2.2 Multiple-Case-Study

Eine weitere methodologische Grundlage dieser Arbeit ist die Multiple-Case-Study bzw. vergleichende Fallstudie, da diese Methode die Möglichkeit bietet, einen tieferen Einblick in politische Phänomene zu erhalten, indem mehrere Fälle gleichzeitig untersucht werden und somit das Phänomen der secessionistischen Rhetorik von Milorad Dodik eingehend zu untersuchen.

“A case study is an intensive study of a single case or a small number of cases which draws on observational data and promises to shed light on a larger population of cases. [...] In order to qualify as a case study, it must be possible to put the study into a larger context” (Gerring 2017).

Dies hat den Vorteil, dass bestimmte Muster und Unterschiede zwischen verschiedenen Fällen identifiziert werden können, wodurch die Ergebnisse stabiler und verallgemeinerbarer werden (Blatter et al. 2018).

Im Rahmen der Multiple-Case-Study können komplexe politische Prozesse und Strukturen analysiert werden und durch die Betrachtung mehrerer Fälle können das Zusammenwirken von Einflussfaktoren und politische Ergebnisse besser beleuchtet werden (Muno 2009). Dies ist von besonderer Bedeutung, da politische Prozesse häufig durch eine Vielzahl von Akteuren und Einflüssen geprägt sind. Die Durchführung einer Multiple-Case-Study erfordert eine sorgfältige Auswahl der Fälle, wobei insbesondere darauf zu achten ist, dass die ausgewählten Fälle die zu untersuchende Fragestellung

adäquat widerspiegeln (Blatter et al. 2018). Bei der Auswahl der Fälle ist darauf zu achten, dass diese in Hinblick auf die zu untersuchende Fragestellung relevant sind und sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten aufzeigen und durch die gezielte Auswahl der Fälle ist es Forschenden möglich, Hypothesen zu testen und Theorien zu entwickeln, die über den spezifischen Kontext hinausgehen (Gerring 2017). Diese Vorgehensweise erlaubt die Generierung von Erkenntnissen, die in verschiedenen politischen und sozialen Kontexten anwendbar sind und somit einen Beitrag zur Entwicklung von Theorien leisten, die über den spezifischen Kontext hinausgehen (Scharpf 2000).

Ein weiterer Vorteil der Multiple-Case-Studies besteht in der Möglichkeit, die Komplexität politischer Phänomene zu erfassen. Aufgrund der Vielzahl von Faktoren, die auf politische Prozesse einwirken, ist eine isolierte Betrachtung nicht möglich. Durch diese Art der Fallstudie können diese Interaktionen in ihrem natürlichen Kontext untersucht werden, wodurch ein realistischeres Bild der politischen Realität gezeichnet wird (Gerring 2017).

Mittels der angewandten Methodik können einzelne politische Ereignisse, die aus den Äußerungen von Dodik resultierten oder von ihnen beeinflusst wurden, detailliert analysiert werden. Die Auswahl der zugrunde liegenden Fallbeispiele basiert auf den oben beschriebenen politischen Ergebnissen, die auch für die Kontextualisierung der Kategorien für die qualitative Inhaltsanalyse von Relevanz sind. Wie bereits oben beschrieben, basiert die Selektion der Ereignisse auf klaren und vorab definierten Kriterien, die sicherstellen, dass die ausgewählten Fälle signifikant und repräsentativ für die Analyse sind.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Multiple-Case-Study eine wertvolle politikwissenschaftliche Methode zur Analyse komplexer politischer Phänomene darstellt. Sie bietet die Möglichkeit, detaillierte Einblicke in einzelne Fälle zu gewinnen und gleichzeitig können allgemeine Muster identifiziert werden. Insgesamt liefert die Multiple-Case-Study einen entscheidenden Beitrag zur Erweiterung des Verständnisses der komplexen Auswirkungen, die Dodiks Rhetorik auf die politische Stabilität und das Funktionieren der Zentralregierung in Bosnien und Herzegowina hat. Mit dieser Methode kann aufgezeigt werden, wie die politische Landschaft im Land durch seine gezielten Aussagen beeinflusst und geformt wird.

3. Überblick zur die politische Gesamtsituation in Bosnien und Herzegowina

In diesem Kapitel wird die gegenwärtige politische Gesamtsituation von Bosnien und Herzegowina beleuchtet, indem sowohl historische als auch strukturelle Aspekte des politischen Systems herangezogen und analysiert werden. Im Vordergrund stehen dabei die durch das Dayton-Abkommen geschaffenen politischen Strukturen, deren Einfluss auf die politische Stabilität sowie die Rolle ethnonationalistischer Tendenzen. Diese Betrachtung soll als Grundlage für das Verständnis politischer Dynamiken und Spannungen dienen, die durch politische Akteure wie Milorad Dodik verstärkt werden.

3.1 Historischer Hintergrund und Entwicklung

3.1.1 Entstehung von Bosnien und Herzegowina nach der Unabhängigkeit von Jugoslawien

Bosnien und Herzegowina blickt auf eine sehr wechselvolle Geschichte mit starken Brüchen, aber auch vielen Kontinuitäten zurück. Insgesamt kann die Geschichte des Landes als ein Prozess zunehmender Ausdifferenzierung verschiedener sozialer und kultureller Gruppen gesehen werden, der zu einer in Europa seltenen Vielfalt und teils kooperativen, teils konfliktreichen Interaktion auf engstem Raum führte. Dieser Prozess vollzog sich in einem Gebiet, das politisch und administrativ immer wieder neu definiert wurde, und nahm dabei unterschiedliche Formen an (Moll 2018). Dabei war „[...] das Land über Jahrhunderte ein Teil von größeren Einheiten: Teil des Osmanischen Reichs (1463 bis 1878), dann Österreich-Ungarns (1878 bis 1918), dann des Königreichs Jugoslawien (1918 bis 1941), dann des „Unabhängigen Staats Kroatien“ (1941 bis 1945) und schließlich des sozialistischen Jugoslawiens (1945 bis 1992)“ (ibid.).

Für die Analyse im Rahmen dieser Arbeit stellt jedoch der historische Zeitraum nach der Unabhängigkeit des Staates von Jugoslawien einen wichtigen Bezugspunkt, denn die Entstehung des gegenwärtigen Staates von Bosnien und Herzegowina stellt nach dem Zerfall Jugoslawiens, bzw. nach der Unabhängigkeit von Jugoslawien einen sehr komplexen Prozess dar, der von politischen, ethnischen und internationalen Kräften geprägt wurde, die bis heute Einfluss auf das dortige politische Geschehen haben.

Bereits nach dem Tod von Josip Broz Tito, des damaligen Präsidenten von Jugoslawien, im Jahr 1980, brachen nationalistische Spannungen aus, die zuvor unterdrückt worden waren (Rice 2017). Ein wichtiger Faktor war das ethnonationale

Prinzip, das zu Beginn der 1990er Jahre von den dominanten politischen Kräften in Bosnien und Herzegowina verfolgt wurde (Čalić 2002). 1990 wurden in den jugoslawischen Teilrepubliken erstmals freie Wahlen zugelassen, aus denen in Bosnien und Herzegowina nationale Parteien als Sieger hervorgingen: SDA für die Bosniaken, SDS für die Serben und HDZ für die Kroaten (Božić 2012). Diese Parteien bildeten eine Koalitionsregierung gegen die Kommunisten und arbeiteten für eine gewissen Zeit zusammen und förderten ethnische Exklusivität und Konflikt (Moll 2018).

Als das Auseinanderbrechen Jugoslawiens begann, versuchte die bosnische Führung zunächst, neutral zu bleiben. Am 15. Oktober 1991 beschloss dann das damalige Parlament von Bosnien und Herzegowina die Souveränität des Landes, doch der Verbleib innerhalb des jugoslawischen Staatenbundes wurde betont (Nešković 2013). Mit der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens 1991 spalteten sich die Parteien, die zuvor gemeinsam arbeiteten: Die Serben wollten Teil Jugoslawiens bleiben, während die Bosniaken und Kroaten die Unabhängigkeit forderten (Gromes 2012a). Unterstützt von Serbien bereiteten sich die bosnischen Serben auf die Machtübernahme vor, während Kroatien seine eigenen Interessen verfolgte (Moll 2018). Daraufhin proklamierten die bosnischen Serben mehrere Gebiete innerhalb der bosnischen Teilrepublik als autonome Gebiete und es kam zu ersten gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen militärischen Einheiten der Jugoslawischen Volksarmee und Bosniaken und Kroaten (Božić 2012). Kurze Zeit später verließen serbische Vertreter das Parlament von Bosnien und Herzegowina und gründeten die „Serbische Republik von Bosnien und Herzegowina“ mit der Hauptstadt Banja Luka unter Führung von Radovan Karadžić (Toth 2011), später vom International Criminal Tribunal for the Former Yugoslavia (ICTY) verurteilter Kriegsverbrecher. Primär bestand das politische Ziel der Serben aus Bosnien und Herzegowina im Jahr 1991 daraus, die Integrität Jugoslawiens zu wahren, weshalb diese serbisch dominierten territorialen Einheiten gegründet wurden, die Teil des jugoslawischen Gesamtstaates bleiben sollten (Nešković 2013). Das Parlament von Bosnien und Herzegowina, welches dann im Frühling 1992 nur noch aus kroatischen und bosniakischen Vertretern bestand, setzte dann ein Referendum über die Unabhängigkeit von Bosnien und Herzegowina vom jugoslawischen Gesamtstaat an. Dieses Unabhängigkeitsreferendum, welches am 1. März 1992 stattfand und von der serbischen Bevölkerung boykottiert wurde, ergab eine Mehrheit von 99% für die Abspaltung des Staates von Jugoslawien (Kosłowski 1995). Nachdem die Serben mit der „Serbischen Republik von Bosnien und Herzegowina“ („Srpska Republika Bosna i Hercegovina“)

eine eigene unabhängige Republik ausriefen, taten dies auch die Kroaten im Sommer 1992 und riefen die unabhängige Republik „Herceg-Bosna“ aus (Čalić 2002).

Am 7. April 1992 wurde Bosnien und Herzegowina von den USA und der Europäischen Gemeinschaft offiziell anerkannt (Krech 1997), doch diese Beschlüsse führten zu einem brutalen Krieg und zu schweren ethnischen Auseinandersetzungen, da die ethnischen Gruppen im Land unterschiedliche Ziele nach der Unabhängigkeit verfolgten und unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft des Landes hatten (Richter & Gavrić 2010). Der Krieg eskalierte und die bosnischen und kroatischen Armeen kämpften gegen die militärisch überlegene serbische Armee, die von der serbischen Regierung in Belgrad unterstützt wurde. Auch Kroaten und Bosniaken gerieten im Nachhinein in einen inneren Konflikt (Medić 2023). Im November 1995 beendete das Dayton-Abkommen den Krieg und teilte Bosnien und Herzegowina in zwei Entitäten: die bosniakisch-kroatische Föderation und die serbisch dominierte Republika Srpska (Muharemović 2016).

Der Krieg hinterließ verheerende Folgen: über 100.000 Tote, darunter Opfer systematischer ethnischer Säuberungen wie dem Genozid von Srebrenica. Es kam zu einer Radikalisierung der ethnonationalen Gruppen und zur Teilung Bosnien-Herzegowinas entlang ethnischer Linien (Pepi 2022). Mit der Dayton-Verfassung wurde ein kompliziertes Modell der Machtteilung eingeführt, welches die ethnischen Gruppen gleichstellte, ohne dass eine Gruppe die andere dominieren sollte (Muharemović 2016). Auf den Bosnienkrieg und die Entstehung des Dayton-Abkommens im Jahr 1995 sowie dessen Inhalte, die den politischen Diskurs von Bosnien und Herzegowina auch heute noch dominieren, wird im nächsten Abschnitt eingegangen.

3.1.2 Bosnienkrieg (1992-1995) und Dayton-Abkommen

Zu den verheerendsten bewaffneten Konflikten in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zählt der Bosnienkrieg von 1992 bis 1995. Einer der Auslöser für den brutalen Krieg in Bosnien-Herzegowina war, wie bereits im vorigen Abschnitt beschrieben, die Unabhängigkeit der ehemaligen Teilrepublik von Jugoslawien im Jahr 1992. Kurz nachdem die Republik Bosnien und Herzegowina von den Vereinigten Staaten von Amerika und der Europäischen Gemeinschaft im April 1992 anerkannt wurde, entfachten blutige Konflikte und kriegерische Auseinandersetzungen in Land, dessen Ursachen in den ethnischen Spannungen zu verorten sind (Toth 2011). Die etablierten ethnischen Gruppen des Landes, die zuvor gemeinsam koalitiert hatten, wurden

nach dem Zerfall Jugoslawiens und der Unabhängigkeitserklärung Bosnien und Herzegowinas zu Feinden, da unterschiedliche Interessen in Bezug auf die politische Entwicklung verfolgt wurden (Nešković 2013). Zudem wurden diese ethnischen Spannungen durch gezielte Propaganda und die systematische Verbreitung von Feindbildern verstärkt. Im Verlauf des Krieges kam es zu einer Reihe von ethnischen Säuberungen und massiven Menschenrechtsverletzungen, die von allen Konfliktparteien durchgeführt wurden. Dabei waren die Bosniaken in besonderem Maße betroffen, da sie den Großteil der Opfer stellten (Benková 2016).

Die nahezu vier Jahre andauernde Belagerung von Sarajevo zählt zweifelsohne zu den prägendsten Ereignissen des Krieges (Toth 2011). Die Stadt wurde von bosnisch-serbischen Kräften belagert, was eine humanitäre Katastrophe zur Folge hatte, da die Bevölkerung mit einem Mangel an Lebensmitteln, Wasser und medizinischer Versorgung auskommen musste (Burg & Shoup 1999). Ein weiteres tragisches Ereignis im Bosnienkrieg stellt der Genozid von Srebrenica im Juli 1995 dar, bei dem bosnisch-serbische Truppen über achttausend überwiegend bosniakische Männern und Jungen töteten (Vrebetić 2024). Diese Ereignisse wurden zu einem späteren Zeitpunkt vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien als Völkermord eingestuft (Richter & Gavrić 2010). Zudem verdeutlicht dies die extreme Brutalität des Krieges sowie die Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft, derartige Gräueltaten zu verhindern. Im Zuge des Krieges wurden eine Vielzahl an Kriegsverbrechen begangen, darunter insbesondere systematische Vergewaltigungen, welche als Instrument der Kriegsführung eingesetzt wurden und erstmals von der internationalen Gemeinschaft als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt wurde (Becker & Kulić 2022). Diese Verbrechen wurden von allen Kriegsparteien begangen, wobei eine besondere Brutalität von den bosnisch-serbischen Kräften ausging.

Nach einigen Momenten des Zögerns wurde in dieser chaotischen Lage die internationale Gemeinschaft aktiv, um den Konflikt in Bosnien und Herzegowina beizulegen und hatte somit eine entscheidende Rolle bei dessen Beendigung. Nachdem der Genozid in Srebrenica im Juli 1995 stattfand, sahen sich die NATO-Streitkräfte gezwungen, die bosnisch-serbischen Militärstellungen zu bombardieren und diese damit erfolgreich zu schwächen. Anschließend übernahmen die USA die Führung und bewegten die Anführer der Kriegsparteien zu Friedensgesprächen in Dayton, Ohio (Benková 2016). Die Verhandlungen, welche zum Dayton-Abkommen führten, wurden

maßgeblich von den USA geleitet, während die damalige Europäische Gemeinschaft eine eher passive Rolle einnahm. Die internationalen Bemühungen waren darauf ausgerichtet, einen Rahmen für eine friedliche Koexistenz der verschiedenen ethnischen Gruppen zu schaffen und die staatlichen Strukturen zu stabilisieren (Kulić 2013). Im November 1995 wurde dann während einer Friedenskonferenz das Friedensabkommen von Dayton ausgehandelt und unterzeichnet. Die formelle Unterzeichnung des Abkommens fand im Dezember 1995 in Paris statt, wo nochmals die Zustimmung zu den Bedingungen des Abkommens von den beteiligten Parteien bekräftigt wurde (O'Brien 2010). Unterzeichnet wurde das Abkommen von mehreren Parteien, wobei der damalige Präsident der Republik Bosnien und Herzegowina, Alija Izetbegović, der damalige Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien, Slobodan Milošević, sowie der damalige kroatische Präsident Franjo Tuđman, zu den wichtigsten Unterzeichnern des Abkommens gelten (Ker-Lindsay 2016).

Mit der Unterzeichnung des Dayton-Abkommens fand der bewaffnete Konflikt zwischen den beteiligten Parteien offiziell sein Ende und es kam zu einem entscheidenden Wendepunkt in der bosnisch-herzegowinischen Geschichte, welcher heute noch Auswirkungen hat. Das Dayton-Abkommen etablierte Bosnien und Herzegowina als einen Staat mit zwei Entitäten: der Föderation Bosnien und Herzegowina, die etwa 51% des Territoriums ausmacht, und der Republika Srpska, mit etwa 49% des Territoriums (Borogovac 2000). Jede Entität hat ihre eigene Regierung, Verfassung und Verwaltung, was zu einer dezentralen politischen Struktur führt (Nešković 2013).

“All governmental functions and powers not expressly assigned in this Constitution to the institutions of Bosnia and Herzegovina shall be those of the Entities. The Entities and any subdivisions thereof shall comply fully with this Constitution, which supersedes inconsistent provisions of the law of Bosnia and Herzegovina and of the constitutions and law of the Entities, and with the decisions of the institutions of Bosnia and Herzegovina. The general principles of international law shall be an integral part of the law of Bosnia and Herzegovina and the Entities”
(The General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina, Annex 4, Article III).

Darüber hinaus wurde im Nordosten des Landes eine kleine Brücke neutralen Territoriums errichtet, der so genannte Brčko-Distrikt, der als eigenständige Einheit mit eigener Verwaltung, eigenem Rechtsrahmen und unabhängig von den beiden Entitäten ist. Dieser Staatsaufbau basiert auf ethnischen Strukturen und soll durch eine komplexe Machtteilung ethnische Spannungen abbauen (Toth 2011).

Mit dem Friedensabkommen wurde auch ein komplexes politisches System nach dem Muster der Konkordanzdemokratie eingeführt, das auf einer ethnischen Machtteilung basiert und eine dreiköpfige Präsidentschaft vorsieht, die jeweils von einem Vertreter der drei konstitutionellen ethnischen Gruppen besetzt wird (Dedić 2021). Auch

weitere politische Ämter und Regierungspositionen werden in der Regel nach ethnischen Kriterien verteilt, um sicherzustellen, dass die drei konstitutionellen ethnischen Gruppen in der politischen Entscheidungsfindung repräsentiert sind (Pepi 2022). Daher sind im Dayton-Abkommen spezielle Regelungen festgelegt, wie beispielsweise die Schaffung von ethnischen Vetorechten in legislativen Körperschaften wie dem Repräsentantenhaus oder dem Haus der Völker (Banović et al. 2021).

Ein weiteres charakteristisches Merkmal des Dayton-Abkommens ist die Rolle der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina, denn das politische System des Staates steht unter internationaler Aufsicht, insbesondere durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die entscheidend für die Aufrechterhaltung des Friedens und der Stabilität im Land ist (Toth 2011). Dazu gehört auch das durch das Dayton-Abkommen eingeführte Amt des Hohen Repräsentanten, der mit weitreichenden Befugnissen, den sogenannten „Bonner Befugnissen“ oder auch „Bonn Powers“ ausgestattet ist, um die Einhaltung des Abkommens zu sichern, die politische Stabilität zu gewährleisten und die zivile Umsetzung des Friedensprozesses zu überwachen (McCrudden & O’Leary 2013). Zudem werden diese Befugnisse als wichtig angesehen, um notwendige Reformen durchzusetzen (Rhotert & Rolofs 2020).

Neben den politischen und strukturellen Aspekten betont das Abkommen die Bedeutung der Menschenrechte und verpflichtet die Parteien, internationale Menschenrechtsstandards einzuhalten. Es enthält zudem spezifische Anhänge, die sich mit den Rechten von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie mit der Überwachung und Reform der Polizei befassen (Benková 2016).

“The Parties shall secure to all persons within their jurisdiction the highest level of internationally recognized human rights and fundamental freedoms, including the rights and freedoms provided in the European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms and its Protocols and the other international agreements [...]“ (The General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina, Annex 6, Article I).

Generell lässt sich zusammenfassen, dass das Dayton-Abkommen als Grundlage für die Verfassung von Bosnien und Herzegowina dient und die grundlegenden Prinzipien für die Regierungsführung, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie die Beziehungen zwischen den beiden Entitäten festlegt.

3.1.3 Post-Dayton-Ära: Politische Entwicklungen und Herausforderungen

Obgleich mit der Unterzeichnung des Dayton-Abkommens der Frieden in Bosnien und Herzegowina etabliert wurde, war die Nachkriegszeit von zahlreichen politischen

Herausforderungen geprägt, deren Bewältigung bis heute aussteht. “The Dayton agreement still has a great impact on the daily life of Bosnian citizens and has notable influence on the current political, economic and social developments in the state” (Benková 2016). Inwiefern das Friedenabkommen von Dayton die politischen Entwicklungen beeinflusst hat, welche Herausforderungen sich dadurch ergeben haben und wie sich diese Herausforderungen bis heute auf die politische Landschaft auswirken, soll in diesem Abschnitt genauer beleuchtet werden.

Wie bereits im obigen Kapitel beschrieben, erschuf das Abkommen von Dayton eine komplexe politische Struktur, die die ethnischen Unterschiede im Land widerspiegeln und repräsentieren soll. Diese Struktur wirft erhebliche Probleme auf, da die ethnische Spaltung, die während des Krieges verstärkt wurde, durch das Dayton-Abkommen zementiert wurden, was die Herausbildung einer kohärenten nationalen Identität erschwerte und auch weiterhin erschwert (Becker & Kulić 2022). Ein dezentralisiertes politisches System wurde zwar eingeführt, um die Interessen der drei konstitutionellen ethnischen Gruppen zu berücksichtigen, allerdings nehmen die Interessen der ethnischen Gruppen in vielen Fällen eine übergeordnete Rolle ein und daher führt diese Struktur jedoch in der Realität vielfach zu Blockaden, Verzögerungen in politischen Entscheidungsprozessen und einer ineffizienten Verwaltung, wodurch die Umsetzung von Reformen erschwert wird (Medić 2023). Schließlich ist die ethnische Zugehörigkeit nach wie vor ein dominierendes Thema in der politischen Landschaft von Bosnien und Herzegowina, das den politischen Diskurs und die Entscheidungsfindung prägt (Džihic 2006). Ein weiterer Faktor, der immer wieder zu Blockaden führt, ist die Ausgestaltung des politischen Systems als Mehrebenensystem, in dem die Macht zwischen der Zentralregierung, den beiden Entitäten, den zehn Kantonen und der kommunalen Ebene aufgeteilt ist (Banović et al. 2021).

„Mit den gesamtstaatlichen Institutionen, den Entitäten, Kantonen, der mit einem Sonderstatus ausgestatteten Stadt Brčko und den Gemeinden existiert ein über alle Maße überproportionierter Staatsapparat mit 13 Ministerpräsidenten, neun gesamtstaatlichen und 32 Entitätsministerien (16 in der Föderation, 16 in der RS) sowie 130 Ministerien auf der Kantonebene. Dazu kommen etwa 750 Gesetzgeber und rund 1200 Richter und Staatsanwälte“ (Džihic 2009).

Und genau diese Regierungsebenen sind potenzielle Vetospieler in diesem System, was die Umsetzung von fortschrittlichen Reformen nahezu unmöglich macht. Der Grund dafür ist, dass Gesetze im Widerspruch zu anderen Gesetzen der anderen Ebenen stehen oder sich überschneiden (Muharemović 2016).

Es wurden in den vergangenen Jahren zwar zahlreiche politische Reformen angestrebt, doch diese blieben vielfach unvollständig oder wurden lediglich mit geringer

Intensität implementiert (Perry 2019). Zum Beispiel strebt Bosnien und Herzegowina eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union an, doch die innenpolitischen Blockaden und geringe Reformbereitschaft verzögern den Integrationsprozess und die Umsetzung der Beitrittsanforderungen (Richter 2018).

Auch wenn das Dayton-Abkommen den Krieg in Bosnien und Herzegowina beendete, schuf es jedoch kein stabiles politisches System, das ethnische Spannungen überwinden könnte und vielfach als dysfunktional bezeichnet wird (Richter & Gavrić 2010). Es besteht folglich weiterhin die Herausforderung für die internationale Gemeinschaft, diese strukturellen Probleme anzugehen, um eine dauerhafte Stabilität zu gewährleisten und die Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung zu schaffen (Dedić 2021). Zwar trägt die internationale Überwachung in Bosnien und Herzegowina, besonders durch den Hohen Repräsentanten, zur Stabilität und zur Sicherung des Friedens bei, jedoch führt dies auch zu einer gewissen Abhängigkeit von der internationalen Gemeinschaft, was die Fähigkeit des Staates zur eigenständigen politischen Entwicklung und Verantwortung einschränkt (Benková 2016).

Doch der anhaltende Krisenzustand in Bosnien und Herzegowina ist nicht nur auf das Dayton-Abkommen zurückzuführen, vom Hohen Repräsentanten mit weitreichenden Interventionsbefugnissen verwaltet wird, sondern auch auf den Mangel an politischem Willen und einer einheitlichen Richtung in Bosnien selbst, gepaart mit der mangelnden Verantwortung der Bürger (Džihic 2006).

Diese Faktoren werden noch dadurch verschärft, dass die Eliten sich ausschließlich auf ihre eigenen begrenzten politischen Agenden konzentrieren. Dieses Friedensabkommen demonstriert sowohl die Erfolge als auch die Grenzen internationaler Friedensbemühungen in einem komplexen ethnischen Konflikt. Nichtsdestotrotz bleiben die ethnischen Spannungen noch bestehenden und die Nachwirkungen des Krieges sind in Bosnien und Herzegowina immer noch spürbar. Aus diesem Grund wird im folgenden Abschnitt ein Überblick über die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen gegeben, die durch das Dayton-Abkommen entstanden sind.

3.2 Das Politische System von Bosnien und Herzegowina

3.2.1 Die föderale Struktur: Entitäten und Brčko-Distrikt

Wie bereits in den vorangegangenen Abschnitten dieser Arbeit beschrieben, geht das politische System Bosnien und Herzegowinas auf das Dayton-Abkommen von 1995 zurück, das den dezentralen und föderalen Charakter des Staates begründete. Innerhalb

des Gesamtstaates gibt es zwei souveräne Entitäten: die Föderation von Bosnien und Herzegowina und die Republika Srpska sowie eine Sonderverwaltungszone, den Brčko-Distrikt. Dieses einzigartige politische System wurde eingeführt, um die Interessen der drei konstitutionellen ethnischen Gruppen zu vertreten und ethnischen Spannungen entgegenzuwirken. Allerdings ist dieses politische System auch übermäßig komplex und vielschichtig, was die Grundlage für viele Probleme und Blockaden bildet.

Die Föderation von Bosnien und Herzegowina, eine der beiden Entitäten des Landes, ist überwiegend bosniakisch-kroatisch geprägt (Haves 2023) und macht 51% des Staatsgebiets aus. Zudem ist die Föderation in 10 Kantone unterteilt, die jeweils über eine eigene kantonale Verwaltung samt Regierung und Parlament verfügen (Borogovac 2000). Darüber hinaus besitzt jeder Kanton erhebliche Autonomie und kann in verschiedenen Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Polizei eigenständige Gesetze erlassen (Rice 2017). Diese Art der Dezentralisierung innerhalb der Föderation führt allerdings des Öfteren zu Überkreuzungen und Widersprüchen zwischen Gesetzen auf kantonaler und föderaler Ebene, was die Entscheidungsfindung auf politischer Ebene deutlich verlangsamt und Konfliktpotenzial mit sich bringt (Muharemović 2016).

Auf der föderalen Ebene setzt sich die Regierung der Föderation von Bosnien und Herzegowina aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten, einem Parlament, welches sich aus zwei Kammern zusammensetzt: dem Repräsentantenhaus und dem Haus der Völker (Banović et al. 2021). Generell besteht das Haus der Völker aus Vertretern der drei konstitutionellen ethnischen Gruppen und obliegt der Aufgaben, die Interessen der ethnischen Gruppen zu vertreten und zu schützen (Nešković 2013). Entscheidungen, die auf Ebene der Föderation erbracht werden, benötigen daher eine ethnische Zustimmung, was wiederum bedeutet, dass jede ethnische Gruppe ein Veto einlegen kann, wenn sie sich in ihren Interessen bedroht fühlt. Nichtsdestotrotz soll diese Struktur dafür sorgen, dass keine ethnische Gruppe dominiert wird, doch dies beeinträchtigt wiederum die Umsetzung relevanter Reformen, da Entscheidungen meistens blockiert werden (Marković 2019).

Die zweite Entität von Bosnien und Herzegowina ist die Republika Srpska, macht 49% des Staatsgebiets aus und besteht aus einer überwiegend serbischen Bevölkerung (Rice 2017). Zusätzlich unterscheidet sich die Republika Srpska in ihrer politischen Struktur von der Föderation von Bosnien und Herzegowina, da die Republika Srpska stark zentralisiert ist. Die legislative Gewalt dieser Entität wird von einem Parlament, der

sogenannten Nationalversammlung der Republika Srpska, ausgeübt. Ergänzt wird die Regierung durch einen Präsidenten, der zudem über eine bedeutende Exekutivgewalt verfügt, was dieser Entität eine relativ einheitliche politische Struktur und Entscheidungsfindung ermöglicht (Piacentini 2020; Richter & Gavrić 2010).

Aufgrund dessen handelt die Regierung der Republika Srpska unabhängig von der bosnisch-herzegowinischen Zentralregierung und vertritt überwiegend secessionistische Positionen, die von Politikern wie Milorad Dodik, dem langjährigen Präsidenten der Republika Srpska, bekräftigt werden (Rhotert & Rolofs 2020). Die Republika Srpska verfügt über eigene Polizei- und Justizsysteme, die sich teilweise unabhängig von nationalen Richtlinien entwickeln. Solche Unabhängigkeitsbestrebungen stellen eine enorme Herausforderung für die nationale und politische Einheit von Bosnien und Herzegowina dar, was auch die Instabilität des Gesamtstaates weiterhin herausfordert (Björkdahl 2018).

Über einen besonderen Status verfügt der Brčko-Distrikt, welches ein einzigartiges Sonderverwaltungsgebiet im Nordosten des Landes, zwischen der Republika Srpska und der Föderation von Bosnien und Herzegowina ist. Nachdem es zu langjährigen Konflikten über Zugehörigkeit der Region gekommen war, wurde Brčko im Jahre 1999 durch eine Entscheidung des damaligen Hohen Repräsentanten als eigenständiger Distrikt unter Aufsicht der internationalen Gemeinschaft eingerichtet (Keil 2018). Es wurde festgelegt, dass der Distrikt formal zu beiden Entitäten gehört, wird allerdings als autonomes Gebiet verwaltet und ist nicht in das föderale System von Bosnien und Herzegowina integriert (Neškovic 2013). Was die Verwaltung dieser Region anbelangt, so verfügt Brčko über eine eigene lokale Verwaltung und ein Mehrparteienparlament, welches Entscheidungen unabhängig von den beiden Entitäten treffen kann (Richter & Gavrić 2010). Daher genießt Brčko eine Sonderstellung mit symbolischer und strategischer Bedeutung, da dieser Distrikt als eine Art Brücke zwischen den Entitäten dient, um Spannungen abzumildern. Trotzdem bleibt der Distrikt ein Konfliktpunkt, da beide Entitäten versuchen, Einfluss auf dessen Verwaltung und die politische Ausrichtung zu nehmen (Toth 2011).

Die föderale Struktur von Bosnien und Herzegowina mit den souveränen Entitäten und dem Brčko-Distrikt ist ein Ergebnis des Dayton-Abkommens und sollte den ethnischen Spannungen im Land entgegenwirken. Doch die komplexe Struktur führte zu einem ineffizienten politischen System, in dem ständige Blockaden und politische

Spannungen dominieren. Diese Strukturen sichern zwar den Frieden, doch diese erschweren die Umsetzung notwendiger Reformen und hemmt somit die politische Weiterentwicklung von Bosnien und Herzegowina.

3.2.2 Rolle und Machtbefugnisse der Zentralregierung

Da die Rolle, die Befugnisse und die Funktionsweise der Zentralregierung von Bosnien und Herzegowina für das Verständnis des politischen Systems des Landes, aber auch für die Fragestellung dieser Arbeit, inwieweit Milorad Dodik mit seiner secessionistischen Rhetorik die Funktionsfähigkeit dieser zentralen Institution beeinflusst und zu unterminieren versucht, von besonderer Bedeutung sind, wird im Folgenden ein entsprechender Überblick gegeben.

Die bosnisch-herzegowinische Zentralregierung wurde in ihren heutigen Strukturen durch das Dayton-Abkommen etabliert und besitzt die Aufgabe, die Interessen der verschiedenen ethnischen Gruppen, insbesondere der Bosniaken, Kroaten und Serben, zu koordinieren und auszugleichen (Toth 2011). Auch wenn die Zentralregierung die oberste politische Instanz ist, sieht die Verfassung von Bosnien und Herzegowina eine eher schwache Zentralregierung vor, weil die beiden Entitäten starke Autonomierechte besitzen und diese Struktur zu einer erheblichen Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Zentralregierung führt, da viele Entscheidungen auf der Ebene der Entitäten getroffen werden müssen, was die Effizienz der Zentralregierung einschränkt (Gromes 2018).

Was die Struktur der Zentralregierung anbelangt, so setzt sich diese aus drei grundlegenden Elementen zusammen: dem Staatspräsidium, der Regierung und dem Parlament. In das Staatspräsidium („Predsjedništvo Bosne i Hercegovine“), welches aus einem dreiköpfigen Gremium besteht, entsendet jede der drei konstitutionellen ethnischen Gruppen einen Vertreter, der das Amt für eine rotierende Amtszeiten von jeweils acht Monaten bekleidet (Balić & Izmirlija 2013). Aktuell wird das Staatspräsidium von Denis Bećirović als bosniakisches Mitglied, Željko Komšić als kroatisches Mitglied und Željka Cvijanović als serbisches Mitglied gestellt. “One a Bosniak and another a Croat, each of whom is elected from the territory of the Federation; while the third member should be a Serb, elected directly from the territory of Republika Srpska“ (Petrović 2021).

Das Staatspräsidium hat eine Repräsentationsfunktion von Bosnien und Herzegowina nach außen mit besonderem Blick auf internationale Angelegenheit wie die Unterzeichnung internationaler Verträge, koordiniert die Tätigkeiten der Regierung und

ist für Fragen zur nationalen Sicherheit und Verteidigung zuständig. Wichtiges Merkmal ist allerdings, dass Entscheidungen innerhalb des Staatspräsidium nur durch Konsens getroffen werden können und somit alle drei Mitglieder zustimmen müssen, damit eine Entscheidung gefällt werden kann (Rice 2017).

Als Exekutivorgan gilt die Regierung und setzt sich ebenfalls aus Vertretern der drei konstitutionellen Volksgruppen zusammen, wobei das Haus der Völker („Dom Naroda“) als zweite Kammer des Parlaments die Interessen der drei Volksgruppen und anderer nationaler Minderheiten sowie die Entitäten auf Ebene der Zentralregierung vertreten soll (Banović et al. 2021). Neben dem Haus der Völker existiert zusätzlich das Abgeordnetenhaus („Predstavnički Dom“) mit 42 Abgeordneten als erste Kammer des bosnisch-herzegowinischen Parlaments. Zu den wesentlichen Funktionen des Abgeordnetenhauses gehören das Initiativrecht für die Gesetzgebung, Verwaltung der nationalen Finanzen, Kontrolle der Exekutive sowie die Repräsentation der Bevölkerung (McCrudden & O’Leary 2013).

Geprägt ist die Funktionsweise der Zentralregierung durch das Modell der Konkordanzdemokratie (siehe dazu Kapitel 2.1.5), was eine Zusammenarbeit der politischen Eliten der verschiedenen ethnischen Gruppen erfordert. Wiederum kann sich dadurch die Funktionsweise der Zentralregierung enorm verkomplizieren, insbesondere wenn es um Fragen geht, die alle drei konstitutionellen ethnischen Gruppen betreffen und die Zustimmung der jeweiligen Vertreter notwendig ist, da eine Breite an Vetorechten vorhanden ist (Muharemović 2016).

In Bezug auf einzelne Politikfelder verfügt die Zentralregierung von Bosnien und Herzegowina über umfassende Befugnisse, während ihre Kompetenzen in anderen Bereichen stark limitiert ist (Perry 2019). Zu den Kernaufgaben der Zentralregierung gehören die Außenpolitik, die Verteidigung, Währungspolitik und die Kontrolle über die wichtigsten institutionellen Strukturen des Staates. Ferner umfasst die Zuständigkeit der Zentralregierung die Durchführung internationaler Verträge, die Schaffung eines nationalen Rahmens für die Justiz sowie die Organisation von Wahlen auf gesamtstaatlicher Ebene. Zusätzlich obliegt der Zentralregierung die wirtschaftliche und fiskalische Koordination, insbesondere Vereinheitlichung der Steuergesetzgebung sowie die Festlegung der Haushaltsvorgaben für den gesamten Staat (Altmann 2018).

Obgleich die Zentralregierung in einer Vielzahl von Bereichen, insbesondere im Hinblick auf die Gesetzgebung und Verwaltung, lediglich über beschränkte Zuständigkeiten verfügt, so ist sie in anderen Bereichen nach wie vor von den beiden

Entitäten abhängig. So obliegt die Verantwortung für Bereiche wie Bildung, Gesundheit und lokale Verwaltung im Wesentlichen bei den Entitäten, welche wie bereits oben beschrieben über ein hohes Maß an Autonomie verfügen (Gavrić & Richter 2010). Aus diesem Grund ist die bosnisch-herzegowinische Zentralregierung in der Konsequenz in zahlreichen Bereichen lediglich mit direkten Einflussmöglichkeiten ausgestattet und sieht sich in ihrer Handlungsfähigkeit maßgeblich durch die Interessen der Entitäten sowie deren politischen Eliten eingeschränkt.

Schlussendlich sieht sich die Zentralregierung von Bosnien und Herzegowina mit einer ambivalenten Struktur konfrontiert, die durch die föderalistische Struktur des Landes einerseits und die Notwendigkeit zur Kooperation auf nationaler Ebene andererseits gekennzeichnet ist. Da die Befugnisse der Zentralregierung sowohl durch die Verfassung als auch durch das Dayton-Abkommen definiert und stark limitiert sind, führt dies überwiegend zu einer ineffizienten Entscheidungsfindung. Trotzdem bleibt die Rolle der Zentralregierung in dieser komplexen politischen Landschaft von entscheidender Bedeutung für die langfristige Stabilität von Bosnien und Herzegowina, auch wenn die Handlungsfähigkeit meistens durch die politischen Dynamiken der Entitäten und den internationalen Einflüssen in unterschiedlichen Maßen begrenzt wird.

3.3 Politische Spannungen in Bosnien und Herzegowina

3.3.1 Politische Krisen, Herausforderungen und Blockaden

Angesichts des oben beschriebenen politischen Systems von Bosnien und Herzegowina, dominieren regelmäßig politische Spannungen und Krisen im Land, die insbesondere durch die interethnischen Spannungen geprägt sind, die die gemeinsame Zusammenarbeit der ethnischen Gruppen und politische Fortschritte durch ständige Blockaden ausbremsen. Da das politische System auf die Vertretung und Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen der verschiedenen ethnischen Gruppen ausgelegt ist und diese auch mit Vetorechten ausgestattet sind, bildet dies den Nährboden für zahlreiche politische Krisen und Spannungen in Bosnien und Herzegowina (Schiffers 2018). Hinzu kommt, dass Bosnien und Herzegowina auch weiterhin unter den Nachwirkungen des Bürgerkriegs und dem daraus resultierenden Misstrauen zwischen den ethnischen Gruppen leidet und die Wurzeln der politischen Spannungen zudem in den Konflikten der 1990er Jahre verankert sind (Gromes 2012b).

„Vor allem der bosnische Serbenführer Milorad Dodik (SNDS) torpediert seit vielen Jahren die Integrität des Landes, zunehmend flankiert durch den Vorsitzenden der größten kroatischen Partei

im Lande, Dragan Čović (HDZ BiH). Es ist gerade Dodik [...], der seit vielen Jahren einen kalkulierten Tabubruch betreibt und die Integrität des Gesamtstaates (BiH) massiv torpediert. Immer wohlwollender droht er mit einer Abspaltung der RS und der Zerstörung Bosniens“ (Rhotert & Rolofs 2020).

Seit geraumer Zeit ist die politische Lage in Bosnien und Herzegowina aufgrund von secessionistischen Bestrebungen äußerst angespannt, da unter anderem die Republika Srpska, unter Führung des Präsidenten Milorad Dodik, die Unabhängigkeit der Entität anstrebt (Medić 2023). Doch es existieren nicht nur Spannungen zwischen dem Gesamtstaat von Bosnien und Herzegowina und der Entität Republika Srpska, sondern auch innerhalb der anderen Entität, der Föderation von Bosnien und Herzegowina. Grund dafür ist, dass seit einigen Jahren die Kroaten in Bosnien und Herzegowina einen eigenen Teilstaat, beziehungsweise eine eigene Entität fordern (Hitchner 2006; Arnautović et al. 2023). Dabei gilt Dragan Čović, ehemaliger kroatischer Vertreter im Staatspräsidium und Vorsitzender der kroatischen Partei HDZ BiH („Hrvatska Demokratska Zajednica“ – Kroatische demokratische Gemeinschaft), gilt dabei als „kroatischer Counterpart von Milorad Dodik“ (Rhotert & Rolofs 2020), der die Bestrebungen nach einer kroatischen Entität innerhalb von Bosnien und Herzegowina vorantreibt (Hasić 2019).

Andererseits bemühen sich die Bosniaken, und insbesondere die bosniakische Partei SDA („Stranka Demokratske Akcije“ – Partei der demokratischen Aktion), um eine Abschaffung der Republika Srpska, die diese Entität ihrer Meinung nach „ein Produkt des Genozids und der Vertreibung“ ist (Richter & Gavrić 2010) und stattdessen eine Zentralisierung des Gesamtstaates anstrebt.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass in Bosnien und Herzegowina politische Krisen und Spannungen, die von ethnischen Bestrebungen ausgehen, immer wieder dominieren und tief im politischen Gefüge des Landes verwurzelt sind. Da jedoch die Sezessionsbestrebungen der Republika Srpska unter Milorad Dodik das politische Geschehen am stärksten dominieren, wird in den folgenden Kapiteln dieser Arbeit näher auf die Hintergründe und Auswirkungen dieser Bestrebungen eingegangen.

3.3.2 Wirtschaftliche Herausforderungen

Die wirtschaftlichen Herausforderungen in Bosnien und Herzegowina sind eng mit den dauernden politischen Spannungen verflochten, da das Land seit dem Ende des Bürgerkrieges vor der Aufgabe steht, die eigene Wirtschaft zu stabilisieren und zu modernisieren, damit eine nachhaltige Entwicklung erfolgen kann (Rice 2017). Doch

dieser Prozess wird stark von strukturellen und institutionellen Faktoren geprägt und behindert.

Ein Grund dafür ist die komplexe Verwaltungsstruktur des Staates, wobei die einzelnen Regierungseinrichtungen der Entitäten, Kantone, Gemeinden und des Gesamtstaates jeweils unterschiedliche Bestrebungen in Rahmen der Wirtschaftspolitik verfolgen und es somit auf gesamtnationaler Ebene zu einer unkoordinierten Wirtschaftspolitik kommt. Diese Zersplitterung auf administrativer Ebene sorgt dafür, dass die Wirtschaftspolitik zudem ineffizient ist und aufgrund unterschiedlicher Interessen keine einheitlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden können (Muharemović 2016).

Hinzu kommt die Korruption, die ebenfalls die wirtschaftliche Entwicklung von Bosnien und Herzegowina stark einschränkt. Im Vergleich zu anderen Staaten Europas weist das Bosnien und Herzegowina eine der höchsten Korruptionsraten auf und dies untergräbt das Vertrauen in staatliche Institutionen und schafft auch ein unsicheres Umfeld für Investoren, die aus diesen Gründen von Investitionen fernbleiben (Benková 2016; Banović et al. 2021). Auf der anderen Seite ist Bosnien und Herzegowina für die wirtschaftliche Entwicklung auf internationale wirtschaftliche Hilfen angewiesen und diese Abhängigkeit von externen Investitionen verdeutlicht die Schwäche der bosnisch-herzegowinischen Wirtschaft (Rice 2017).

Die wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen Bosnien und Herzegowina konfrontiert ist, haben erhebliche Auswirkungen auf die soziale und politische Stabilität des Landes. Anhaltende Armut und wirtschaftliche Unsicherheit führen zu Unzufriedenheit und sozialen Spannungen, die die politische Instabilität verschärfen (Jurić 2013). Die wirtschaftlich fragile Lage fördert die politische Radikalisierung und verstärkt die ethnischen Konflikte, die bereits die politische Landschaft prägen (Muharemović 2016). Soziale Ungleichheit und geringe Lebensqualität führen zudem zu einer Entfremdung der Bevölkerung der staatlichen Institutionen und untergraben die Unterstützung für Reformen und Integrationsprozesse, die für einen möglichen Beitritt in die Europäische Union notwendig sind (Richter 2018).

3.3.3 Internationale Einflüsse und geopolitische Interessen

Bosnien und Herzegowina steht im Blickpunkt zahlreicher internationaler Akteure, die ihre geopolitischen Interessen nicht nur in Bosnien und Herzegowina, sondern auch in

anderen Staaten des Westbalkans verfolgen. Das Land steht im Fokus vieler internationaler Akteure, die ihre geopolitischen Interessen nicht nur dort, sondern auch in den anderen Staaten des Westbalkans verfolgen. Allerdings ist der Einfluss dieser Akteure in Bosnien und Herzegowina am deutlichsten sichtbar, ebenso die Unterschiede in ihren Absichten und Ambitionen. Am deutlichsten wird dies am Einfluss der internationalen Gemeinschaft bei der Überwachung des Friedensabkommens von Dayton und der Rolle des Hohen Repräsentanten, der derzeit vom ehemaligen deutschen Landwirtschaftsminister Christian Schmidt bekleidet wird und seit seinem Amtsantritt im Jahre 2021 mehrere Male von den Bonner Befugnissen Gebrauch gemacht hat (Fella 2024). Allerdings haben auch andere internationale Akteure einen gewissen Einfluss oder verfolgen geopolitische Interessen in Bosnien und Herzegowina.

Die Europäische Union spielt eine wesentliche Rolle in den politischen Entwicklungen von Bosnien und Herzegowina, da das Land seit Jahren eine EU-Mitgliedschaft anstrebt und seit Dezember 2022 offizieller Beitrittskandidat ist. Zwar setzt die Europäische Union auf Reformen wie das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, und die European Union Force Althea verdeutlicht nochmals die Bemühungen der Europäischen Union, die Stabilität in Bosnien und Herzegowina zu fördern (Nešković 2013). Doch die innenpolitische Zerrissenheit stellt eine große Herausforderung für weitere Entwicklungen dar und das Ziel einer EU-Mitgliedschaft wird nicht mit der nötigen Entschlossenheit verfolgt, was auch Zweifel bezüglich der Ernsthaftigkeit der Bestrebungen in Richtungen eines europäischen Weges aufwirft (Richter 2018). Nichtsdestotrotz hat die Europäische Union im März 2024 den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina beschlossen.

Seit der maßgeblichen Vermittlung des Dayton-Abkommens sind auch die Vereinigten Staaten von Amerika ein wichtiger internationaler Akteur in Bosnien und Herzegowina und verfolgen das Interesse, die dortige Demokratie auszubauen und stabile wirtschaftliche Beziehungen zu etablieren (Hadžić 2022b). Zudem unterstützen die USA die Souveränität sowie die territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina und haben dadurch Sanktionen gegen politische Akteure wie Milorad Dodik verhängt, die die territoriale Integrität bedrohen (Usvatov & Muharemović 2022).

Einen komplett gegenteiligen Ansatz verfolgt Russland und zielt auf die Aufrechterhaltung der traditionellen serbischen Verbundenheit und unterstützt dabei die serbische Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina (Vrbetić 2024). Generell interpretiert Russland die secessionistischen Bestrebungen der Republika Srpska unter

Dodik als eine positive Angelegenheit und befürwortet Politiker wie Milorad Dodik, die sich gegen eine Zentralisierung von Bosnien und Herzegowina und für die Unabhängigkeit der Republika Srpska aussprechen (Haves 2023). Zusätzlich lehnt Russland die NATO-Erweiterung in der Region des westlichen Balkans entschieden ab, sieht Bosnien und Herzegowina als eine Art Gegengewicht zur westlichen Einflussnahme auf dem Balkan und versucht somit gezielt jene Kräfte zu stärken, die eine Annäherung an die Europäische Union und an die NATO ablehnen (Medić 2023).

Des Weiteren darf die Einflussnahme der Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdogan nicht unterschätzt werden, denn die Türkei sieht sich als eine kulturell und historisch verbundene Nation und unterstützt insbesondere die bosniakische Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina (Muharemović 2016; Perry 2019). Der Einfluss der Türkei in Bosnien und Herzegowina zeichnet sich insbesondere durch politisches und wirtschaftliches Engagement aus und baut strategische Partnerschaften auf, um Investitionen in die Infrastruktur und kulturelle Projekte vorzunehmen (Richter 2018).

Primär wirtschaftliche Interessen verfolgt China durch Investitionen im Rahmen der „Belt and Roads Initiative“, um vor allem Straßen- und Energieprojekte zu unterstützen und bietet Kredite an, die oftmals wenig politische Konditionen mit sich bringen, was besonders für Regierung der Republika Srpska attraktiv wirkt (Džihic & Eder 2022). Die bevorzugten Interessen für die Republika Srpska seitens Chinas wirken sich auf die dortigen secessionistischen Bewegungen aus.

Alles in allem spiegelt die geopolitische Lage in Bosnien und Herzegowina die Komplexität des Landes wider und verschiedene internationale Akteure nehmen eine Schlüsselrolle ein, aber ihr Einfluss trägt aufgrund gegensätzlicher Interessen sowohl zur Stabilisierung als auch zur Destabilisierung bei. Gleichzeitig zeigen diese Strukturen auf, dass Bosnien und Herzegowina stark von internationalen Akteuren und deren Agenda abhängig ist und dass das Land nicht in der Lage ist, sich aus eigener Kraft um politische und wirtschaftliche Angelegenheiten zu bemühen.

4. Milorad Dodik: Eine politische Figur in Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska

In diesem Kapitel werden der politische Werdegang und Entwicklung einschließlich der ideologischen Grundlagen, die Milorad Dodik vertritt, untersucht. Diese Analyse soll auch aufzeigen, wie er als zentraler Akteur in der politischen Landschaft Bosnien und Herzegowinas die ethnonationalen Spannungen und die Fragmentierung sowohl auf

gesellschaftlicher als auch auf politischer Ebene vorantreibt. Aus diesem Grund kann durch ein vertieftes Verständnis seiner Biografie und Positionen Motive und Hintergründe seiner politischen Strategie und Ambitionen erfasst werden. Zudem kann verdeutlicht werden, wie Dodiks Handlungen über Überzeugungen das fragile politische Gefüge Bosnien und Herzegowina prägt.

4.1 Hintergrundinformationen zu Milorad Dodik

4.1.1 Politischer Werdegang

Milorad Dodik gilt als eine der prägendsten politischen Figuren in Bosnien und Herzegowina sowie in der der Republika Srpska. Seine politische Karriere begann in den frühen 1990er Jahren, als er als Mitglied des Parlaments von Bosnien und Herzegowina im Rahmen der ersten Mehrparteienwahlen gewählt wurde. Zu dieser Zeit war er Delegierter des „Savez Reformskih Snaga Jugoslavije“ (SRSJ), des Bundes der Reformkräfte Jugoslawiens, der als Reformpartei in dem sich auflösenden Staat galt (Maksić 2009). Kurze Zeit später wurde Dodik Abgeordneter im Parlament der Republika Srpska und stand aufgrund seiner damaligen Positionierung für ein friedliches Zusammenleben in Opposition zur damaligen Regierungspartei Srpska Demokratska Stranka, Serbische Demokratische Partei (SDS) und distanzierte sich auch von jeglicher nationalistischer Rhetorik (Hasić & Yesilyurt 2020). Deshalb beschloss er, eine eigene politische Plattform zu schaffen und gründete 1996 die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten, kurz SNSD, mit der er die Dominanz der SDS herausforderte (Nešković 2013) und dessen Vorsitzender er bis heute ist.

Zu Beginn seiner politischen Karriere etablierte sich Dodik schnell als ein moderater Politiker, der die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft gewann, denn diese strebte eine Förderung moderater Alternativen zu den nationalistischen Parteien an, damit die politische Landschaft von Bosnien und Herzegowina nachhaltig verändert werden konnte (Toth 2011). Dies verhalf Dodik, im Jahre 1998 Premierminister der Republika Srpska zu werden, obwohl die SNSD zwei Sitze in der dortigen Nationalversammlung hatte. Dodik hatte das Amt des Premierministers der Republika Srpska bis 2001 inne (Richter & Gavrić 2010). Insbesondere in der Zeit, als die internationale Gemeinschaft schrittweise begann, die Souveränität an die Institutionen in Bosnien und Herzegowina zurückzugeben, erwies sich die Strategie von Dodik als gemäßigter Politiker zu agieren, als besonders effektiv. Denn somit wurde ihm die Tür zu

höheren politischen Ämtern geöffnet (Gromes 2012b). Bereits bei Dodiks Wiederwahl 2006 galt seine Partei, die SNSD, als eine der stärksten Parteien in der Republika Srpska, was ihm dann 2010 zum Amt des Präsidenten der Entität verhalf, welches er bis 2018 ununterbrochen innehatte (Banović et al. 2021). Zudem etablierte er sich als eine politische zentrale Figur in der Republika Srpska und wurde nutzte seine Popularität konsequent, um seine Macht zu stärken und begann, seine Bemühungen um die Dezentralisierung und Eigenständigkeit der Republika Srpska entscheidend zu verfolgen (Hasić 2019).

Anschließend trat Dodik 2018 bei den gesamtstaatlichen Wahlen zum Staatspräsidium und des Abgeordnetenhauses als Kandidat für das serbische Mitglied des bosnisch-herzegowinischen Staatspräsidiums und konnte diese für sich entscheiden. Bis einschließlich 2022 agierte Dodik somit als serbischer Vertreter des bosnisch-herzegowinischen Staatspräsidiums und war in diesem Zeitraum zweimal Vorsitzender des Staatspräsidiums. Nach dieser Amtszeit kandidierte er erneut für das Amt des Präsidenten der Republika Srpska, wurde 2022 mit Mehrheit gewählt und hält das Amt bis heute inne (Fella 2024).

4.1.2 Politische Positionen

Wie bereits oben beschrieben, galt Milorad Dodik im Vergleich zu anderen serbischen Politikern der 1990er zu Beginn seines politischen Werdegangs als ein Politiker mit gemäßigten und moderaten Ansichten, der sich nationalistischen Tendenzen widersetzte. Dodik betonte zur damaligen Zeit mehrmals, dass er bereit sei, in der multiethnischen Struktur von Bosnien und Herzegowina zu agieren und sprach sich somit auch für ein friedliches Miteinander im Land aus und sprach seine volle Unterstützung für das Friedensabkommen von Dayton aus und ein einheitliches Bosnien und Herzegowina, was von besonderer Bedeutung in den Nachkriegsjahren war. Dadurch erhielt er auch gewisse Anerkennung der internationalen Gemeinschaft, die ihn als einen Partner für eine stabile Nachkriegsordnung in Bosnien und Herzegowina sah. Daher pflegte Dodik gute Beziehungen zu internationalen Akteuren wie den USA und der Europäischen Union und vertrat zu dieser Zeit folgende Meinung: „[...] the Dayton-built BiH, gives a better chance for their [Serbs‘] development than if they were part of Serbia, which some nationalists hope to see“ (vgl. Beglerović 2020).

Doch mit seiner Rückkehr im Jahre 2006 als Premierminister der Republika Srpska entwickelte sich Dodik in die Richtung eines nationalistischen Hardliners. Er begann stärker nationalistische und separatistische Ansichten zu vertreten, insbesondere mit Blick auf den wachsenden internationalen Druck zur Stärkung der Zentralregierung in Bosnien und Herzegowina, wodurch sich die Forderung nach einer Unabhängigkeit der Entität von Gesamtstaat Teil seiner politischen Agenda entwickelte (Gromes 2012a; Richter 2018). Zudem intensivierten die Ereignisse nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo 2008 diese Ausrichtung, indem sie Dodik ermutigten, das Selbstbestimmungsrecht für die serbische Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina zu fördern, welches dem Vorgehen im Kosovo ähnlich erscheint (Džihic 2008).

Dodik förderte zunehmend öffentlich destruktive Diskurse in Bosnien und Herzegowina und verstärkte seine spaltende Darstellung der negativen Rolle der internationalen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina, was auch heute noch zu seinen Positionen gehört (Medić 2023). Er beschuldigte zudem die internationale Gemeinschaft mehrmals, sie würde eine gegen die Serben in Bosnien und Herzegowina ausgerichtete Agenda verfolgen (Toal 2013). Demzufolge behauptete Dodik zusätzlich, dass die Zentralisierung von Bosnien und Herzegowina eine Idee der Bosniaken sei und dass bosniakische Interessenvertreter seit dem Bosnienkrieg die europäische Integration ausnutzen würden, um das Land zu zentralisieren. Derartige Argumente wurden 2006 deutlicher, als Dodik mutmaßte, dass das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union nicht eingehalten werde, weil die Entscheidungen über Reformen von externen Akteuren getroffen würden (Kočan & Zupančić 2022). Ebenso wurden weitere von der Europäischen Union initiierte Reformen zur Unterstützung des Gesamtstaates und zur Annäherung an die Europäische Union von Dodik vehement abgelehnt, da sie als eine Art Bedrohung für die Republika Srpska angesehen wurden. Dies ist auch die Grundlage für Dodiks ablehnende und ignorierende Haltung gegenüber der Europäischen Union, die sich stattdessen auf die Unterstützung Russlands beruft (Ker-Lindsay 2016). Aus diesem Grund pflegt Dodik enge Beziehungen zu Russland und dessen Einfluss, da er die Positionen Moskaus unterstützt und einen Verbündeten gegen westliche und europäische Einflüsse nicht nur in Bosnien und Herzegowina, sondern in der gesamten Region sieht (Vrbetić 2024).

Obwohl Dodik sich internationalen Einflüssen aus dem Westen widersetzte, hat er es sich zur Aufgabe gemacht, das Dayton-Abkommen weiterhin zu sichern und sich darauf zu stützen, in der Hoffnung, dass die Republika Srpska nicht nur als eigenständige

Entität erhalten bleibt, sondern dass sie schließlich genügend politische und institutionelle Unabhängigkeit erlangt, um sich von Bosnien und Herzegowina abzuspalten (Hasić & Yesilyurt 2020; Hronešová 2021).

Seine Popularität bei den serbischen Wählern stieg um so mehr, als er sich den Forderungen der bosniakischen SDA-Führung widersetzte, die Republika Srpska als Produkt des Genozids und Völkermordes abzuschaffen (Toth 2011). In der Folge stellte die Regierung der Republika Srpska die Zusammenarbeit bei der Umsetzung der bereits vereinbarten Staatsaufgaben ein und Dodik war nicht mehr gewillt, Maßnahmen zur Stärkung der Staatsinstitutionen zuzustimmen. Gegenüber der Föderation von Bosnien und Herzegowina und insbesondere den bosniakischen Parteien und politischen Akteuren begann er eine aggressive Rhetorik auszudrücken (Džihic 2012). Diese aggressive Rhetorik gegenüber Bosniaken mündete sogar in der Leugnung des Genozids von Srebrenica und der Relativierung von serbischen Kriegsverbrechern, worauf in den folgenden Kapiteln dieser Arbeit noch näher eingegangen wird.

4.1.3 Machtkonsolidierung

Milorad Dodik profilierte sich seit über mehrere Jahre als einer der dominierenden politischen Akteure in der Republika Srpska. Dessen Machtkonsolidierung begann Anfang der 2000er Jahre, als sich seine Partei, die SNSD, in der politischen Landschaft der Republika Srpska etablieren konnte. Dennoch stellt sich die Frage, wie Dodik seine Machtposition sowohl in der Entität als auch in Bosnien und Herzegowina über mehr als zwei Jahrzehnte aufrechterhalten konnte. Deswegen lässt sich seine Machtkonsolidierung als einen langfristigen und systematischen Prozess beschreiben, der sowohl gesellschaftliche, politische und institutionelle Strategien umfasst.

Seinen Aufstieg in die politische Führungsebene der Republika Srpska hat Dodik, wie bereits im obigen Kapitel beschrieben, der internationalen Gemeinschaft zu verdanken, doch seine politische Dominanz stieg mit der gezielten Übernahme und Einflussnahme politischer Institutionen an (Banović et al. 2021). Dodik sorgte gemeinsam mit seiner Partei dafür, dass Schlüsselpositionen in der Regierung der Republika Srpska, aber auch in Verwaltung und Justiz, von systematisch loyalen Anhängern besetzt wurden, um so eine weitreichende Kontrolle über die institutionellen Strukturen zu sichern. Somit entwickelt sich innerhalb der SNSD ein starker

innerparteilicher Zusammenhalt, mit einer festen Kontrolle über das Parteiensystem und großen Einfluss auf die Regierungstätigkeit in der Entität (Hasić 2020).

“RS [Republika Srpska] level policies were designed to work for inner-group members and irritate the opposition, while BiH level policies were disintegrative and served the same purpose. Dodik and SNSD continued to use their position in both RS and BiH government structures as a strong veto player. Party members cemented their influence within the judiciary system, and slowly expanded patronage networks of followers and loyal voters. Consequently, the party had an exponential rise of its membership and gained even stronger public support” (ibid.).

Darüber hinaus ermöglicht diese Art der Machtausübung den Aufbau kontrollierbarer Organisationsstrukturen, und die Besetzung von Führungspositionen mit SNSD-loyalen Mitgliedern steuert ein parteikonformes Verhalten der Vertretungsorgane sowohl in der Republika Srpska als auch auf gesamtstaatlicher Ebene. Daher ergibt sich ein weiteres Merkmal der Machtkonsolidierung, welches die Personalisierung der Parteipolitik der SNSD ist, die mit einem zentralen parteiinternen Rahmen für die Entscheidungsfindung einhergeht, was die Wähler ermutigt, die gesamte Haltung der Partei mit ihren jeweiligen Persönlichkeiten in Verbindung zu bringen (Arnautović et al. 2023). Denn im Laufe der Zeit haben sich Führungspersönlichkeiten wie Milorad Dodik zum Schlüssel für die Identifikation der Wähler mit der Partei entwickelt und Persönlichkeiten überwiegen die ideologische Überzeugung der Wähler (Hasić 2020). Am deutlichsten zeigt sich dies daran, dass die SNSD seit einigen Jahren mit dem zusätzlichen Nameszug „Milorad Dodik“ wirbt (Gromes 2012b). Zusätzlich verdankt Dodik und die SNSD größtenteils ihren Erfolg bei der Wählerschaft durch das populistische Programm, das ein Referendum über die Abspaltung der Republika Srpska fördert und ein Bedrohungsgefühl insbesondere gegenüber der bosniakischen Volksgruppe schürt (Džananović & Karamahić 2016).

Hinzu kommt, dass regelmäßige Drohungen von Referenden zur Abspaltung der Republika Srpska vom Gesamtstaat einen großen Teil zur Stärkung der politischen Macht von Milorad Dodik beitragen und er dadurch in der politischen Landschaft von Bosnien und Herzegowina polarisiert. Dodik nutzt die Diskussion über Referenden bewusst und strategisch, um politische Legitimität zu erlangen und seine politische Position zu festigen (Beglerović 2020). So kommen auch Banović et al. (2021) zu folgender Schlussfolgerung: “Latest since the 2012 elections, at regular intervals, he [Milorad Dodik] threatened to hold a referendum regarding the independence of the Republika Srpska, in order to assert his claims, cement his power and slowly take back the central state’s competences, the latest being the “RSexit” request from February 2020 [...]. As a result, this approach has enabled him to stay in power from 2006 until today.”

Dieser Referendumsdiskurs dient auch als Grundlage für die secessionistische Rhetorik von Dodik, beziehungsweise die Drohung mit der Unabhängigkeit der Republika Srpska von Bosnien und Herzegowina, die im weiteren Verlauf dieser Arbeit noch genauer untersucht werden soll.

Ein weiterer relevanter Bestandteil von Dodiks Machtkonsolidierung ist die Kontrolle der Medienlandschaft in der Republika Srpska. Der öffentliche Diskurs wird nämlich von staatlich kontrollierten und regierungsnahen Medien dominiert und verbreiten gezielt die politische Agenda von Milorad Dodik. Allen voran ist hier der öffentlich-rechtliche Fernsehsender RTRS („Radio Televizija Republike Srpske“) zu nennen, denn dieser pflegt eine enge Verbindung zur Regierung der Republika Srpska, die wiederum die „redaktionelle Linie“ (Becker & Kulić 2022) des Senders bestimmt. Daher dient RTRS als eine Plattform für die nationalistischen Inhalte der von Dodik geführten SNSD-Politik, aber auch Oppositionelle und kritische Stimmen werden ins negative Licht gebracht, da die Berichterstattung sehr selektiv zugunsten der Regierung und mit verzerrten Narrativen erfolgt (Arnautović et al. 2023). Auch andere Medien wie Nezavisne Novine, Glas Srpske und ATV sind der Parteilinie von Dodik und seiner SNSD treu, aber RTRS ist einer der größten Fernsehsender in der Republika Srpska und verfügt über die stärkste Reichweite (Kočan & Zupančič 2022). Außerdem werden Journalisten, die sich kritisch gegenüber dem politischen Programm von Dodik und seiner SNSD äußern, juristisch oder finanziell unter Druck gesetzt, was eben zu einer erheblichen Einschränkung der Pressefreiheit führt (Richter & Gavrić 2010). Beispielsweise reagierte Dodik bei einer Pressekonferenz am 11. November 2023 aggressiv auf eine Frage der Journalistin Snezana Mitrović vom Sender N1 zu seinen Verbindungen zu kurz darauf verhafteten Drogenhändlern. Er beschuldigte die Journalistin, ein „antiserbisches Narrativ“ zu verbreiten, und griff sie an, indem er ihr das Mikrofon wegnahm und ihr drohte, ihre Arbeit zu überwachen. Nach dem Vorfall erhielt Mitrović einen Anruf von Dodik, in dem er sie beschimpfte und sich über einen Bericht von N1 über die Pressekonferenz ärgerte, der von dem Vorfall berichtete (ECPMF 2023).

Generell lässt sich sagen, dass die institutionelle Kontrolle, nationalistische Rhetorik und repressive Politik eine Kombination bilden, durch die Milorad Dodik eine nahezu unangefochtene Machtposition in der Republika Srpska aufgebaut hat. Diese Machtkonsolidierung beruht jedoch auf einem personalisierten System, das verschiedenen Herausforderungen ausgesetzt ist. Dies wirft die Frage auf, ob nicht nur die Demokratie in der Republika Srpska, sondern auch die politische Stabilität in Bosnien

und Herzegowina insgesamt in Gefahr ist. Aus diesem Grund wird diese Problematik im weiteren Verlauf dieser Arbeit erörtert.

4.2 Ideologische Grundlagen von Dodiks sezeessionistischer Rhetorik

4.2.1 Historische und kulturelle Bezüge

Milorad Dodik greift in seiner sezeessionistischen Rhetorik des Öfteren auf historische und kulturelle Bezüge zurück, die tief in der Geschichte und den Traditionen der Region verwurzelt sind und Ausdruck einer ideologischen Ausrichtung sind, die auf der Vorstellung eines ethnisch homogenen serbischen Raumes basiert. Daher ist es auch im Zusammenhang mit der vorliegenden Fragestellung dieser Arbeit von zentraler Bedeutung, die ideologischen, insbesondere die historischen und kulturellen Grundlagen zu betrachten, mit denen Dodik seine sezeessionistische Rhetorik untermauert.

Der Präsident der Republika Srpska macht häufig von kulturellen Symbolen und Referenzen Gebrauch, um die serbische Identität zu betonen und zu stärken. Insbesondere dient da die serbisch-orthodoxe Kirche als relevanter Bezugspunkt, die als eine Art Beschützerin nationaler und religiöser Identität dient (Merdžanović 2015). So betonte Dodik im September 2024 bei einer Einweihung einer Klosterkirche in Martin Brod, einem serbisch-dominierten Ort im Nordwesten von Bosnien und Herzegowina: „Ohne die serbisch-orthodoxe Kirche können wir unseren Glauben, unsere Sprache, unser Alphabet und unsere Schutzpatronentage nicht bewahren“ (SRNA 2024; Zitat übersetzt). Somit stellt Dodik die serbisch-orthodoxe Kirche als eine Institution dar, die für den Erhalt der historischen Kontinuität und der moralischen Legitimation der serbischen Autonomie essenziell ist. Auch nutzt er diese religiöse Dimension in seiner Rhetorik, um die ethnisch-kulturelle Unterscheidung zwischen den Serben und den anderen Volksgruppen, allen voran Bosniaken und Kroaten, zu verstärken. Häufig unterstreicht Dodik die vermeintliche kulturelle Überlegenheit dar und untermauert damit den Anspruch auf eine vermeintlich souveräne serbische Identität (Björkdahl 2018; Latal et al. 2015).

Zudem ist die kulturelle Nähe zu Serbien ein weiterer Aspekt in Dodiks sezeessionistischer Rhetorik, denn durch die Konstruktion gemeinsamer historischer, kultureller und religiöser Wurzeln konstruiert Dodik ein Bild, das die Republika Srpska als unverzichtbaren Teil des serbischen Kultur- und Identitätsraums darstellt. So bezeichnet Dodik Serbien häufig als „Mutterland“ (Arnautović et al. 2023) der Serben in

der Republika Srpska und spricht dementsprechend auch von einer Vereinigung der Entität mit der Republik Serbien (Beglerović 2020).

Darüber hinaus nutzt Dodik gezielt kulturelle Symbole wie die serbische Fahne, nationale Feiertage wie den 9. Januar, der auch als „Tag der Republika Srpska“ („Dan Republike Srpske“) bekannt ist, oder historische Gedenkfeiern wie die für die Opfer des Ustaša-Regimes, um die serbische Identität zu betonen. Die immer wiederkehrende Erinnerung an die Verbrechen des Ustaša-Regimes während des Zweiten Weltkriegs, durch das mehrere tausend Serben systematisch ermordet wurden, wird von Dodik als Symbol für die kollektive Opferrolle der Serben genutzt (Toth 2011). Ebenso werden die Erfahrungen aus dem Bosnienkrieg aus den 1990er Jahren von Dodik instrumentalisiert, um Narrative zu schaffen, die die serbische Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina als Opfer und andere ethnische Gruppen als Gegner darstellen (Hasić & Yesilyurt 2020). Zum Beispiel spricht Dodik häufig von Angriffen auf serbische Dörfer und Städte durch Kroaten oder Bosniaken, während die Verantwortung für Kriegsverbrechen durch serbische Truppen wie den Genozid von Srebrenica oder die Massenmorde an Bosniaken und Kroaten in Prijedor relativiert und geleugnet werden.

Dabei konstruiert Dodik eine Verbindung zwischen den historischen Ereignissen und den aktuellen politischen Konflikten, indem er häufig behauptet, dass die Existenz der Serben in der Republika Srpska erneut bedroht sei und die Unabhängigkeit der Republika Srpska daher eine Art Schutzmechanismus darstelle (Majstorović 2013). Toal (2013) betont, dass Dodik Appelle an historische Ängste und derartige Bezüge eine kollektive Identität formen, die die politische Unterstützung generiert und diese Form der Emotionalisierung. Die Darstellung einer Opferrolle dient als eine Art Katalysator für die Legitimation seiner politischen Ziele. Zum Beispiel äußerte sich Dodik zu einem Angriff kroatischer und bosnischer Truppen auf die serbisch dominierte Stadt Mrkonjić Grad im Westen von Bosnien-Herzegowina im Jahr 1995, bei dem mehrere hundert Serben getötet wurden, folgendermaßen:

„So sehr andere unsere Opfer minimieren und leugnen mögen, [...] bleibt dieser blutige und hinterhältige Angriff der kroatischen und muslimischen Armee auf Mrkonjić Grad und seine Einwohner – und das abseits von Kampfhandlungen – dem serbischen Volk als ewige Erinnerung und Mahnung: Niemals vergessen. Auch dieses Verbrechen, wie alle anderen, die an den Serben im Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie im jüngsten Verteidigungs- und Vaterlandskrieg begangen wurden, muss uns stets vereint und um unsere Republika Srpska und ihre Institutionen geschart halten. Ohne die Republika Srpska und starke Institutionen gibt es auch kein serbisches Volk, und

das muss stets in unserem Bewusstsein präsent sein und für alle eine Lehre bleiben“ (RTRS 2023; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache).

Dagegen brachte er in Bezug auf den im Jahr 1995 von serbischen Truppen begangenen Genozid von Srebrenica folgendes vor:

„Die Republika Srpska hat sich in Bezug auf die Ereignisse in Srebrenica immer so verhalten, als handele es sich um einen Ort, an dem ein Verbrechen begangen wurde. Es ist jedoch nicht korrekt, dass ein Genozid begangen wurde, da die Definition von Genozid in Srebrenica nicht einmal in Teilen erfüllt ist“ (RTRS 2024a; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die ideologischen Grundlagen der Rhetorik Milorad Dodiks tief in historischen und kulturellen Bezügen verankert sind. Diese Bezugspunkte werden strategisch eingesetzt, um politische Ziele zu erreichen, die serbische Identität zu stärken und die Gemeinschaft gegen äußere Einflüsse zu mobilisieren. Durch den geschickten Einsatz von Geschichte und Kultur schafft Dodik ein Narrativ, das Vergangenheit und Zukunft der serbischen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina definiert, die eine durch dieses Narrativ eine gerechtfertigte Autonomie der Republika Srpska ist.

4.2.2 Politische Argumentation

Neben den historischen und kulturellen Bezügen, nutzt Dodik ebenso politische Argumente, um seine secessionistische Rhetorik zu untermauern.

Ein wichtiges Argument, das Dodik immer wieder hervorbringt, ist die Benachteiligung der Republika Srpska aufgrund der Verfassungsstruktur von Bosnien und Herzegowina, die auf dem Dayton-Abkommen basiert. Er begründet dies damit, dass die zentralstaatlichen Institutionen wie das Verfassungsgericht („Ustavni Sud Bosne i Hercegovine“), aber auch das Amt der Hohen Repräsentanten, die Autonomierechte der Republika Srpska untergraben (Fella 2024). Aus diesem Grund dienen das bosnisch-herzegowinische Justizsystem und der aktuelle Hohe Repräsentant, Christian Schmidt, als Zielscheibe für Dodiks regelmäßige Kritiken, da aus seiner Sicht diese beiden Institutionen Entscheidungen treffen, die die Rechte der Republika Srpska verletzen. Das Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina ist laut Dodik das größte Hindernis für die Republika Srpska, denn er bemängelt, dass dieses mit internationalen Richtern besetzt ist und im Einklang der westlichen Interessen agieren, und nicht im Interesse der serbischen Bevölkerung (Bassuener & Mujanović 2017). Ein bekanntes Beispiel ist die Frage nach dem Staatseigentum im Sinne des sogenannten „unbeweglichen Vermögen“

(„nepokretna imovina“), bei der das gesamtstaatliche Verfassungsgericht zum Entschluss kam, dass landwirtschaftliche Flächen, Flüsse, Wälder und weitere Grundstücke, die auf dem Territorium nicht im Eigentum der Republika Srpska sind, sondern Eigentum von Bosnien und Herzegowina sind. In diesem Zusammenhang brachte Dodik Abspaltungsbemühungen ein und drohte mit einer Sezession der Entität und stellte die Tätigkeit des Verfassungsgerichts aufgrund der Anwesenheit internationaler Richter in Frage (Ruge 2020).

Darüber hinaus kritisiert Dodik immer wieder das Amt des Hohen Repräsentanten, der die Umsetzung des Friedensabkommens von Dayton überwachen soll. Er kritisiert unter anderem, dass der Hohe Repräsentant von den „Bonner Befugnissen“ (oder auch „Bonn Powers“ genannt) Gebrauch macht, um Entscheidungen zu treffen, die die Rechte der Republika Srpska einschränken und Entscheidungen über die Einführung von Gesetzen oder die Übernahme von Kompetenzen der Republika Srpska vorwegnehmen (Kasapović & Kočan 2023). Für Dodik dient das Amt des Hohen Repräsentanten nur zur internationalen Einflussnahme, wodurch die demokratische Entwicklung der Republika Srpska einschränkt und dessen politische Autonomie untergräbt, weshalb er die Unabhängigkeit der Republika Srpska als einzige Lösung sieht, sich davon zu lösen (Toal 2013). Die Abspaltung der Republika Srpska vom Gesamtstaat wird von Dodik als einziger Weg propagiert, der vermeintlichen Bevormundung durch den Hohen Repräsentanten zu entkommen und die volle Souveränität über die eigenen politischen Entscheidungen zu erlangen (Seham 2015). Auch in der Diskussion um die Eigentumsfrage zum unbeweglichen Vermögen wurde der Hohe Repräsentant Christian Schmidt von Dodik ins Spiel gebracht. Der Präsident der Republika Srpska hatte in diesem Zusammenhang angekündigt, dass er die Unabhängigkeit der Entität einleiten werde, sollte sich Christian Schmidt in diese Frage einmischen. Dodik äußerte sich dazu wie folgt:

„Wenn versucht wird, uns etwas in Bezug auf Eigentum aufzuzwingen, dann ist das, sagen wir, ein Tag, an dem die Entscheidung über die Unabhängigkeit der Republika Srpska getroffen werden könnte. Denn wenn sie euch das Eigentum wegnehmen, ist es sinnlos, weiterhin zu existieren.“ (Radio Slobodna Evropa 2023a; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache)

Darauf baut ein weiteres Argument von Milorad Dodik auf, nämlich das Selbstbestimmungsrecht des serbischen Volkes. Dodik betont immer wieder, dass die serbische Bevölkerung in der Republika Srpska das Recht habe, über ihre eigene politische Zukunft zu entscheiden, und zielt damit auf die Unabhängigkeitsbestrebungen ab und bezeichnet dies als ein grundlegendes demokratisches Prinzip (Toal 2013). Gleichzeitig zieht er Vergleiche zu anderen Unabhängigkeitsbestrebungen wie dem

Referendum in Schottland 2014 oder in Katalonien 2017, um zu argumentieren, dass eine demokratische Abstimmung ein legitimer Weg sei, um die Frage der Souveränität zu klären. Auch wenn das Unabhängigkeitsreferendum in Katalonien als illegal eingestuft wurde, so ist Dodik davon überzeugt, dass der Wille des Volkes dadurch zum Ausdruck gekommen ist (Ker-Lindsay 2016).

4.3 Die Rolle von Dodik in der politischen Landschaft von Bosnien und Herzegowina

4.3.1 Interaktionen mit anderen politischen Akteuren und Parteien

Da Milorad Dodik mit seiner Partei, der SNSD, nicht nur auf der Ebene der Republika Srpska, sondern auch auf gesamtstaatlicher Ebene agiert und die SNSD ebenfalls im Abgeordnetenhaus („Predstavnički Dom“) von Bosnien und Herzegowina vertreten ist, stellt sie seit Januar 2023 gemeinsam mit der kroatischen Partei HDZ sowie mit der multiethnischen Partei SDP („Socijaldemokratska Partija Bosne i Hercegovine“ - Sozialdemokratische Partei Bosnien und Herzegowinas) die Regierung auf gesamtstaatlicher Ebene. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, die Rolle Dodiks in der politischen Landschaft von Bosnien und Herzegowina insgesamt zu untersuchen. Im komplexen Machtgefüge von Bosnien und Herzegowina versucht Dodik Allianzen, aber auch Gegnerschaften zu anderen politischen Akteuren aufzubauen, die ihm Vorteile in der politischen Landschaft verschaffen. Umso wichtiger ist es, im Hinblick auf die zentrale Fragestellung dieser Arbeit zu untersuchen, welche Rolle Dodik in der politischen Landschaft Bosnien und Herzegowinas insgesamt spielt und wie sich seine Zusammenarbeit mit anderen Parteien, aber auch mit politischen Akteuren, die aktuelle politische Positionen vertreten, gestaltet, da die Beziehungen zu anderen politischen Akteuren entscheidend für das politische Gleichgewicht und die Regierungsbildung im Land sind.

Das Verhältnis von Dodik zu den politischen Vertretern der Bosniaken, insbesondere der bosniakisch-nationalistischen SDA, ist zutiefst misstrauisch und feindselig, denn die SDA und die SNSD vertreten gegensätzliche Positionen, was den Erhalt des Gesamtstaates von Bosnien und Herzegowina betrifft. Die SDA steht nämlich traditionell für die Wahrung und Stärkung des Gesamtstaates, während Dodik in diesen Bestrebungen eine unmittelbare Gefährdung der Autonomie der Republika Srpska sieht (Weber 2015). Aufgrund dessen sind Angriffe von Dodik auf die SDA vehement und von

ethnischer Rhetorik geprägt, da er der Partei vorwirft, das Ziel eines einheitlichen und dominanten bosniakischen Staates zu verfolgen, der die anderen konstitutiven Volksgruppen marginalisieren würde (Savanović et al. 2020). Daher behauptete Dodik im August 2024, dass die „[...] SDA das Übel ist, das niemals zugelassen hat, dass Bosnien und Herzegowina eine normale Gemeinschaft hat“ (stav.ba 2024; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache). In diesem Zusammenhang beteuert Dodik zudem, dass die Bosniaken unter der Führung der SDA und mit Hilfe der USA das Ziel verfolgen, die serbische und kroatische Bevölkerung zu entrechten und die Republika Srpska zu schwächen (ibid.). Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass es während der Regierungskoalition zwischen SDA und SNSD sowie drei weiteren Parteien auf gesamtstaatlicher Ebene von 2019 bis 2022 immer wieder zu Spannungen zwischen Milorad Dodik und Bakir Izetbegović, dem Vorsitzenden der SDA, hinsichtlich unterschiedlicher politischer Auffassungen kam, die die Entscheidungsfähigkeit der damaligen Regierung stark beeinträchtigten. Einen Höhepunkt erreichten diese Spannungen im Jahr 2021, als der damalige Hohe Repräsentant Valentin Inzko ein Gesetz gegen die Leugnung des Genozids von Srebrenica erließ. Auf diese Maßnahme und die dadurch ausgelöste politische Krise wird im späteren Verlauf dieser Arbeit eingegangen.

Im Gegenzug zu den bosniakischen Parteien pflegt Dodik eine weniger konfrontative Zusammenarbeit mit den kroatischen politischen Kräften, insbesondere mit der kroatisch-nationalistischen HDZ BiH unter der Führung von Dragan Čović. Die HDZ beklagt eine Benachteiligung der kroatischen Bevölkerung in der Föderation von Bosnien und Herzegowina und lehnt zudem eine zentralistische Machtstruktur auf gesamtstaatlicher Ebene ab, weshalb die Partei in Dodik eine Art Verbündeten sieht, um eine für sie gerechtere Machtteilung einzufordern (Džihic 2012). Als konkretes Beispiel für diese Zusammenarbeit kann die gemeinsame Zustimmung zur Abschaffung der internationalen Richter am Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina sowie die jahrelangen Forderungen nach einer Reform des Verfassungsgerichts genannt werden. Denn drei von den neun Richtern am bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgericht sind internationale Richter, die von Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ernannt werden. Des Weiteren können die drei ausländischen Richter zusammen mit zwei bosnisch-herzegowinischen Richtern die anderen vier Richter überstimmen, da das Verfassungsgericht mit der Mehrheit seiner Mitglieder entscheidet (Gromes 2018). Čović und Dodik sind sich daher bei diesem Punkt einig, dass die Zusammensetzung des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina nach ethnischen Kriterien erfolgen

sollte, was auch die Einführung einer Entitätsabstimmung wie in der Parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegowina einschließt, da die aktuellen Strukturen im Verfassungsgericht laut den beiden Politikern mutmaßlich eine Art Diskriminierung jeweils für die serbische und kroatische Volkgruppe darstelle (Radio Slobodna Evropa 2016). Dennoch ist die Zusammenarbeit von Dodik und seiner SNSD mit der HDZ eher von pragmatischer Art und Weise, da es doch einige Differenzen zwischen den beiden Akteuren gibt, wie zum Beispiel in territorialen oder wirtschaftlichen Fragen.

Wie bereits in Kapitel 4.1.3 erläutert, konnte Dodik über die Jahre hinweg seine politische Machtposition konsolidieren und hat eine nahezu unangefochtene politische Vormachtstellung in der Republika Srpska erreicht. Ein Grund dafür ist, dass die beiden größten Oppositionsparteien in der Republika Srpska, die SDS („Srpska Demokratska Stranka“ - Serbische Demokratische Partei) und die PDP („Partija Demokratskog Progres“ – Partei für demokratischen Progress), von Dodik regelmäßig angegriffen werden. So wird die SDS, die einst dominierende Partei in der Republika Srpska war und während des Bosnienkrieges eine zentrale Rolle spielte, von Dodik als zu schwach und als vergangenheitsorientiert bezeichnet, während die er als reformorientierte geltende PDP häufig als prowestlich und kompromissbereit kritisiert. Vor allem im Rahmen von Wahlkämpfen intensiviert Dodik diese Angriffe und beschuldigt die Opposition, die Einheit und Souveränität der Republika Srpska zu gefährden, was von den SNSD-nahen Medien durch Hetzkampagnen nochmals bekräftigt wird (Arnautović et al. 2023). So wurde beispielsweise Jelena Trivić von der PDP, die im Wahlkampf um das Präsidentenamt in der Republika Srpska 2022 gegen Milorad Dodik antrat, von Medien wie RTRS mit der Behauptung angefeindet, sie habe 10 Millionen Dollar für ihren Wahlkampf erhalten, um „eine Politik gegen Dodik und gegen die Republika Srpska zu betreiben“ (RTRS 2022; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache). Genau dieses Vorgehen im Wahlkampf um das Amt des Präsidenten der Republika Srpska verhalf Dodik letztlich zum Wahlsieg (Arnautović et al. 2023).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Dodiks Beziehungen zu anderen politischen Akteuren von starker Polarisierung, taktischen Bündnissen und einer konsequenten Verfolgung einer eigenen politischen Agenda geprägt ist. Mit einer Mischung aus Rhetorik und strategischen Partnerschaft prägt Dodik nicht nur die politische Dynamik innerhalb der Republika Srpska, sondern auch auf der Ebene des Gesamtstaates von Bosnien und Herzegowina. Denn aufgrund der Koalition der SNSD mit HDZ und SDP auf gesamtstaatlicher Ebene nimmt sich Dodik zudem häufig die

Freiheit, einzelne Mitglieder seines Koalitionspartners SDP aufgrund ideologischer Differenzen zu degradieren. Dennoch zeigt dies, dass Dodik trotz unterschiedlicher ideologischer Auffassungen langfristige Partnerschaften mit Parteien wie der SDP oder SDA eingeht, um seine eigene politische Agenda und Interessen durchsetzen zu können.

4.3.2 Einfluss auf die Zentralregierung

Da Dodiks SNSD auch Teil der aktuellen und früheren Regierungskoalitionen auf gesamtstaatlicher Ebene war, obwohl er durch seine regelmäßigen Forderungen nach der Unabhängigkeit der Republika Srpska die Existenz von Bosnien und Herzegowina als einheitlichen Staat infrage stellt, verfügt Milorad Dodik somit nicht nur über politischen Einfluss innerhalb der Republika Srpska, sondern auch auf Ebene der bosnisch-herzegowinischen Zentralregierung. Die institutionelle Struktur von Bosnien und Herzegowina, insbesondere die ethnische Teilung der politischen Macht sowie das Konsensprinzip, werden von Dodik strategisch genutzt, um die zentralen Institutionen des Landes zu blockieren und die Handlungsfähigkeit der Zentralregierung zu schwächen, um eigene Interessen wie Sezessionsbestrebungen zu betonen. Dabei stützt er sich regelmäßig auf das Dayton-Abkommen, welches Grundlage für die Dezentralisierung des politischen Systems von Bosnien und Herzegowina ist und den beiden Entitäten sowie den ethnischen Gruppen ein umfassendes Vetorecht einräumt (Gromes 2012a). So beschreibt Medić (2023) diese Strategie folgendermaßen:

„Dodik und seine Partei sind seit Jahren ihre wichtigsten Akteur*innen (jede Volksgruppe hat ein Drittel Anteil in allen staatlichen Institutionen und ein Vetorecht). Gerade das Vetorecht wird oft missbraucht, sogar bei weniger wichtigen Entscheidungen verwendet. Es ist die auffällige und deutlich erkennbare Art und Weise der serbischen Politiker*innen der RS, die ethnische Teilung Bosnien und Herzegowinas als alternativlos zu präsentieren.“

Generell bedienen sich Dodik und seine Partei an verschiedenen Mechanismen, um die Arbeit der gesamtstaatlichen Institutionen einzuschränken. Ein relevanter Mechanismus, der des Öfteren verwendet wird, ist die Berufung auf das Vetorecht, denn wichtige Entscheidungen können bereits mit einer geringen Anzahl von Abgeordneten im Haus der Völker verhindert werden. Auch Entscheidungen innerhalb des dreiköpfigen Staatspräsidiums müssen sogar einstimmig beschlossen werden. Daher nutzen Vertreter der Republika Srpska in den zentralstaatlichen Institutionen, die hinter Dodik und der SNSD stehen, das Vetorecht häufig, um Entscheidungen zu verhindern, mit der Begründung, dass diese angeblich als nachteilig für die serbische Bevölkerung angesehen

werden. Bereits „[...] die Androhung eines Vetos reicht schon aus, um den politischen Prozess in den Gesamtstaatsinstitutionen zum Erliegen zu bringen“ (Keil 2012), weil sie in einem System, das auf Konsens angewiesen ist, bereits die Grundlage der Entscheidungsfindung unterminiert.

Als konkretes Beispiel für die Anwendung des Vetorechts lassen sich die Fortschritte bei der Erfüllung der Kriterien für den Beitritt zur Europäischen Union zu benennen. Im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen Bosnien und Herzegowina und der Europäischen Union, welches 2015 in Kraft getreten ist, forderte die Europäische Kommission von Bosnien und Herzegowina eine Reihe von Reformen, unter anderem eine stärker zentralisierte gesamtstaatliche Regierung mit Kontrolle über eine einheitliche Polizei. Dodik und seine SNSD-Abgeordneten machten jedoch von dem Vetorecht Gebrauch, um diese Reformen mit der Behauptung zu blockieren, dass sie die Rechte der Serben auf regionale Selbstverwaltung innerhalb der Republika Srpska gefährden würden (Rice 2017). Die Verteidigung des ethnischen Nationalismus durch Dodik und die SNSD hat somit die Umsetzung von Reformen, die für den Beitritt Bosniens und Herzegowinas zur Europäischen Union von besonderer Bedeutung sind, erheblich behindert. Auch die Europäische Kommission stellte in einem Bericht aus dem Jahr 2023 fest, dass den positiven Entwicklungen auf gesamtstaatlicher Ebene negative Entwicklungen in der Republika Srpska gegenüberstehen, die sich auf das gesamte Land auswirken (European Commission 2023).

Ein weiteres deutliches Beispiel dafür, auf das aber später noch näher eingegangen wird, war der von Dodik angeordnete kollektive Rückzug serbischer Vertreter aus den zentralstaatlichen Institutionen im Jahr 2021 als Reaktion auf das Gesetz des damaligen Hohen Repräsentanten Valentin Inzko, das die Leugnung des Völkermords von Srebrenica unter Strafe stellte. Dodik hatte nämlich infolgedessen angekündigt, die zentralstaatlichen Institutionen zu boykottieren, indem parallele Strukturen auf Ebene der Republika Srpska, etwa in den Bereichen Justiz und Sicherheit, geschaffen werden.

Darauf aufbauend soll im weiteren Verlauf der Arbeit herausgearbeitet werden, welche Ziele Milorad Dodik mit seiner Sezessions- und Blockadepolitik verfolgt, wie er die institutionellen Schwächen des politischen Systems von Bosnien und Herzegowina nutzt, die er mit seiner Sezessionsrhetorik untermauert und inwiefern dies nicht nur die Funktionsfähigkeit und Legitimität der Zentralregierung untergräbt, sondern auch eine Gefahr für die weitere politische Entwicklung in Bosnien und Herzegowina darstellt. Denn die von Dodik ausgeübte politische Macht hat direkte Auswirkungen auf die

Funktionsweise der Zentralregierung und zeigt auf, wie sehr die politische Landschaft von Bosnien und Herzegowina von ethnischen Interessen geprägt ist. Dies führt zu einer Situation, in der die Zentralregierung oft in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird, was die Umsetzung von Reformen, wie beispielsweise die für den Beitritt in die Europäischen Union, erheblich erschwert.

4.3.3. Internationale Wahrnehmungen Dodiks

Milorad Dodik wird gegenwärtig international kontrovers wahrgenommen, da seine Rhetorik und Handlungen von westlichen Akteuren auf breite Kritik stoßen. Doch gleichzeitig erhält er Unterstützung für seine politischen Handlungen, wie zum Beispiel aus Russland, Serbien oder Ungarn. Diese unterschiedlichen Sichtweisen sind vor allem auf die secessionistischen Äußerungen, seine engen Beziehungen zu Russland und seine konfrontative Haltung gegenüber der bosnisch-herzegowinischen Zentralregierung zurückzuführen. Dadurch, dass Dodik die territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina offen infrage stellt und sich um die Abspaltung der Republika Srpska bemüht, gilt er aus Sicht der westlichen Akteure als ein destabilisierender Faktor für den Gesamtstaat (Usvatov & Muharemović 2022). Insbesondere die ständige Blockadehaltung gegenüber den zentralstaatlichen Institutionen wird als ein Angriff auf das Friedensabkommen von Dayton gesehen, weshalb sich die USA und das Vereinigte Königreich 2017 dazu entschlossen haben, Sanktionen gegen Dodik und sein nahestehendes Umfeld, zu dem auch einige SNSD-Politiker gehören, zu verhängen (Medić 2023). Auslöser für die Verhängung der Sanktionen durch die USA war die Abhaltung eines Referendums über die Einführung des 9. Januar, dem Tag der Proklamation der Republika Srpska im Jahr 1992, als Feiertag. Obwohl das Referendum vom bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft wurde, da es andere ethnische Gruppen im Land diskriminiere, hielt Dodik das Referendum 2016 ab (Bassuener & Mujanović 2017).

Zwar hat die Europäische Union bisher noch keine Sanktionen gegen Dodik verhängt, doch es wird ihrerseits häufig ihre Besorgnis über seine secessionistischen Bestrebungen geäußert und betont, dass seine politischen Handlungen und Bestrebungen die Vereinbarungen aus dem Dayton-Abkommen untergraben. So äußerte sich das Europäische Parlament in einem zu den politischen Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina wie folgt: “Parliament also denounced in the strongest terms the Republika

Srpska leadership's recurrent inflammatory rhetoric and secessionist laws and policies“ (European Parliament 2024). Auch Deutschland hat auf die Sezessionsbestrebungen Dodiks und die Gefährdung der staatlichen Integrität Bosnien und Herzegowinas reagiert und die finanzielle Unterstützung für Projekte in der Republika Srpska eingestellt. Die Staatsministerin im deutschen Auswärtigen Amt, Anna Lührmann, äußerte sich dazu folgendermaßen:

„Ein solch destruktives Verhalten darf nicht ohne Konsequenzen bleiben. Die Bundesregierung hat darauf reagiert. So halten wir die bilaterale Unterstützung für die Republika Srpska zurück und setzen uns bei der EU mit anderen Gebern für die gezielte Konditionalisierung von Hilfen ein. Wir halten auch Sanktionen gegen diejenigen, die diesen destruktiven Sezessionskurs vorantreiben, für nötig, allen voran Milorad Dodik“ (Deutscher Bundestag 2022).

Deswegen fordern Staaten wie Deutschland fordern seit längerer Zeit Sanktionen seitens der Europäischen Union gegen Dodik, allerdings bevorzugen andere EU-Staaten wie Ungarn einen gemäßigten Ansatz und lehnen daher Sanktionen vehement ab. Dadurch werden derartige sanktionierende Maßnahmen blockiert, was die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in diesen Fragen stark einschränkt (Vulović 2023, Borić 2024). Dennoch arbeitet die Europäische Union eng mit den USA zusammen, um ein koordiniertes Vorgehen gegen Dodik und seine secessionistische Politik sicherzustellen und die politische Stabilität, nicht nur in Bosnien und Herzegowina, sondern auf dem gesamten Westbalkan sicherzustellen (Ćerimagić 2024).

Gegensätzlich dazu stehen Russland und Serbien, die Dodik als einen Partner ansehen, der die Interessen dieser Staaten in der Region vertritt. Die secessionistische Rhetorik von Dodik wird von Russland unterstützt und nutzt ihn als ein Werkzeug, um den Einfluss westlicher Institutionen wie der Europäischen Union oder der NATO auf dem Westbalkan zu schwächen (Rrustemi 2020). Ebenso erhält Dodik seine Unterstützung seitens der politischen Elite in Serbien. Obwohl der serbische Aleksandar Vučić die territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina akzeptiert, unterstützt er trotzdem Dodik bei seinen separatistischen Bestrebungen, in der Hoffnung, internationale Beziehungen aufrechtzuerhalten und gleichzeitig nationalistische Wähler zu gewinnen, die sich eine engere Verbindung zur Republika Srpska wünschen (Fella 2024).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Sezessionsbestrebungen und Handlungen Dodiks international unterschiedliche Reaktionen hervorrufen: Während er von westlichen Akteuren als provokanter und spalterischer Akteur wahrgenommen wird, genießt er die politische Unterstützung Russlands, an der Dodik selbst festhält. Dennoch

erhöht Dodiks Handeln den Druck auf westliche Akteure, klarere Strategien für Bosnien und Herzegowina zu entwickeln, um den russischen Einfluss in der Republika Srpska und die Gefahr neuer Konflikte zu begrenzen. Diese unterschiedlichen Reaktionsweisen verdeutlichen wiederum die geopolitischen Spannungen zwischen West und Ost, die den Westbalkan und insbesondere fragile Staaten wie Bosnien und Herzegowina zu einer spannungsgeladenen Region machen.

5. Sezessionistische Rhetorik von Milorad Dodik

In diesem Kapitel wird die sezessionistische Rhetorik Milorad Dodiks beleuchtet, indem die thematischen Schwerpunkte, die sprachlichen Mittel sowie Muster seiner öffentlichen Äußerungen genauer analysiert werden. Darüber hinaus wird anhand von vier Fallbeispielen die Bedeutung seiner Rhetorik im politischen Kontext Bosnien und Herzegowinas eingehend untersucht, um im weiteren Verlauf der Arbeit den Einfluss dieser Rhetorik auf die Konstruktion und Dekonstruktion von politischer Stabilität und zentralstaatlicher Autorität beurteilen zu können. Darüber hinaus liefert die Analyse der Sezessionsrhetorik Dodiks aufschlussreiche Erkenntnisse über die damit verfolgten politischen Strategien und Absichten. Im Rahmen der vier Fallstudien werden daher mit Hilfe der Software MAXQDA als Instrument der qualitativen Inhaltsanalyse Frames und Felder identifiziert, mit denen Dodik seine Sezessionsrhetorik fundiert.

5.1 Analyse seiner öffentlichen Aussagen

5.1.1 Themen und Motive seiner Rhetorik

Milorad Dodik verfolgt in seiner sezessionistischen Rhetorik verschiedene Themen und Motive, die auf die Forderung nach einer Unabhängigkeit der Republika Srpska und die Schwächung der Zentralregierung von Bosnien und Herzegowina abzielen. Dabei beruft sich Dodik auf verschiedene Aspekte, die im Folgenden verdeutlicht werden.

Wie bereits in Kapitel 4.2.1 beschrieben, gehören zu den ideologischen Grundlagen von Dodik unter anderem die historischen und kulturellen Bezüge, mit denen er abzielt, die nationale Identität und die kollektive Selbstbestimmung der serbischen Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina zu betonen. Dabei propagiert er die Idee, dass es sich bei der Republika Srpska um die Heimat der Serben handle. Aufgrund dessen hebt Dodik regelmäßig die kulturellen und historischen Unterschiede zwischen den Serben,

Bosniaken und Kroaten hervor, um eine klare Trennlinie zwischen den ethnischen Gruppen zu schaffen und gleichzeitig die serbische Identität zu stärken. Die Hervorhebung dieser kulturellen Differenzen erfolgt insbesondere auf religiöser Ebene, wobei er die serbisch-orthodoxe Kirche als einen zentralen Bestandteil der serbischen Identität betont, die die nationalen und kulturellen Interessen der Serben vor äußeren Einflüssen bewahrt. Zugleich inszeniert Dodik den Islam, die dominierende Religion der Bosniaken, als kulturellen Gegenentwurf. Hierbei knüpft er an historische Narrative an, die die muslimische Herrschaft während des Osmanischen Reiches als Bedrohung der christlich-serbischen Identität darstellen, und schürt Vorurteile gegenüber der heutigen muslimischen Bevölkerung (Stojarovà 2023; Parish 2013). Bosniaken werden zudem in seiner Rhetorik als Vertreter eines fremden kulturellen Einflusses dargestellt, der nicht zur europäischen Identität gehöre (Rrustemi 2020). Zusätzlich greift er mit diesen Vorurteilen immer wieder auf, dass die Identität der Bosniaken nicht mit der der Republika Srpska vereinbar ist, da die Bosniaken angeblich das Ziel verfolgen, die „Republika Srpska zu vernichten und aus Bosnien und Herzegowina einen islamischen Staat zu erschaffen“ (Milorad Dodik auf X am 13.06.2024; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache). Durch diese Darstellungen soll ein Gefühl der Notwendigkeit erzeugt werden, die serbische Identität und Kultur gegen eine vermeintliche Islamisierung oder Zentralisierung des Landes zu verteidigen. Somit werden auch Ängste einer vermeintlichen Islamisierung geschürt, die Dodik als eine Legitimationsgrundlage für seine Abspaltungsbemühungen nutzt.

Weniger aggressiv wird dahingegen der Katholizismus der kroatischen Bevölkerung in Dodiks Rhetorik aufgegriffen. Zwar betont Dodik immer wieder historische Spannungen, insbesondere aus der Zeit des Ustaša-Regimes im Zweiten Weltkrieg, um sich bewusst in die Opferrolle zu bringen und Misstrauen zu schüren. Doch stellt Dodik den Katholizismus nicht in gleicher Weise negativ dar wie den Islam der Bosniaken, da er mit dem Katholizismus differenzierter umgeht und sein Umgang weniger von direkter Ablehnung geprägt ist, sondern eher von strategischer Bedeutung ist (Cooley 2020), wie bereits in Kapitel 4.3.1 erläutert. Dazu gehört auch, dass er mit seinen Aussagen immer wieder versucht, das Misstrauen zwischen Bosniaken und Kroaten zu verstärken, damit die Republika Srpska als ein verlässlicherer Partner für die kroatische Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina dasteht. Generell stellt Dodik die kroatische Bevölkerung nicht als Gefahr für die Republika Srpska dar, wobei er mit seiner Rhetorik darauf abzielt, die Kroaten als potenzielle Verbündete gegen die Bosniaken zu

gewinnen (Hadžić 2022b). In einem Interview mit dem Sender RTRS erklärte Dodik im Juli 2024 beispielsweise, dass es ihm gelungen sei, die Zusammenarbeit zwischen Kroaten und Bosniaken zu zerschlagen, und dass es ihm zusammen mit der HDZ erfolgreich gelang, die SDA aus der Zentralregierung zu verdrängen, indem die SNSD und die HDZ eine Regierungskoalition mit der SDP eingingen (RTRS 2024b).

Mit dem regelmäßigen Aufgreifen dieser kulturellen und religiösen Unterschiede versucht Dodik die serbische Identität in Bosnien und Herzegowina zu stärken und als eine eigenständige politische Identität zu legitimieren, um die Idee einer unabhängigen Republika Srpska auf ideologische Art und Weise und festigen (Džananović & Karamehić 2016).

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt, mit dem Dodik seine secessionistische Rhetorik stützt, ist, dass er die bosnisch-herzegowinische Zentralregierung als ineffektiv und dysfunktional bezeichnet. Dabei beschreibt er, dass die föderale Struktur ein Hindernis für den Fortschritt des Staates darstelle und die Zentralregierung nicht im Interesse der serbischen Bevölkerung in der Republika Srpska handle (Majstorović 2013). In unterschiedlichen Aussagen macht er deutlich, dass die zentralstaatlichen Institutionen über eine mangelnde Entscheidungsfähigkeit verfügen und dass es aufgrund der langwierigen Prozesse zu ineffizienten Strukturen komme, die der Republika Srpska schaden. Zusätzlich stellt er die zentralstaatlichen Institutionen als bosniakisch-dominiert dar und behauptet, dass die Regierung in erster Linie die Interessen der Bosniaken fördere. Er behauptet außerdem, dass die Bosniaken in den zentralstaatlichen Institutionen einen überproportionalen Einfluss ausüben, damit die eigenen Interessen durchgesetzt werden und die der Serben und Kroaten ignoriert werden, weshalb er die zentrale Verwaltung in gewisser Weise als illegitim ansieht. In einem Bericht der Republika Srpska an den UN-Sicherheitsrat, beziehungsweise an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, mutmaßte Milorad Dodik 2018 diesbezüglich Folgendes:

“The SDA and other Bosniak parties have refused to respect BiH’s Dayton structure and sought. With the assistance of illegal actions by the International High Representative (HR) to steadily transform BiH into a centralized, unitary state. The unlawful centralization of power in Sarajevo creates dysfunction in BiH by maximizing the scope of contentious decisions required at the BiH level” (RS’s 20th Report to the UN Security Council, 2018).

Paradoxerweise stützt er diese Aussagen darauf, dass Fortschritte auf gesamtstaatlicher Ebene aufgrund der politischen Blockaden, an denen er selbst mit der SNSD beteiligt ist, nicht erreicht werden können. Tatsächlich versucht Dodik mit seinen Äußerungen

politische Krisen zu provozieren, um die Zentralregierung herauszufordern und das Bild einer instabilen Regierung zu vermitteln (Rrustemi 2020). In den verschiedenen Krisenperioden, die im Rahmen der Fallstudien näher betrachtet werden, verstärkt Dodik seine Rhetorik, dass die Zentralregierung nicht funktionsfähig sei und die Republika Srpska daher eine eigenständige und stabile Regierung brauche (Fella 2024). Somit versucht Dodik das Vertrauen in die Zentralregierung zu untergraben und die serbische Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Interessen der Entität nur durch eine Unabhängigkeit gesichert werden können (Hronešová 2022). In diesem Zusammenhang bestreitet Dodik immer wieder die politische und territoriale Integrität von Bosnien und Herzegowina als einen einheitlichen Staat.

Darauf aufbauend kritisiert Dodik den Einfluss internationaler Akteure wie des Hohen Repräsentanten, die eine Schlüsselrolle im Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina spielen. Deshalb weigert sich Dodik, Entscheidungen des Hohen Repräsentanten oder anderer internationaler Institutionen anzuerkennen, da diese seiner Meinung nach die politische Autonomie der Republika Srpska einschränken (Medić 2023). Diese Weigerungen dienen auch als Argument dafür, dass die Zentralregierung die souveränen Rechte der Republika Srpska verletzt, indem sie sich dem Druck der internationalen Gemeinschaft unterwerfe. Indem Dodik die internationalen Einflüsse vehement ablehnt und leugnet, versucht er Widerstand gegen die Zentralregierung zu schaffen, die die Souveränität der Republika Srpska stärken soll.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Motive und Themen in Dodiks Aussagen sich historischen, kulturellen, internationalen und politischen Aspekten zusammensetzen, die darauf abzielen, eine aus seiner Sicht legitime Grundlage für die Abspaltung der Republika Srpska vom Gesamtstaat herzustellen. Diese Schwerpunkte spiegeln eine Vielzahl von Strategien wider, wie die Konstruktion von Identitäten oder Bedrohungen von unterschiedlichen Faktoren, die es umso wichtiger machen, die Dynamik hinter solchen Bestrebungen zu verstehen. Um diese Motive und thematischen Schwerpunkte zu bestätigen und genauer zu konstruieren, werden daher in einem weiteren Kapitel dieser Arbeit vier verschiedene Fallstudien zu politischen Krisen in Bosnien und Herzegowina durchgeführt, die maßgeblich durch die secessionistischen Äußerungen von Milorad Dodik ausgelöst wurden.

5.1.2 Sprachliche Mittel und Strategien

Nach der Untersuchung der thematischen Schwerpunkte, mit denen Milorad Dodik seine sezeessionistische Rhetorik belegt, ist es in diesem Zusammenhang daher von besonderer Relevanz, auch die sprachlichen Mittel zu beleuchten, mit denen er seine sezeessionistischen Ansichten untermauert. Wie bereits oben beschrieben, ist ein zentrales Merkmal seiner Rhetorik die Betonung nationaler Identitäten und historischer Bezüge, um ein Gefühl der Zugehörigkeit und des Nationalstolzes zu stärken. Darüber hinaus zeichnet sich seine Rhetorik durch den Einsatz bestimmter rhetorischer Mittel aus, die darauf abzielen, seine politischen Ziele voranzutreiben und seine Anhängerschaft zu mobilisieren.

Um die kulturellen und identitären Unterschiede zwischen der serbischen Bevölkerung und den anderen ethnischen Gruppen in Bosnien und Herzegowina zu betonen, bedient sich Dodik einer klaren Polarisierung zwischen „uns“ oder „wir“ (den Serben) und „den Anderen“ (gemeint sind vor allem die Bosniaken). Damit versucht Dodik, die Serben als eine spezifische Gruppe zu konstituieren, die sich von den anderen abgrenzt (Beglerović 2020). Zudem definiert er mit dieser Polarisierung nicht nur die Serben, die in der Republika Srpska leben, sondern auch die Serben aus Serbien. Mit dieser klaren Abgrenzung zu anderen ethnischen Gruppen, aber der Verbindung zur serbischen Bevölkerung in Serbien, betont Dodik die Existenz einer einheitlichen serbischen Identität. Durch diese klare Abgrenzung schafft Dodik nicht nur Feindbilder gegenüber anderen ethnischen Gruppen wie den Bosniaken, sondern auch gegenüber internationalen Akteuren wie den USA oder der Europäischen Union, die aus seiner Sicht ebenfalls zu den „Anderen“ gehören (Toal 2013). Internationale Akteure werden in Dodiks Rhetorik als Gegner dargestellt und als „imperialistische Kräfte“, die sich unerwünscht in die inneren Angelegenheiten von Bosnien und Herzegowina einmischen (Arnautović et al. 2023). Seine Worte richten sich insbesondere gegen den Hohen Repräsentanten, dessen Entscheidungen ein von Dodiks SNSD initiiertes Gesetz in der Republika Srpska im Jahr 2023 außer Kraft setzte. Zudem droht Dodik damit, den derzeitigen Hohen Repräsentanten Christian Schmidt verhaften zu lassen, sollte er sich in der Republika Srpska aufhalten (FAZ 2023). So startete Dodik im September 2023 eine Kampagne, bei der in Banja Luka, dem Verwaltungssitz der Republika Srpska, Plakate von Dodik mit der Aufschrift „Wir wissen, was wir verteidigen, sie wissen nicht, was sie angreifen“ verbreitet wurden (RTV BN 2023c). Auf diese Weise konstruiert er das Bild

eines serbischen Volkes, das sich internationalen Interventionen widersetzt und ein „Volk gegen die Welt“ ist (Kočan 2023). Diese gegnerische Rhetorik oder wie von Beglerović (2020) als “us vs. them pattern“ beschrieben, schafft eine starke Trennung auf ethnonationaler Basis und stellt somit die serbische Bevölkerung in eine Opferrolle. Dodik stellt sich damit als ein Verteidiger der serbischen Interessen dar, indem er in diesen Zusammenhängen betont, dass die Unabhängigkeit der Republika Srpska notwendig sei, um das serbische Volk vor Einflüssen von Bosniaken oder der internationalen Gemeinschaft zu verteidigen.

In diesen Zusammenhängen appelliert Dodik häufig an Emotionen, indem er mit der Konstruktion der serbischen Opferrolle und die Bedrohungen, auch rückblickend auf traumatische historische Erlebnisse wie diese aus dem Zweiten Weltkrieg oder aus dem Bosnienkrieg, die kollektive Identität der Serben als eine durchaus angegriffene und bedrohte Gemeinschaft darstellt (Bassuener & Mujanović 2017). Auf dieser Grundlage wird eine emotionale Verbindung geschaffen, die sowohl Mitleid als auch Solidarität innerhalb der serbischen Bevölkerung fördern soll, als auch die Legitimität seiner politischen Forderungen bestätigen soll (Arnautović et al. 2023).

Auf dieser Art der Polarisierung aufbauend, bedient sich Dodik auch der Hyperbel, um die politische Situation, insbesondere auf gesamtstaatlicher Ebene, als dramatisch erscheinen zu lassen (ibid.). Als Beispiel lassen sich hierbei die Darstellungen Dodiks der bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgerichts („Ustavni Sud Bosne i Hercegovine“) als eine Art Bedrohung für die serbische Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina benennen, da seiner Meinung nach das Verfassungsgericht aufgrund von internationalen Richtern parteilich und im Sinne der Bosniaken entscheide. Diese Darstellungen entsprechen jedoch nicht den Tatsachen, da die Bestimmungen des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina eine paritätische Vertretung der drei konstitutiven ethnischen Gruppen vorsehen. Auf der anderen Seite agieren die internationalen Richter im Einklang mit internationalen Rechtsnormen und unter Wahrung der Neutralität des Verfassungsgerichts, so dass die Urteile auf einer differenzierten rechtlichen Grundlage beruhen und nicht, wie von Dodik behauptet, im Sinne der Bosniaken oder der internationalen Gemeinschaft (Zorić & Stojarovà 2023).

Milorad Dodik setzt rhetorische Mittel wie die starke Polarisierung, die starke Abgrenzung zu den anderen konstitutiven Völkern, emotionale Appelle sowie Hyperbeln geschickt ein, um seine politischen Ziele zu legitimieren. Durch die Konstruktion von vermeintlichen Feindbildern und Bedrohungen, die nicht den Tatsachen entsprechen,

stellt er dabei die Legitimität des Gesamtstaates von Bosnien und Herzegowina infrage und inszeniert sich dabei als ein Vertreter und Beschützer serbischer Interessen im Land. Die analysierten rhetorischen Mittel und thematischen Grundlagen der Rhetorik Dodiks dienen somit als essenzielle Grundlage, um im Folgenden anhand von vier ausgewählten Fallbeispielen deren Auswirkungen in spezifischen Kontexten zu konkretisieren und eingehender zu beleuchten.

5.2 Fallbeispiele

Um ein tiefergehendes Verständnis der Auswirkungen der sezeptionistischen Rhetorik von Milorad Dodik auf die Konstruktion und Dekonstruktion von politischer Stabilität und auf die Zentralregierungsautorität von Bosnien und Herzegowina zu erhalten, werden anhand von vier Fallbeispielen spezifische politische Ereignisse im Zeitraum 2021 bis 2024 analysiert, die durch diese Art der Rhetorik beeinflusst wurden. Daher wurden diese Fallbeispiele im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse von öffentlichen Reden und Aussagen Dodiks mithilfe der Software MAXQDA codiert und ausgewertet. Der Auswahl der Dokumente für die Analyse erfolgte danach, dass Dodik in den jeweiligen Zusammenhang des Fallbeispiels das Thema Sezession, Abspaltung der Republika Srpska oder Drohungen dazu äußerte. Insgesamt kommen somit 15-20 Dokumente mit für die Analyse relevanten öffentlichen Aussagen von Milorad Dodik pro Fallbeispiel zusammen. Insgesamt wurden daher 74 Dokumente analysiert. Die Kategorien zur Erarbeitung der qualitativen Inhaltsanalyse wurden sowohl induktiv als auch deduktiv erarbeitet, während die deduktiven Kategorien wie Kritik an der *Zentralregierung/Delegitimierung* oder *Sezession/Abspaltung* aus den theoretischen Grundlagen abgeleitet wurden, wurden induktiv Unterkategorien erarbeitet, um die spezifischen Muster in Dodiks sezeptionistischer Rhetorik zu erfassen (siehe dazu Kapitel 2.2.1). Um die zentralen Diskursstrategien von Milorad Dodik zu erfassen, wurden zunächst die zu analysierenden Inhalte in MAXQDA aufbereitet und inhaltlich nach den Kategorien codiert, damit die Codierungen in einem weiteren Schritt verdichtet und thematisch geordnet werden.

Die Analysen der Fallbeispiele basieren auf den im Kapitel 2.1.1 beschriebenen Ansatz des Konstruktivismus, der sich auf die Herstellung von Realitäten im politischen Umfeld fokussiert. Darüber hinaus stützt sich die Analyse auf dem Konzept der Konkordanzdemokratie, welches für die politische Ordnung von Bosnien und

Herzegowina von besonderer Relevanz ist, da es durch die institutionelle Absicherung ethnischer Machtverhältnisse gekennzeichnet ist.

In den weiteren Abschnitten werden daher die Fallbeispiele detailliert beschrieben und kontextualisiert, um in einem weiteren Schritt die qualitative Inhaltsanalyse auszuarbeiten und daraus die für die zentrale Fragestellung relevanten theoretischen Implikationen und Erkenntnisse abzuleiten.

5.2.1 Gesetz von OHR Inzko gegen die Leugnung des Genozids von Srebrenica (2021)

Im Juli 2021 verabschiedete der damalige Hohe Repräsentant Valentin Inzko mit Hilfe der „Bonn Powers“ ein Gesetz, das die Leugnung des Genozids von Srebrenica, bei dem im Juli 1995 mehr als 8000 bosniakische Männer und Jungen von serbischen Truppen ermordet wurden, kriminalisiert und unter Strafe stellt. Das Gesetz wurde verabschiedet, um die anhaltende Verherrlichung und Leugnung von Kriegsverbrechen zu bekämpfen (Hadžić 2022a). Denn obwohl der Genozid von Srebrenica vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) als solcher anerkannt wurde, werden diese schrecklichen Taten insbesondere von serbischen Vertretern wie Milorad Dodik oder Željka Cvijanović immer wieder geleugnet. Darüber hinaus werden Kriegsverbrecher wie Ratko Mladić und Radovan Karadžić, die für den Genozid in Srebrenica verantwortlich sind, von diesen Akteuren als Helden dargestellt, was die ethnischen Spannungen in Bosnien und Herzegowina weiter vorantreibt (Srebrenica Genocide Denial Report 2022). Zuvor war über mehrere Jahre versucht worden, ein solches Gesetz über die zentralstaatlichen Institutionen zu verabschieden, was aber an der politischen Blockade durch Dodik und seine Partei buchstäblich gescheitert war. Die Leugnung des Genozids stand im Widerspruch zu den Zielen des Hohen Repräsentanten für Versöhnung und Frieden in Bosnien und Herzegowina und behinderte die Bemühungen um eine gemeinsame und friedliche Zukunft. Aus diesem Grund beschloss Inzko, das Gesetz als eine seiner letzten Amtshandlungen zu verabschieden (BBC 2021).

Während das Gesetz von bosniakischen und teilweise auch von kroatischen Vertretern begrüßt wurde, wird es von Dodik und anderen politischen Figuren der Republika Srpska vehement abgelehnt und ignoriert. In diesem Zusammenhang kam es zu mehreren Äußerungen und Erklärungen Dodiks, in denen er seine Ablehnung gegenüber dem Gesetz, aber auch gegenüber den Hohen Repräsentanten zum Ausdruck brachte. Diese Ablehnung geht so weit, dass Dodik sogar in Frage stellt, ob der Genozid in Srebrenica

überhaupt als Genozid bezeichnet werden kann, obwohl der Internationale Strafgerichtshof dies bestätigt hat, bis hin zur Leugnung des Genozids (Hronešová & Hasić 2023). Zusätzlich drohte Dodik als Reaktion auf das Gesetz mit weitreichenden politischen Konsequenzen, einschließlich einer Blockade der zentralstaatlichen Institutionen. Dazu gehörte auch, dass Dodik anschließend im Oktober 2021 Pläne ankündigte, die Republika Srpska von zentralstaatlichen Institutionen abzukoppeln, sowie die Bildung einer eigenen Armee und eines separaten Justizsystems samt eigenem Verfassungsgericht (Stopić 2021).

Dieses Fallbeispiel wurde mit Blick auf die der zu dieser Arbeit zugrundeliegenden Forschungsfrage ausgewählt, um die secessionistische Rhetorik von Milorad Dodik im Zusammenhang mit dem Srebrenica-Gesetz zu untersuchen und aufzuzeigen, wie er das Gesetz und zugleich die Zentralregierungsautorität mit seinen Aussagen versucht zu delegitimieren und dadurch versucht, eine Legitimationsgrundlage für seine Sezessionsbestrebungen zu bekräftigen. Grund dafür ist, dass durch die secessionistischen und leugnenden Aussagen Dodiks in diesem Diskurs rund um das Gesetz eine politische Krise ausgelöst wurde, dessen Auswirkungen bis in die Institutionen der Zentralregierung reichen.

Die qualitative Inhaltsanalyse der Aussagen im Diskurs um das Srebrenica-Gesetz zeigt drei wichtige Strategien Dodiks auf, mit denen er seinen Widerstand gegen das Gesetz verdeutlicht. Dodik bedient sich dabei in diesem Zusammenhang der Delegitimierung des Srebrenica-Gesetzes, der Darstellung einer serbischen Opferrolle sowie des Angriffs auf internationale und nationale Akteure und Institutionen.

Dodik hat in mehreren Äußerungen das Gesetz gegen die Leugnung des Genozids von Srebrenica als ungerecht und unrechtmäßig dargestellt, weshalb er bereits kurz nach dessen Einführung dessen Rücknahme gefordert hatte. Er begründet dies damit, dass es seiner Meinung nach keinen Genozid in Srebrenica gegeben habe und daher ein solches Gesetz nicht notwendig sei. Damit versucht Dodik einen Diskurs zu schaffen, der die serbische Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina als Opfer von Unrecht darstellt, denn er behauptet explizit, dass die Serben mit diesem Gesetz in ein schlechtes Licht gerückt werden sollen und dass Inzko das Gesetz nur initiiert habe, weil er ein „srpomrzac“, also ein Serbenhasser, sei (Al Jazeera Balkans 2021). Kurz darauf initiierte Dodik, der zu der Zeit noch serbischer Vertreter im Staatspräsidium war, innerhalb der Republika Srpska eine Petition mit dem Slogan „Wir verteidigen die Wahrheit, wir geben die Srpska nicht

auf“ („Branimo istinu, ne damo Srpsku“) gegen das Gesetz und mobilisierte die Bürgerinnen und Bürger der Entität zur Unterzeichnung. Er versuchte sie davon zu überzeugen, dass die Republika Srpska im 21. Jahrhundert die Einführung des Delikts der Leugnung nicht akzeptieren werde und dass sie es nicht hinnehmen werde, dass nur der serbischen Bevölkerung das Recht auf freie Meinungsäußerung verweigert werde und dass nur dieses als „genozidal“ bezeichnet werde (RTV BN 2021).

Neben der Leugnung des Genozids und der Weigerung, das Gesetz gegen die Leugnung des Genozids anzuerkennen, versuchte Dodik damit, die serbische nationale Identität sowohl in Bosnien und Herzegowina als auch in der Republika Srpska zu definieren und zu stärken, indem er einen Diskurs erschaffen hat, der die serbische Bevölkerung als Opfer von historischen Ungerechtigkeiten darstellt. Gleichzeitig ist Dodik bestrebt, innerhalb der serbischen Bevölkerung eine identitätsstiftende Solidarität gegen externe Interventionen wie die des Hohen Repräsentanten aufzubauen, da er sie im Gegensatz zu anderen ethnischen Gruppen nur von außen bedroht sieht.

Obendrein dekonstruiert Dodik gezielt die Legitimität des Amtes des Hohen Repräsentanten, indem er dessen Autorität offen in Frage stellt und seine Rolle im politischen System Bosnien und Herzegowinas als Kontrollinstanz des Dayton-Abkommens angreift. Er zielt bewusst darauf ab, die internationale Gemeinschaft als illegitim und parteiisch darzustellen, indem er deren Entscheidungen als gegen die serbische Bevölkerung gerichtet interpretiert. Außerdem behauptet Dodik, dass die Entscheidungen des Hohen Repräsentanten keine rechtliche Grundlage haben, sondern vielmehr als ein Instrument zur Marginalisierung der serbischen Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina dienen. Auf diese Art und Weise trägt Dodik aktiv zur Delegitimierung der internationalen Mechanismen zur Sicherung von Frieden und Stabilität in Bosnien und Herzegowina bei.

Mit der Aussage „[...] für die Republika Srpska gibt es kein Gesetz über das Verbot der Leugnung des Genozids, das der Hohe Repräsentant in Bosnien und Herzegowina, Valentin Inzko, verhängt hat“ (Dnevni Avaz 2022b; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache) und weiteren Äußerungen Dodiks, in denen er betont, dass das Gesetz in der Republika Srpska keine Gültigkeit habe, macht er deutlich, dass er die politische Realität in der Republika Srpska nach seinen eigenen Narrativen und Überzeugungen formt, anstatt sich an den bestehenden rechtlichen und institutionellen Normen zu orientieren. Durch diese verweigernde Haltung signalisiert Dodik nicht nur seinen Widerstand gegen das Gesetz, sondern konstruiert darüber hinaus eine alternative Realität, in der die

Legitimität ausschließlich durch seine Interpretationen historischer und politischer Ereignisse definiert wird. Damit werden sowohl institutionelle Normen als auch gesamtstaatliche Rechtsrahmen, die mit dem Dayton-Abkommen festgelegt wurden, delegitimiert und die politische Diskursmacht des serbischen Narrativs wird dadurch gestärkt. Dies zeigt, dass sich Dodik nicht nur über geltenden rechtlichen Entscheidungen hinwegsetzt, sondern auch systematisch daran arbeitet, eine bestimmte Ordnung zu schaffen, die seinen politischen Zielen, allen voran der Unabhängigkeit der Republika Srpska, dient.

In Bezug auf die durchgeführte qualitative Inhaltsanalyse der Aussagen Dodiks über das Genozid-Gesetz von Inzko ist es zudem wichtig festzuhalten, dass alle seine untersuchten Aussagen die Leugnung des Genozids von Srebrenica beinhalten und er sich weigert, diesen als solchen anzuerkennen. Auf der Grundlage der oben beschriebenen Ausführungen Dodiks konstruiert er eine politische Realität, mit der er begründet, dass die Republika Srpska nicht Teil von Bosnien und Herzegowina sein kann und daher die Unabhängigkeit der Entität notwendig sei. Er untermauert dies mit Aussagen wie der folgenden auf einer Pressekonferenz im Juli 2021 kurz nach der Veröffentlichung der Entscheidung des Hohen Repräsentanten über das Gesetz:

„Dies ist der letzte Nagel im Sarg von Bosnien und Herzegowina. Nach diesem Ereignis kann Bosnien und Herzegowina nicht mehr funktionieren. [...] Uns wird ein Hoher Repräsentant aufgezwungen, der nicht die Unterstützung des Sicherheitsrates hat. Ich glaube, dass die Republika Srpska keine andere Wahl hat, als den Prozess der Auflösung einzuleiten“ (RTRS 2021; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache).

Infolgedessen ordnete Dodik gemeinsam mit seinen Vertretern an, die Arbeit der zentralen Institutionen von Bosnien und Herzegowina, einschließlich der Zentralregierung und des Staatspräsidiums zu blockieren, solange das Gesetz nicht vom Hohen Repräsentanten wieder aufgehoben wird (BBC 2021). Aus diesem Grund kamen wichtige Gesetzgebungsprozesse, die zur Förderung von Reformen und zur wirtschaftlichen Entwicklung von besonderer Relevanz waren, nicht zustande und es kam zu einem absoluten politischen Stillstand in Bosnien und Herzegowina. Es kam zu einer politischen Polarisierung von Milorad Dodik und wurde noch schwieriger, Kompromisse auf zentralstaatlicher Ebene zu finden, als es vorher schon war. Beispielsweise konnte aufgrund der Blockade von Dodik und der SNSD im November 2021 der Staatshaushalt für Bosnien und Herzegowina in der obersten Kammer des Parlaments, dem Haus der Völker nicht beschlossen werden (index.hr 2021). Für mehrere Monate waren die

zentralstaatlichen Institutionen von Bosnien und Herzegowina aufgrund dieser Blockadehaltung von Dodik und der SNSD praktisch unfähig zu arbeiten, obwohl Dodik angekündigt hatte, die Blockaden aufzuheben, wenn das Gesetz zurückgenommen werden würde. Im Februar 2022 nahm Dodik jedoch alle Blockaden zurück und serbische Vertreter kehrten in die zentralstaatlichen Institutionen zurück (Radio Free Europe 2022).

5.2.2 Gesetz zum „unbeweglichen Vermögen“ („nepokretna imovina“) in der Republika Srpska (2022/2023)

Ein weiteres Fallbeispiel, das für die Beantwortung der dieser Arbeit zugrundeliegenden Fragestellung von relevanter Bedeutung ist, ist der Diskurs um das Gesetz über das sogenannte „unbewegliche Vermögen“ („nepokretna imovina“) sowohl innerhalb der Republika Srpska als auch in Bosnien und Herzegowina insgesamt. Generell ging es dabei um die Diskussion um die Eigentumsrechte von Landflächen, Gewässern, Wäldern und dergleichen. Insbesondere nach der Unabhängigkeit Bosnien und Herzegowinas vom sozialistischen Staat Jugoslawien war diese Eigentumsfrage immer wieder Gegenstand von Diskussionen, vor allem darüber, wem das Erbe des ehemaligen jugoslawischen Staates auf dem Gebiet Bosnien und Herzegowinas gehören sollte. Aus diesem Grund erließ der damalige Hohe Repräsentant Paddy Ashdown im Jahr 2005 ein Dekret, welches die Verwaltung des unbeweglichen Vermögens, die dem Staat Bosnien und Herzegowina im Rahmen der Aufteilung von Vermögen und Immobilien zwischen den ehemaligen Teilrepubliken Jugoslawiens zugesprochen wurden, ab 2005 untersagte. Dabei handelt es sich überwiegend um Gewässer, Wälder, militärische und andere Einrichtungen, die Bosnien und Herzegowina nach dem Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren geerbt hat (OHR 2005).

Erneut ausgelöst wurde diese Diskussion dadurch, dass die Republika Srpska unter der Führung von Milorad Dodik dieses sogenannte „unbewegliche Vermögen“ und weitere Immobilien, die offiziell als Eigentum von Bosnien und Herzegowina gelten, für sich beanspruchte und ein entsprechendes Gesetz im Februar 2022 in der Nationalversammlung der Republika Srpska verabschiedete (Radio Slobodna Evropa 2023b). Ziel des Gesetzes war es, dass dieses „unbewegliche Vermögen“, das sich auf dem Gebiet der Republika Srpska befindet, nicht mehr dem Gesamtstaat, sondern Eigentum der Entität sein sollte (Fella 2024). Der Hohe Repräsentant, Christian Schmidt, reagierte auf das Gesetz, indem er es mithilfe der Bonner Befugnisse in einer Erklärung für ungültig erklärte (OHR 2022). Diese Entscheidung wurde von politischen Vertretern

der anderen ethnischen Gruppen sowie der amerikanischen Botschaft in Sarajevo begrüßt. Anschließend reagierte auch das bosnisch-herzegowinische Verfassungsgericht mit Verzögerung auf diese Gesetzesinitiative aus der Republika Srpska und setzte dieses im September 2022 außer Kraft. Begründet wurde die Entscheidung des Verfassungsgerichts damit, dass die Republika Srpska keine verfassungsmäßige Kompetenz zur Regelung von Fragen des Staatsvermögens wie solchen hat, da dies in die Zuständigkeit von Bosnien und Herzegowina als Gesamtstaat fällt (Ustavni Sud Bosne i Hercegovine 2022). Das gesamtstaatliche Verfassungsgericht hatte bereits in mehreren Urteilen festgelegt, dass die Eigentumsverhältnisse des unbeweglichen Vermögens auf Ebene des Gesamtstaates geregelt werden, damit das föderale System des Gesamtstaates gewahrt werden kann. Aus diesem Grund stand das aus der Republika Srpska initiierte Gesetz im direkten Widerspruch zu den vorigen Entscheidungen des Verfassungsgerichts (Al Jazeera Balkans 2022).

Die Regierung der Republika Srpska unter Führung von Milorad Dodik widersetzte sich jedoch der Entscheidung des Verfassungsgerichts und der Annullierung des Gesetzes durch Christian Schmidt, griff die Gesetzesinitiative wieder auf und verabschiedete das Gesetz im Dezember 2022 in der Nationalversammlung der Republika Srpska erneut. Diesbezüglich schrieb Dodik auf X folgendes, um diese erneute Gesetzesinitiative zu begründen:

„Die Frage des Eigentums wurde durch das Daytoner Friedensabkommen und die Verfassung geregelt, und wir haben nicht die Absicht, dieses Eigentum mit Bosnien und Herzegowina zu teilen. Es kann uns auch nicht durch „antidaytonische“ Gewalt und verfassungswidrige Entscheidungen des Verfassungsgerichts entzogen werden. Kein Gericht wird in dieser Hinsicht jemals Erfolg haben, auch nicht dieses ihriges, das nicht unser ist“ (Milorad Dodik auf X am 27.12.2022; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache).

Kurz bevor das Gesetz am 28. Februar 2023 überhaupt in Kraft treten konnte, wurde es einen Tag vorher vom Hohen Repräsentanten erneut suspendiert, mit der Begründung, dass die Frage des unbeweglichen Staatsvermögens nicht durch einseitige Maßnahmen gelöst werden könne und erinnerte alle Entscheidungsträger daran, dass die Parlamentarische Versammlung von Bosnien und Herzegowina der richtige Ort ist, um diese Frage zu klären (OHR 2023). Dodik ignorierte jedoch diese Entscheidung von Christian Schmidt und bekräftigte, dass das Gesetz in der Republika Srpska weiterhin in Kraft sei, da die Entscheidungen des Hohen Repräsentanten nicht im Amtsblatt der Republika Srpska („Službeni glasnik Republike Srpske“) veröffentlicht werden, und erklärte auf einer Pressekonferenz, dass sich nicht jeder „entspannte Reisende“ („putnik

namjernik“; in Anspielung auf Christian Schmidt) in die Angelegenheiten von Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska einmischen solle (FTV 2023).

Damit wurde eine Diskussion um die Eigentumsverhältnisse in Bosnien und Herzegowina ausgelöst, die bis heute anhält. Dieses Fallbeispiel wurde für die Beantwortung der für diese Arbeit relevanten Fragestellung ausgewählt, da Milorad Dodik im Zuge der Diskussion um das Gesetz über das „unbewegliche Vermögen“ mehrfach mit einer Abspaltung der Republika Srpska drohte und in diesem Zusammenhang auch versuchte, sowohl die zentralstaatlichen Institutionen als auch das Amt des Hohen Repräsentanten zu untergraben. Zudem war die Initiierung des Gesetzes ein bewusstes Vorantreiben der Sezession. Dieser Diskurs ist zentral für die Analyse der Auswirkungen von Dodiks sezessionistischer Rhetorik auf die Autorität der Zentralregierung, da er grundlegende Fragen der staatlichen Souveränität, der Kompetenzverteilung und der Integrität der föderalen Struktur aufwirft. Darüber hinaus signalisiert Dodiks Missachtung der Entscheidungen des bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgerichts nicht nur eine Ablehnung der Zentralregierung, sondern auch der verfassungsmäßigen Ordnung, welche auch dem Friedensabkommen von Dayton beruht.

Im Rahmen der qualitativen Inhaltsanalyse zu diesem Fallbeispiel ergaben sich wiederholt Muster in den untersuchten Aussagen, an denen sich Dodik innerhalb des Diskurses bediente. Dazu gehören die Konstruktion von Rechtsansprüchen, die Dekonstruktion von Legitimität zentraler Institutionen sowie Abspaltungsdrohungen.

Ein zentraler Aspekt von Dodiks Rhetorik in diesem Zusammenhang war die Betonung der rechtlichen Legitimität des von der Republika Srpska initiierten Gesetzes, wobei seine Argumentation auf seiner selektiven Interpretation der verfassungsrechtlichen Grundlagen von Bosnien und Herzegowina besteht. Dabei stützt sich Dodik auf die Behauptung, dass die Republika Srpska laut Dayton-Abkommen weitreichende Kompetenz verfügt, insbesondere auch mit Blick auf die Verwaltung vom unbeweglichen Vermögen. Jedoch ignoriert er dabei Urteile des Verfassungsgerichts und Entscheidungen des Hohen Repräsentanten (Fella 2024). Mit derartigen Aussagen verfolgt Dodik mehrere Ziele. Zum einen positioniert Dodik die Republika Srpska als eigenständigen Akteur gegenüber dem Zentralstaat, während er zum anderen die zentralstaatlichen Institutionen wie das Verfassungsgericht delegitimiert. Er wirft ihnen Parteilichkeit und eine politische Agenda vor und versucht dabei, die Rechtsauslegung zugunsten der Republika Srpska zu monopolisieren. Mit der Dekonstruktion der

Legitimität des bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgerichts, in dem Dodik es als voreingenommen und gegen die serbische Bevölkerung arbeitend, bezeichnet, konstruiert er ein Narrativ, in dem die Institutionen des Zentralstaates als illegitim und unterdrückerisch gegenüber der Republika Srpska werden.

Unter anderem konstruiert Dodik Rechtsansprüche, in denen er das unbewegliche Vermögen als ein zentrales Element der Unabhängigkeit der Republika Srpska betont und dies auch als eine Legitimationsgrundlage für seine politische Agenda nutzt. Denn er behauptet damit, dass die Gesetzgebung der Republika Srpska nicht nur rechtlich legitim sei, sondern auch notwendig sei, um die Interessen der serbischen Bevölkerung zu schützen. Bestimmte Aussagen verbinden daher die rechtliche Ebene mit einer ethno-politischen Dimension, die darauf abzielt, Unterstützung innerhalb der serbischen Bevölkerung zu mobilisieren. Folgende Äußerung von Milorad Dodik am 24.04.2023 bei einer Gedenkfeier für die Opfer des Ustaša-Regimes im zweiten Weltkrieg verdeutlicht noch einmal Dodiks diesbezügliche Aussagen:

„Die Idee, die wir haben, dass die Republika Srpska zu einem Staat erklärt [...] wird, muss Eigentum eines jeden Menschen hier sein. Unabhängig von Drohungen geht es hier um uns. Wir gründen keinen Staat auf fremdem Territorium. Dies ist unser Staat, unsere Freiheit und unser Eigentum. Wir brauchen einen Staat, weil wir Freiheit wollen. Ohne Staat haben wir keine Freiheit. Deshalb wollen wir einen Staat. Wir wünschen den Bosniaken und Kroaten nichts Schlechtes, aber ich sage ihnen: Lasst uns in Ruhe. Wir können nicht zusammenleben“ (N1 2023; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache).

Generell nutzt Dodik die Diskussion um das „unbewegliche Vermögen“, um die politische Realität so zu formen, dass die Abspaltung der Republika Srpska vom Gesamtstaat als eine unvermeidbare Option erscheint. Die Ergebnisse der Inhaltsanalyse zu den Äußerungen Dodiks im Diskurs um das Gesetz zum unbeweglichen Vermögen zeigen zudem, dass Dodik wiederholt Begriffe wie „Unabhängigkeit“ und „Autonomie“ ins Spiel bringt, um diese als Ausdruck eines umfassenderen Autonomieanspruchs darzustellen. Durch diese sprachliche Rahmung versucht er, das Gesetz nicht nur als rechtliches, sondern auch als identitätsstiftendes Element für die Republika Srpska zu etablieren.

Die Initiative sowie der Diskurs über das sogenannte „unbewegliche Vermögen“ der Republika Srpska im Jahr 2022 verdeutlicht einmal mehr die fragile politische Situation in Bosnien und Herzegowina. Milorad Dodik nutzte diese Auseinandersetzung, um seinen Konfrontationskurs gegenüber der Zentralregierung zu verstärken, die Autonomieforderungen der Republika Srpska zu bekräftigen und die Möglichkeit einer Sezession weiter im politischen Diskurs zu verankern. Seine diesbezüglichen Äußerungen und Handlungen trugen zu einer weiteren Destabilisierung des Landes bei

und die Gefahr eines möglichen Zerfalls von Bosnien und Herzegowina rückte in den Vordergrund, wodurch eine länger anhaltende politische Krise im gesamten Land ausgelöst wurde und worauf weitere krisenhafte Situationen entstanden sind.

5.2.3 Gesetz zur Unterbindung des gesamtstaatlichen Verfassungsgerichts in der Republika Srpska (2023)

Auf Grundlage der Kritik an den gesamtstaatlichen Institutionen, welche an den vorigen Fallbeispielen demonstriert wurde, hat die Regierung der Republika Srpska unter Führung von Milorad Dodik im Juni 2023 eine Reihe umstrittener Gesetze verabschiedet, die sowohl die Autorität des bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgerichts als auch die des Hohen Repräsentanten infrage stellten. Indessen stehen zwei zentrale Maßnahmen in diesem Gesetzespaket im besonderen Fokus: die Aussetzung der Entscheidungen des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina und das Verbot der Veröffentlichung von Entscheidungen des Hohen Repräsentanten in der Republika Srpska (Fella 2024). Gemäß dem Gesetz, das die Nationalversammlung der Republika Srpska verabschiedet hatte, werden die Entscheidungen des gesamtstaatlichen Verfassungsgerichts nicht auf dem Territorium der der Entität angewendet oder umgesetzt, womit die Tätigkeit des Verfassungsgerichts gewissermaßen verboten wurde. Darüber hinaus wurde ein Gesetz verabschiedet, welches die Veröffentlichung von Entscheidungen des Hohen Repräsentanten in der Republika Srpska verbietet. Dies bedeutet eben, dass diese Entscheidungen in der Republika Srpska keine Gültigkeit mehr haben, obwohl sie genauso wie die Entscheidungen des Verfassungsgerichts für den gesamten Staat und beide Entitäten bindend sind (NZZ 2023). Bereits im Vorfeld dieser Gesetzesinitiative war das Verfassungsgericht insbesondere wegen der Besetzung mit internationalen Richtern von Dodik heftig kritisiert worden, weshalb er sich zuvor für massive Änderungen am Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina ausgesprochen hatte (Ruge 2020).

Die Gesetzesmaßnahmen der Republika Srpska wurden von der Zentralregierung scharf kritisiert und vor allem von den bosniakischen Vertretern in der politischen Landschaft verurteilt, da sie diese Gesetze als verfassungswidrig und als einen weiteren Schritt zu Sezession interpretieren. Zudem wurde seitens bosniakischer Akteure gewarnt, dass diese Gesetzesinitiative die ohnehin fragile Staatsstruktur von Bosnien und Herzegowina weiter destabilisieren und die ethnischen Spannungen verschärfen würden, weshalb sie auch eine Absetzung Dodiks durch den Hohen Repräsentanten forderten

(NZZ 2023). Ebenso besorgt reagierten der Hohe Repräsentant und die internationale Gemeinschaft, weshalb Christian Schmidt beschloss, die in der Republika Srpska verabschiedeten Gesetze mit Hilfe der „Bonn Powers“ außer Kraft zu setzen. Schmidt erklärte, dass diese Gesetze keinen rechtlichen Bestand hätten und die Entscheidungen des Verfassungsgerichts und des Hohen Repräsentanten im gesamten Staat durchsetzbar blieben (Radio Slobodna Evropa 2023c).

Dieses Fallbeispiel ist für die Untersuchung dieser Arbeit von hoher Wichtigkeit, da Dodik mit dem Versuch, die Autorität des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina mit juristischen Mitteln zu negieren, offensichtlich das Ziel verfolgt, die Souveränität der Republika Srpska zu unterstreichen und eine Grundlage für eine Sezession der Entität zu schaffen. Darüber hinaus ist die Aussetzung der Entscheidungen des Verfassungsgerichts ein direkter Angriff auf die im Dayton-Abkommen verankerte Verfassungsstruktur von Bosnien und Herzegowina und ein Versuch, das Verfassungsgericht als übergreifende Autorität zu delegitimieren. Denn das Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina ist eine der wenigen Institutionen auf gesamtstaatlicher Ebene, die die Integrität des Staates sichern und als Hüterin der verfassungsmäßigen Ordnung fungieren (Bassuener & Mujanović 2017). Da in diesem Zusammenhang die Sezessionsbestrebungen von Milorad Dodik nicht nur in der Gesetzesinitiative, sondern auch in mehreren Äußerungen deutlich wurden und sich dadurch die Spannungen zwischen der Republika Srpska und der Zentralregierung verschärft haben, ist dieses Fallbeispiel für die Beantwortung der zentralen Fragestellung dieser Arbeit von besonderer Relevanz.

In der qualitativen Inhaltsanalyse zu diesem Fallbeispiel ergaben sich ebenfalls spezifische Muster wie Identitätskonstruktion und Dekonstruktion von Institutionen und Normen, mit denen Dodik in diversen Äußerungen seine Sezessionsbestrebungen betont hat.

Die Identitätskonstruktion ist auch mit Blick auf der theoretischen Grundlage des Konstruktivismus besonders wichtig, denn Dodik versucht mit seinen Äußerungen im Zusammenhang mit dem Gesetz eine deutliche Trennung zwischen der serbischen Bevölkerung in der Republika Srpska und den gesamtstaatlichen Institutionen zu schaffen. Indem er das Narrativ der Unterdrückung und Fremdbestimmung durch die zentralen Institutionen und internationale Akteure wie dem Hohen Repräsentanten aufrechterhält, versucht Dodik somit seine politischen Maßnahmen, die seiner Meinung

nach die Republika Srpska unabhängig und abwehrend gegenüber solchen Institutionen macht, zu legitimieren. Äußerungen wie:

„Wir können nicht akzeptieren, dass das Verfassungsgericht und die Staatsanwaltschaft in dieser Form bestehen bleiben und so tun, als könnten sie auf der Ebene von Bosnien und Herzegowina agieren, insbesondere wenn sie unseren Gerichten übergeordnet sind [...], weil das Verfassungsgericht jede Entscheidung gegen die Serben und die Republika Srpska getroffen hat“ (Nezavisne Novine 2023; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache),

die Dodik in einer Sitzung der Nationalversammlung der Republika Srpska, in der das Gesetz behandelt wurde, getätigt hat, unterstreicht noch einmal Dodiks Ansicht, dass Institutionen wie das Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina gegen die serbische Bevölkerung arbeiten. Zudem unterstreicht Dodik diese Abgrenzung durch die Konstruktion eines kollektiven serbischen „Wir“, welches sich vermeintlich gegen externe Bedrohungen wie dem Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina behaupten muss. In diesem Feindbild, stellt Dodik mit seiner Rhetorik außerdem internationale Akteure als einen Komplizen des gesamtstaatlichen Verfassungsgerichts dar, was die Republika Srpska zusätzlich in eine defensive Haltung versetzt:

„Der Verfassungsgerichtshof hat gezeigt, dass er ein voreingenommenes Gericht ist und sich nicht um Recht und Verfassung kümmert [...]. Dieses Gericht, unterstützt von Ausländern und vor allem vom Hohen Repräsentanten, hat sich zuvor darauf geeinigt, alle Entscheidungen des Hohen Repräsentanten zu respektieren, wodurch dieser in der Lage war, die verfassungsmäßige Ordnung hier zu untergraben, Gesetze zu erlassen, die keine verfassungsmäßige Verpflichtung Bosnien und Herzegowinas sind. Durch die Entscheidung außerhalb der Verfassung und unter Nutzung fremder Macht hat er den Verfassungsgerichtshof Bosnien und Herzegowinas vollständig delegitimiert. Der Hohe Repräsentant versucht, die wesentlichen Beziehungen in Bosnien und Herzegowina zu regeln, einschließlich der Eigentumsfrage und anderer Angelegenheiten“ (Nezavisne Novine 2023; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache).

Mit seinem Narrativ, das Verfassungsgericht diene als eine Art Werkzeug internationaler Interessen, vermittelt Dodik das Bild, dass das Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina nicht als unabhängige und neutrale Institution wahrgenommen werden kann, sondern als eine Institution, die fremdgesteuert ist und daher den Interessen der Republika Srpska entgegensteht und er sich deswegen gezwungen sieht, Gesetze wie das zur Aussetzung der Entscheidungen des Verfassungsgerichts in der Republika Srpska zu initiieren. Die Dekonstruktion der Legitimität des Verfassungsgerichts und des Hohen Repräsentanten erschwert zudem die Rechtsdurchsetzung auf zentralstaatlicher Ebene erheblich und schafft ein Klima der Konfrontation, das die Fähigkeit der gesamtstaatlichen Institutionen, als übergeordnete Autorität zu agieren, massiv gefährdet.

Banale Aussagen wie „das Verfassungsgericht verhält sich arrogant und antiserbisch“ (Milorad Dodik auf einer Pressekonferenz am 20.06.2023) dienen als Rechtfertigung für die Verabschiedung des Gesetzes über die Nichtanwendung der Entscheidungen des

Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina und machen einmal mehr deutlich, dass die Sezessionsbestrebungen Dodiks nicht auf einer legitimen und rechtlichen Grundlage beruhen, sondern auf einem selbstkonstruierten Narrativ, das die Spannungen innerhalb des politischen Systems von Bosnien und Herzegowina weiter anheizt.

Schließlich nutzte Dodik die gesetzgeberischen Maßnahmen und den damit verbundenen Diskurs, um die Machtverhältnisse zwischen der Republika Srpska, der Zentralregierung und der internationalen Gemeinschaft neu zu definieren. Der Versuch, mit diesen Gesetzen die Machtverhältnisse zugunsten der Entität zu verschieben, führte zu einer direkten Konfrontation der Entität mit den Institutionen des Zentralstaates und der internationalen Gemeinschaft.

5.2.4 Veröffentlichung des Dokuments zur „Friedlichen Aufspaltung der Entitäten in Bosnien und Herzegowina“ (2024)

Die Idee einer Trennung der beiden Entitäten, der Republika Srpska und der Föderation von Bosnien und Herzegowina, ist, wie sich auch im Verlauf dieser Arbeit herausgestellt hat, keine neue Idee von Milorad Dodik und dominiert dessen politische Agenda seit mehreren Jahren. Doch das „Dokument zur friedlichen Aufteilung der Entitäten“ – auf bosnisch „Dokument o mirnom razdruživanju“, wurde von Milorad Dodik und seinen politischen Partnern in der Republika Srpska als ein weiteres Zeichen ihrer Entschlossenheit zur dessen Unabhängigkeit entwickelt. Im Juni 2024 wurde daher ein Plan präsentiert, der eine hypothetische Möglichkeit einer friedlichen Abspaltung von Bosnien und Herzegowina skizziert und vor allem die Forderung nach einer stärkeren Autonomie und das Recht der Republika Srpska fordert, ihre eigenen politischen Entscheidungen ohne Einmischung der Zentralregierung oder internationaler Akteure zu treffen. Ferner hebt der Inhalt dieses Dokuments die Notwendigkeit hervor, die Entitäten friedlichen aufzuteilen, damit zwei politisch unabhängige Einheiten entstehen, die unabhängig voneinander agieren, um ethnischen und politischen Spannungen entgegenzuwirken (RTV BN 2024). Das Dokument präsentiert konkrete Pläne zur Umsetzung der Trennung der beiden Entitäten, wie zum Beispiel, dass das Territorium entlang der zwischenentitären Grenzen verläuft, die Bildung einer vorübergehenden Zollunion sowie eine Bekundung einer gegenseitigen Unterstützung bei den Integrationsprozessen auf dem Weg zur Europäischen Union (NSRS 2024).

Es wird behauptet, dass diese Maßnahmen im Einklang mit den Dayton-Abkommen seien und dass eine friedliche Trennung zu mehr Stabilität und Frieden, nicht nur in Bosnien und Herzegowina, sondern in der gesamten Region, führe. In dem Dokument wird auch betont, dass man sich gezwungen sehe, ein solches Dokument der Föderation von Bosnien und Herzegowina aufgrund des Drucks auf die Republika Srpska, der angeblich nicht verfassungsgemäßen Handlungen der zentralstaatlichen Institutionen und des Hohen Repräsentanten sowie anderer „destruktiver Handlungen bosnischer Repräsentanten“, wie der Resolution der Vereinten Nationen zum Gedenktag des Genozids von Srebrenica, vorzulegen (N1 2024a).

Dieser Vorschlag einer friedlichen Trennung der Entitäten wurde von der internationalen Gemeinschaft, einschließlich des Hohen Repräsentanten, sowie von politischen Akteuren der Föderation Bosnien und Herzegowina als Versuch, die staatliche Integrität zu schwächen, kritisiert, weshalb diese Bestrebungen ebenfalls eine schwerwiegende politische Krise in Bosnien und Herzegowina auslöste. Politische Vertreter der Föderation sehen in dieser Idee eine Gefahr für die politische Stabilität von Bosnien und Herzegowina, da sie einen weiteren Schritt in Richtung Sezession darstelle (N1 2024b). Darüber hinaus stellen die Vorstellungen Dodiks und seiner Regierung einen klaren Verstoß gegen das Dayton-Abkommen dar, da die Entitäten durch die Existenz des Staates Bosnien und Herzegowina gegeben sind und in der Staatsverfassung, die integraler Bestandteil des Dayton-Friedensabkommens ist, eindeutig festgelegt ist, dass es keine Möglichkeit der Sezession der Entitäten gibt, da diese nur im Rahmen von Bosnien und Herzegowina existieren (Verfassung von Bosnien und Herzegowina, Artikel 1).

Um die Ansichten aus dem Dokument zu bekräftigen, hielt sich Dodik auch in diesem Zusammenhang nicht mit sezessionistischen Äußerungen zurück, wobei er wiederholt auf Muster wie Identitätskonstruktion und die Dekonstruktion politischer Legitimität des Gesamtstaates zurückgriff.

Auch im Diskurs um die Veröffentlichung des Dokuments über die „friedliche Teilung“ der Entitäten versuchte Dodik, die politische Legitimität der Zentralregierung zu dekonstruieren, indem er betonte, dass diese nichts mit der Teilung zu tun habe. So sagte er bei einer Pressekonferenz über das Dokument: „Das basiert auf dem Dayton-Abkommen, weil es vorsieht, dass die Republika Srpska eine Seite ist, genauso wie die Föderation. Die gemeinsame Ebene wird nicht einbezogen, weil sie damit nichts zu tun hat - sie ist aus den beiden Entitäten abgeleitet“ (N1 2024b; Zitat aus der bosnischen

Sprache übersetzt). Durch den bewussten Ausschluss der zentralen Institutionen aus diesem Vorhaben der Republika Srpska stellt Dodik deren Legitimität in Frage und versucht, die Macht und Entscheidungsautonomie der Entitäten gegenüber der Zentralregierung zu betonen. Dodiks Argumentation stützt sich zwar auf die rechtliche Grundlage des Dayton-Abkommens, das tatsächlich eine dezentrale Machtverteilung zwischen den Entitäten vorsieht, gleichzeitig verstößt er mit dieser Initiative aber gegen die Prinzipien des Dayton-Abkommens, das die territoriale Integrität und Souveränität Bosnien und Herzegowinas als Gesamtstaat garantiert. Die vorgeschlagene Teilung der Entitäten steht somit im Widerspruch zu den zentralen Prinzipien des Abkommens, auf das er sich in seiner Argumentation bezieht.

Darüber hinaus erklärte Dodik, dass das Dokument aufgrund der „Unfähigkeit eines normalen Funktionierens von Bosnien und Herzegowina“ (klix.ba 2024; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache), selbst wenn innerhalb des Rahmens des Dayton-Abkommens, wofür er die „Einmischung internationaler Akteure mit Unterstützung der Bosniaken“ (ibid.) verantwortlich macht. So macht Dodik internationale Akteure wie den Hohen Repräsentanten für die politische Situation in Bosnien und Herzegowina verantwortlich und stellt dessen Handlungen als feindlich und unrechtmäßig dar. Die Behauptung, die Bosniaken unterstützten ausländische Akteure, zeigt, wie Dodik den Konflikt ethnisch polarisiert. Er stellt die Bosniaken als Gegner serbischer Interessen dar und versucht, sie als Werkzeug ausländischer Mächte zu diskreditieren. Auch auf diese Art und Weise nutzt Dodik seine Rhetorik, um die Existenz von Bosnien und Herzegowina als einen einheitlichen Staat und die Legitimität der internationalen Akteure infrage zu stellen.

In diesem Zusammenhang betonte Dodik zudem, dass es wichtig sei, dass „[...] die Republika Srpska ihre Interessen auf politisch friedliche Weise verteidigt, indem Lösungen vorgeschlagen werden, die [...] der Föderation angeboten werden“ (N1 2024b; Zitat übersetzt aus der bosnischen Sprache). Die Betonung „auf politische friedliche Weise“, könnte darauf hindeuten, dass die Republika Srpska bereit ist, ihre Interessen ohne Gewalt und Unruhen durchzusetzen, auch wenn gleichzeitig Sezessionsbestrebungen verfolgt werden. Zudem zeigt der Fokus auf die Verteidigung der Interessen der Republika Srpska, dass Dodik die Entität als eine politische Einheit mit eigenen legitimen Interessen sieht, die es zu schützen gilt. Dies könnte darauf hindeuten, dass Dodik weiterhin bestrebt ist, die Eigenständigkeit der Republika Srpska zu stärken und ihre Unabhängigkeit vom Gesamtstaat zu wahren.

Auch an diesem Fallbeispiel wird deutlich, wie sehr Dodik den Diskurs um das Dokument zur „friedlichen Teilung der Entitäten“ nutzt, um die Republika Srpska als selbständige politische Einheit zu positionieren und ihre Unabhängigkeit zu stärken, auch wenn dies nicht im Einklang mit den zentralen Prinzipien des Dayton-Abkommens steht.

5.3 Zusammenfassung der Ergebnisse aus dem Fallbeispielen

Mit Blick auf die zugrundeliegende theoretische Grundlage des Konstruktivismus und der Konkordanzdemokratie, ist es wichtig hervorzuheben, dass die Rhetorik von Milorad Dodik gewisse Muster aufweist, die als Grundlage für die Rechtfertigung seiner Sezessionsbestrebungen dienen und seine politische Agenda fördern. Diese Muster lassen sich in allen vier Fallbeispielen erkennen und wiederholen sich.

Zum einen fiel bei der Durchführung der Fallstudien auf, dass Dodik in den verschiedenen Diskursen versuchte, eine klare Identität für die Republika Srpska zu konstruieren, die er als eigenständig und legitim auf der Grundlage des Dayton-Abkommens bezeichnete und als authentische Vertretung der serbischen Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina betrachtete. Gleichzeitig dekonstruiert er mit seinen Aussagen die Legitimität der zentralstaatlichen Institutionen wie die der Zentralregierung oder des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina, aber auch die der internationalen Akteure, die seiner Ansicht nach illegitim und feindlich gegenüber den Interessen der Republika Srpska arbeiten. Diese Delegitimierung der zentralen Institutionen erfolgt durch die wiederholte Behauptung, dass die Zentralregierung ineffektiv sei und gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Republika Srpska arbeite, und nur die Interessen der bosniakischen Vertreter im Vordergrund stünden. Zudem werden diese Institutionen von Dodik als handlungsunfähig dargestellt, und insbesondere mit dem Gesetzesinitiative zum Verbot der Umsetzungen der Entscheidungen des Verfassungsgerichts wird demonstriert, dass diese nicht in die Entitäten eingreifen dürften. Somit werden existierende rechtliche Normen wie die Durchsetzungsfähigkeit des bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgericht im gesamten Staat delegitimiert.

Zum anderen wird von Dodik eine ständige Bedrohung für die serbische Identität und das politische Selbstbestimmungsrecht der Republika Srpska betont, indem er die Bosniaken und internationale Akteure als Verbündete darstellt, die gegen die Interessen der serbischen Bevölkerungen arbeiten. Diese Darstellung fördert eine starke Opferrolle der serbischen Bevölkerung, die sich als ständig von äußeren Mächten bedroht und

unterdrückt wahrnimmt. Indem Dodik die Serben als Opfer eines übermächtigen und feindlichen Systems darstellt, das von der Zentralregierung und internationalen Akteuren repräsentiert wird, schafft er ein Narrativ, in dem die Republika Srpska als einziges Schutzfeld gegen die Bedrohung ihrer kulturellen und politischen Identität wahrgenommen wird.

Schließlich lässt sich auch hinzufügen, dass die secessionistischen Bestrebungen von Milorad Dodik im Widerspruch zur Konkordanzdemokratie stehen, da sie grundlegende Prinzipien wie das Gleichgewicht zwischen den drei konstitutionellen ethnischen Gruppen, das Konsensprinzip und die gemeinsame politische Verantwortung für den Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina gefährden, die für die politische Stabilität des Landes von entscheidender Bedeutung sind.

Insgesamt zeigt sich, dass Dodiks Rhetorik von einer beständigen Konstruktion von Identität, Gegnerschaft, Rechtsansprüchen sowie Bedrohungsszenarien geprägt ist und dies als ein Rahmen für eine rechtliche und moralische Grundlage für die Legitimation seiner Sezessionsbestrebungen dient. Diese Bestrebungen stellen eine Politik des Konflikts und Spaltung her und ist eine enorme Herausforderung für Bosnien und Herzegowina, dessen bereits fragiles politisches System durch solche weiter destabilisiert wird. Die kritische Auseinandersetzung mit der secessionistischen Rhetorik und politischen Strategien von Milorad Dodik ist daher von essenzieller Bedeutung, um die zugrundeliegenden Dynamiken in der politischen Landschaft von Bosnien und Herzegowina zu verstehen.

Welche Absichten Dodik mit dieser secessionistischen Rhetorik mit Blick auf die Konstruktion und Dekonstruktion von politischer Stabilität des Gesamtstaates von Bosnien und Herzegowina verfolgt und inwiefern sich dies auf die effektive Funktionsweise der Zentralregierung auswirkt, wird in den folgenden Abschnitten dieser Arbeit genauer beleuchtet.

6. Auswirkungen von Dodiks Sezessionsrhetorik auf die politische Stabilität und Zentralregierungsautorität von Bosnien und Herzegowina

Aufbauend auf der vorangegangenen Analyse der secessionistischen Rhetorik von Milorad Dodik und der daraus resultierenden politischen Dynamiken sollen in diesem Kapitel die Auswirkungen dieser Rhetorik auf die politische Stabilität und die Zentralregierungsautorität untersucht werden. Im Zuge dessen werden das

Konfliktpotential und die daraus resultierenden Spannungen betrachtet und die langfristigen Folgen dieser Rhetorik für den Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina diskutiert.

6.1 Konflikte und Spannungen durch Dodiks Rhetorik

6.1.1 Interethnische Spannungen

Wie bereits in den obigen Fallstudien beschrieben, wurden die Rhetorik und die Bestrebungen von Milorad Dodik von verschiedenen Seiten heftig kritisiert, da er auch durch das Aufgreifen ethnonationaler Aspekte seine Sezessionsbestrebungen vorantreibt. Indem Dodik die serbische Identität als eine unabdingbare Notwendigkeit hervorhebt, führt er andererseits zu einer Vertiefung der ethnischen Spaltung und treibt die zudem die politische und soziale Spaltung innerhalb des Staates voran, weil mit derartigen Aussagen die Trennung zwischen Bosniaken, Kroaten und Serben vertieft wird (Kartsonaki 2016).

Insbesondere die bosniakischen Vertreter in der politischen Landschaft von Bosnien und Herzegowina verurteilten die Äußerungen Dodiks und schufen damit einen Konfliktherd, der die ohnehin angespannte politische Situation weiter verschärft. Denn Dodik greift auf historische Narrative zurück, die Konflikte der Vergangenheit wie den Bosnienkrieg der 1990er Jahre aufgreifen und die Rolle der Serben glorifizieren, während er Verbrechen wie den Genozid von Srebrenica relativiert oder gar leugnet (Srebrenica Genocide Denial Report 2022). In erster Linie zeigt das Fallbeispiel zu Dodiks Reaktionen auf das Gesetz gegen die Leugnung des Genozids von Srebrenica, wie er seine Rhetorik gezielt nutzt, um politische Spannungen zu verschärfen und ethnischen Gräben zu vertiefen (Sokolić 2021). Mit diesem Argument, das Gesetz stelle eine Bedrohung für die Republika Srpska und ihre Identität dar, gelang es ihm, seine politische Basis und die Unterstützung von nationalistischen Akteuren im Land zu mobilisieren. Diese Äußerungen haben die Spannungen zwischen den politischen Akteuren, insbesondere den politischen Vertretern der Bosniaken, die den Schutz des Gedenkens an die Opfer von Srebrenica als eine zentrale moralische Verpflichtung betrachten, verstärkt. (Hronešová & Hasić 2023). Dies unterstreicht einmal mehr, wie Dodik historische Ereignisse für seine politischen Ziele instrumentalisiert und gleichzeitig die ohnehin fragile politische Ordnung in Bosnien und Herzegowina destabilisiert, da auf dieser Grundlage keine Vertrauensbasis für eine nachhaltige und effektive Zusammenarbeit auf politischer Ebene

geschaffen werden kann, die wiederum aufgrund der konkordanzdemokratischen auf die Kooperation zwischen den ethnischen Gruppen im Land angewiesen ist (Hadžić 2022a).

Dodiks Rhetorik trägt zur politischen Mobilisierung bei und verschärft zudem das Misstrauen und die Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen, indem ethnonationale Unterschiede hervorgehoben werden und historische Konflikte wieder aufleben gelassen werden.

6.1.2 Innerpolitische Konflikte in der Republika Srpska

Milorad Dodik provoziert mit seiner Rhetorik nicht nur Spannungen zwischen den ethnischen Gruppen auf nationaler Ebene, sondern auch innerhalb der Republika Srpska selbst, wobei die dortige politische Landschaft und die inneren Machtverhältnisse besonders von Konflikten betroffen sind.

Zwar wird die politische Landschaft in der Republika Srpska von Milorad Dodik und seiner Partei, der SNSD, dominiert und seine nationalistische und sezessionistische Rhetorik dient dazu, seine Machtposition in der Entität zu festigen, doch gleichzeitig kommt es regelmäßig zu Konflikten mit den Oppositionsparteien wie der PDP oder SDS (Arnautović et al. 2023). Letztere kritisieren Dodik des Öfteren für seine provokativen Äußerungen, da sie eine Gefährdung der wirtschaftlichen und politischen Stabilität der Republika Srpska, auch besonders mit Blick auf die durch die USA und das Vereinigte Königreich verhängten Sanktionen gegen Dodik und seinen Leuten, befürchten (Maksimović 2023). Vor allem wird ihm vorgeworfen, mit seiner Rhetorik und Sezessionsbestrebungen von wichtigen innenpolitischen Problemen wie Korruption, Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Trägheit abzulenken. Ein weiterer Grund ist zudem, dass der Fokus Dodiks auf Sezessionsbestrebungen wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen, wie eben Sanktionen oder Verlust wirtschaftlicher Investitionen, da ausländische Investoren das Interesse an der Attraktivität der Region verlieren (Hronešová 2021). Andererseits wirft Dodik den Oppositionellen in der Republika Srpska vor, mit der internationalen Gemeinschaft, insbesondere mit den USA und dem Vereinigten Königreich zusammenzuarbeiten, um eine Politik gegen die Entität voranzutreiben und macht diese ebenfalls für die gegen ihn verhängten Sanktionen verantwortlich (Dnevni Avaz 2022a). Ein weiteres Beispiel für Dodiks Behauptungen über die Zusammenarbeit zwischen der Opposition und internationalen Akteuren ist seine Aussage auf einer Pressekonferenz im Juni 2023, dass hinter der Protestbewegung

„Pravda za Davida“ die Oppositionspartei PDP und der britische Geheimdienst stünden, um die Regierung der Republika Srpska zu beseitigen. Diese Äußerung hat innerhalb der Republika Srpska viel Kritik hervorgerufen und zu einer Klage der Protestbewegung wegen Verleumdung gegen Milorad Dodik geführt (RTV BN 2023a).

Dies zeigt auch, dass Dodik durch eine dominante Stellung in der Republika Srpska und die Betonung nationalistischer Aspekte versucht, abweichende Meinungen der Opposition zu unterdrücken und diese anzugreifen. Infolgedessen wird der politische Pluralismus in der Entität geschwächt und es sich autoritäre Tendenzen zu erkennen, die die demokratischen Strukturen untergraben und zu politischen Konflikten führen.

6.2 Reaktionen der Zentralregierung

Von besonderer Relevanz in Bezug auf die Fragestellung dieser Arbeit ist zu blicken, wie die Zentralregierung von Bosnien und Herzegowina auf die secessionistische Rhetorik von Milorad Dodik reagiert. Darauf zu blicken ist besonders wichtig, da Dodik mit seiner SNSD selbst Teil der aktuellen gesamtstaatlichen Regierung ist und auch an vorherigen Regierungen beteiligt war, aber trotzdem versucht, diese mit seinen Aussagen regelmäßig zu untergraben.

Zwar lassen sich keine konkreten Maßnahmen verzeichnen, die sich seitens der Zentralregierung gegen die Äußerungen und Bestrebungen von Milorad Dodik wenden, außer dass das Verfassungsgericht diesbezüglich tätig war und zum Beispiel Dodiks Gesetzesinitiative zum unbeweglichen Vermögen in der Republika Srpska für verfassungswidrig erklärt hat.

Zudem wurde im August 2023 von der bosnischen Staatsanwaltschaft ein Klageverfahren gegen Milorad Dodik eingeleitet. Grund für die ist die Missachtung der Entscheidung des Hohen Repräsentanten, insbesondere mit Blick darauf, dass Dodik die Gesetzesannullierungen von Christian Schmidt zu dem Gesetz zum „unbeweglichen Vermögen“ und zur Aussetzung der Entscheidungen des bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgerichts ignorierte und auf dessen Gültigkeit bestand. Weiter heißt es in der Begründung, Dodik blockiere die ordentliche Umsetzung des Dayton-Abkommens (Wagner 2023). Mittlerweile wurde Dodik aufgrund dessen zu einer Haftstrafe von einem Jahre sowie einem Amtsverbot von sechs Jahren verurteilt. Auch einzelne Akteure der Zentralregierung, wie der Außenminister von Bosnien und Herzegowina, Elmedin Konaković, kündigten an, rechtliche Schritte gegen Milorad Dodik aufgrund seiner

populistischen Rhetorik einzuleiten (Oslobodjenje 2024). Doch eine geschlossene Vorgehensweise der zentralen Institutionen gegen Dodik lässt sich nicht verzeichnen.

In diesem Zusammenhang spielt auch die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Rolle des Hohen Repräsentanten eine zentrale Rolle. Ein möglicher Grund, weshalb die zentralstaatlichen Institutionen auf die Rhetorik Dodiks nicht reagieren, ist, dass möglicherweise eine Erwartung herrscht, dass eben Akteure wie der Hohe Repräsentant die Verantwortung für die Lösung der durch Dodiks Aussagen oder Bestrebungen verursachten Krisen übernehmen (Arnautović et al. 2023). Zum Beispiel durch das Annullieren von Gesetzesbeschlüssen in der Republika Srpska, die eindeutig gegen die Richtlinien aus dem Dayton-Abkommen oder gegen die gesamtstaatliche Verfassung verstoßen. Diese ständige Abhängigkeit von internationalen Akteuren zeigt sich auch darin, dass die Zentralregierung jahrelang nicht in der Lage war, ein Gesetz gegen die Leugnung des Genozids von Srebrenica umzusetzen, bis der Hohe Repräsentant Inzko im Jahr 2021 intervenierte und ein entsprechendes Gesetz initiierte (Hronešová & Hasić 2023).

Des Weiteren ist die Komplexität des politischen Systems von Bosnien und Herzegowina ein weiterer Grund für die zurückhaltende Rolle der Zentralregierung. Das politische System, wie oben in Kapitel 3.2 beschrieben, gibt den Entitäten eine bedeutende Autonomie, so dass die zentralen Institutionen nicht über ausreichende Mechanismen verfügen, um geschlossen gegen Äußerungen von politischen Akteuren wie Dodik vorzugehen. Ein weiteres bedeutsames Merkmal des politischen Systems von Bosnien und Herzegowina ist das Vetorecht bei der Entscheidungsfindung. Im Falle einer Entscheidung über ein mögliches Vorgehen gegen Dodik aufgrund seiner secessionistischen Rhetorik und Bestrebungen würde die SNSD mit Sicherheit von ihrem Vetorecht Gebrauch machen, die in Vergleich zu den anderen Parteien sowohl im Haus der Völker als auch im Abgeordnetenhaus von Bosnien und Herzegowina eine relativ hohe Anzahl an Abgeordneten hat und somit Entscheidungen blockieren könnte.

Insgesamt zeigt dies, wie sehr die Zentralregierung von anderen externen Faktoren abhängig ist und aufgrund der Fragmentierung im politischen System eher schwach aufgestellt ist, um auf solche Herausforderungen systematisch einzugehen.

6.3 Langfristige Folgen für die politische Landschaft von Bosnien und Herzegowina

Wie sich auch bereits im Laufe der Analyse ergeben hat, wirkt sich die Rhetorik von Milorad Dodik erheblich auf die politische Landschaft von Bosnien und Herzegowina aus. Seine Forderungen nach einer Unabhängigkeit der Republika Srpska schüren nämlich Spannungen innerhalb des ohnehin fragilen politischen Systems des Gesamtstaates.

Neben der Verschärfung der ethnischen Spannungen durch die Unabhängigkeitsbestrebungen führt dieser Trend zu einer ethnischen Polarisierung, indem Dodik die serbische Bevölkerung gegen die anderen ethnischen Gruppen in Bosnien und Herzegowina ausspielt (Toal 2013). Auch dieser Aspekt hat Auswirkungen auf die Entscheidungsfindung in der politischen Landschaft, da diese stark auf dem ethnischen Prinzip dominiert und dadurch auch die Zusammenarbeit zwischen den ethnischen Gruppen deutlich erschwert wird und es selten vorkommt, dass eine einheitliche Entscheidung in den zentralstaatlichen Institutionen getroffen wird. Erschwert wird diese Zusammenarbeit insbesondere dadurch, dass nationalistische Narrative wie die von Dodik einen großen Beitrag zum Misstrauen zwischen den ethnischen Gruppen leistet (Piacentini 2020). Zudem wird der bereits schwache Zentralstaat durch Dodiks Sezessionsbestrebungen weiter untergraben, dadurch dass Dodik häufig die Legitimität und Funktionalität der zentralstaatlichen Institutionen infrage stellt und zu politischen Blockaden aufruft. Dies führt dazu, dass die gesamtstaatlichen Institutionen noch mehr geschwächt werden und die effektive Handlungsweise der Zentralregierung eingeschränkt wird. Hadžić (2022a) beschreibt zum Beispiel die Reaktionen Dodiks und der Führung der Republika Srpska auf das Srebrenica-Gesetz von Valentin Inzko sowie die darauffolgende Krise um das unbewegliche Vermögen wie folgt:

„The year 2022 in B&H has been profoundly divided and faced the most frightening political crisis since the signing of the Dayton Peace Accords. It included rhetorics, army appearances, a total blockade of state institutions, and absolute country collapse initiated by B&H Serbs led by Milorad Dodik.”

Neben den in dieser Arbeit vorgestellten Fallbeispielen, in denen Dodiks Rhetorik innerhalb kurzer Zeit mehrere politische Krisen auslöste, warf bereits Dodiks Referendumsrhetorik im Jahr 2016 ein Licht auf die anhaltende politische Lähmung in Bosnien und Herzegowina. Als er ein Referendum über den Tag der Republika Srpska

initiierte, zeigte sich genau diese Schwäche, die Unfähigkeit und den Unwillen sowohl des Staates als auch der internationalen Gemeinschaft, diese Art der Rhetorik zu verhindern (Beglerović 2020).

Wiederum zeigt auch die ständige Beteiligung der SNSD unter Dodik an der zentralstaatlichen Regierung, wie sehr diese trotz secessionistischer Rhetorik und Ablehnung eines bosnisch-herzegowinischen Gesamtstaates, in das politische System des Gesamtstaates integriert ist. Dieses Paradoxon, Teil der Regierung eines Staates zu sein, dessen zentralen Institutionen und Integrität offenkundig abgelehnt werden, trägt zu den ständigen politischen Blockaden und zur Stagnation der Reformen des Gesamtstaates bei. Allerdings festigen sich Dodik und seine SNSD in der Republika Srpska die Machtposition. Ein solches politisches Umfeld verlängert die politische Ineffizienz der zentralen Institutionen und macht den Weg zu einem politisch stabilen und gut funktionierenden Gesamtstaat noch schwieriger als er ohnehin schon ist.

Hiervon sind überwiegend wichtige politische Fortschritte betroffen, wie die Umsetzung von Reformen, die für den Beitritt zur Europäischen Union von besonderer Bedeutung sind. Die Europäische Kommission kommt in ihrem Bericht aus 2024 über die aktuellen Fortschritte von Bosnien und Herzegowina bei der Erfüllung der Beitrittskriterien zum dem Schluss, dass insbesondere die Nichtanerkennung der Urteile des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina und der damit verbundene Verstoß gegen die Verfassungs- und Rechtsordnung durch die Republika Srpska unter Führung von Milorad Dodik und dessen secessionistischen Äußerungen wesentlich dazu beigetragen haben, dass Bosnien und Herzegowina kaum Fortschritte im Beitrittsprozess erzielen konnte. Es lassen sich laut der Europäischen Kommission auch positive Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina verzeichnen, wie die Erstellung eines realistischen Aktionsplans für den Zeitraum 2023 bis 2027 für die Umsetzung der Reformen sowie eine Umstrukturierung der öffentlichen Verwaltung, um Reformen schneller umsetzen zu können. Jedoch werden diese positiven Entwicklungen auf gesamtstaatlicher Ebene durch negative Entwicklungen in der Republika Srpska überlagert (European Commission 2024).

Letztlich sind die langfristigen Auswirkungen von Dodiks Rhetorik auf die politische Landschaft in Bosnien und Herzegowina gravierend und destabilisierend für den Staat als Ganzen, aber der Staat bietet mit seinem komplexen politischen System, einer schwachen Zentralregierung und ethnischen Spaltungen eine optimale Grundlage dafür, dass

Äußerungen wie die von Dodik die politische Instabilität und Fragilität weiter vorantreiben.

7. Politische Absichten und Ambitionen Dodiks mit seiner Sezessionsrhetorik

Dieses Kapitel untersucht die Absichten, die hinter der secessionistischen Rhetorik von Milorad Dodik stehen und beleuchtet seine politischen Ziele im Detail. Außerdem greift es seine strategischen Ansätze auf, damit auch ein Blick auf die Einflüsse auf seine Wählerbasis geworfen werden kann. Im Mittelpunkt der Analyse stehen dabei die Strategien, mit denen Dodik seine Sezessionsbestrebungen und ethnonationale Identität zur Umsetzung seiner politischen Absichten nutzt. In Kombination mit den vorherigen Kapiteln bietet diese Untersuchung ein umfassendes Verständnis der Mechanismen und Auswirkungen von Dodiks Sezessionsrhetorik.

7.1 Politische Ziele und Strategien

7.1.1 Politische Ziele

Milorad Dodik verfolgt mithilfe secessionistischer Rhetorik mehrere politische Ziele, die auf der Vision einer unabhängigen Republika Srpska basieren und diese nicht nur seinen persönlichen Ambitionen, sondern auch der politischen Dynamik in Bosnien und Herzegowina und den ethnischen Spannungen geschuldet sind.

Eines der wichtigsten Ziele, die Dodik mit seiner Sezessionsrhetorik verfolgt, ist die Sicherung der Autonomie der Republika Srpska im Verhältnis zum Zentralstaat, insbesondere die Reduktion des Einflusses zentralstaatlicher Institutionen auf die Entität, um diese eben politisch zu stärken. Dodik betont immer wieder in diesem Zusammenhang, dass es notwendig sei, dass die Republika Srpska eine vollständige Freiheit bei der Entscheidungsfindung von politischen und wirtschaftlichen Fragen hat und nicht auf übergeordnete Institutionen angewiesen ist. Aus diesem Grund stelle er sich gegen jegliche Zentralisierung des Gesamtstaates, die die bereits vorhandene Souveränität der Entität möglicherweise schwächen könnte (Wybranowski 2012). Durch die gezielt institutionelle Abgrenzung gegenüber Bosnien und Herzegowina versucht Dodik, separat parallele staatliche Strukturen zu schaffen, vor allem wenn es um die Justiz oder Eigentumsverhältnisse geht. Derartige Maßnahmen wie die Aussetzung der Entscheidungen des bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgerichts in der Republika

Srpska unterstreichen die Autonomieansprüche und festigen deren Machtbasis, was eben einen Versuch darstellt, die Zentralregierung zu unterminieren (Kampmark 2016).

Außerdem gehört zu seiner politischen Agenda die Auffassung, dass Bosnien und Herzegowina kein funktionaler Staat sei und auf einem politischen System basiere, das ein Zusammenleben der verschiedenen ethnischen Gruppen im Land nicht zulasse. Daher ruft er regelmäßig zu Blockaden der zentralstaatlichen Institutionen auf, um diese in ihrer Funktion entsprechend zu untergraben. Mit seinen diesbezüglichen Äußerungen, die in Kapitel 5 untersucht wurden, beabsichtigt Dodik ein Umfeld zu konstruieren, in dem das politische Umfeld in Bosnien und Herzegowina als dermaßen geteilt und dysfunktional gilt, so dass die Lösung in der Unabhängigkeit der Republika Srpska liegt, um dessen Fortbestand zu sichern (Majstorović 2013).

Wie die Fallstudien gezeigt haben, bedient sich Dodik häufig ethnonationalistischer Elemente in seiner Rhetorik, um seine eigene politische Dominanz, aber auch die der SNSD in der Republika Srpska zu festigen und die Unterstützung der serbischen Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina zu stärken, indem er einen Rahmen nutzt, der die Bedeutung der Umsetzung ethnischer Interessen betont. Die ethnonationalistische Rhetorik ermöglicht es Dodik, politische Konkurrenz zu vermeiden und die Loyalität seiner Wähler zu erhöhen, die sich mit den von ihm vertretenen serbischen Interessen identifizieren (Hasić & Yesilyurt 2020). Dies ist auch ein Grund, weshalb Dodik sich verschiedene politischen Reformen und Agenden widersetzt, da diese seiner Ansicht nach für die serbische Identität in Bosnien und Herzegowina gefährdend seien und gleicht somit die Bestrebungen nach einer Unabhängigkeit der Republika Srpska mit der kulturellen, ethnischen, aber auch religiösen Identität der serbischen Bevölkerung aus (Hadžić 2022a). Mit dieser Instrumentalisierung von ethnonationalistischer Identität zur Verstärkung der Sezessionsbestrebungen offenbart Dodik die Absicht, ein ausgeprägtes serbischen Selbstbild in Bosnien und Herzegowina zu fördern, indem er historische und kulturelle Aspekte hervorhebt. Es wird Narrativ konstruiert, welches auf eine starke und unabhängige Republika Srpska hinweist und so die serbische Identität als ein tragendes Element der Entität manifestiert wird (Kočan & Zupančič 2022).

Dodik macht unter anderem von sezessionistischer Rhetorik Gebrauch, um seine starke politische Position in der Republika Srpska aufrechtzuerhalten, und indem er zentrale Institutionen wie das Verfassungsgericht als illegitim und gegen die serbische Bevölkerung arbeitend bezeichnet. So gelingt es ihm, eine breite Unterstützung innerhalb

der serbischen Bevölkerung zu gewinnen, die ihm die politische Kontrolle über die politische Landschaft und die Institutionen der Republika Srpska ermöglicht (Ruge 2020).

In diesem Zusammenhang ist es außerdem wichtig die geopolitische Dimension zu benennen, denn Dodik balanciert Bosnien und Herzegowina zwischen den politischen Mächten, insbesondere zwischen dem Westen und Russland. Er plädiert immer wieder für die Aufrechterhaltung enger Beziehungen zu Russland und Serbien und versucht damit die Position der Republika Srpska zu stärken, aber provoziert gleichzeitig internationale Spannungen und versucht geopolitische Konflikte zu seinem Vorteil zu nutzen. Die Unterstützung Russlands nutzt Dodik als eine Art Drohung gegen die westlichen Länder und die internationale Staatengemeinschaft, die in Bosnien und Herzegowina interveniert. Durch die secessionistischen Bestrebungen versucht Dodik, sich die Unterstützung Moskaus für seine Politik zu sichern, die Autonomie der Republika Srpska zu stärken und den Einfluss internationaler Akteure zu verringern (Beridan et al. 2018). Zum Beispiel befürwortet Dodik nicht die euro-atlantische Integration von Bosnien und Herzegowina, insbesondere einen potenziellen Beitritt in die NATO nicht, weil es seiner Ansicht nach der Existenz der Republika Srpska gefährden könnte. Gleichzeitig ist er bestrebt, einen Zwiespalt unter den westlichen Partnern von Bosnien und Herzegowina, eben mit dieser russlandfreundlichen Politik zu säen und sie zu ermutigen, ihre Politik gegenüber dem Staat zu überdenken und vielleicht ihre Forderungen an Bosnien und Herzegowina in Bezug auf politische und sicherheitspolitische Reformen abzuschwächen (Kecmanović et al. 2021).

Schlussendlich dient die secessionistische Rhetorik nicht nur als eine deklarative politische Strategie, sondern ist zudem ein entscheidendes Werkzeug zur Umsetzung und Verwirklichung politischer Ziele. Dementsprechend versucht er die Autonomie der Republika Srpska zu stärken, um die eigene politische Dominanz zu erhalten. Dies umfasst die Schwächung gesamtstaatlichen Institutionen von Bosnien und Herzegowina, ein geostrategisches Ausbalancieren mit Russland und die Vorbereitung für eine mögliche Sezession. Durch diese Rhetorik konstruiert Dodik eine Zukunft für Bosnien und Herzegowina ohne der Republika Srpska und mit dem Ziel die Interessen der serbischen Bevölkerungen zu schützen und sich selbst und seiner Partei möglichst viel politische Macht zu sichern.

7.1.2 Taktische und strategische Ansätze

Neben den in Kapiteln 5.1.1 und 5.1.2 analysierten thematischen Schwerpunkten und rhetorischen Strategien, mit denen Dodik seine Sezessionsrhetorik bestärkt, ist es auch im Hinblick auf die Forschungsfrage dieser Arbeit von besonderer Relevanz, die politstrategischen Ansätze zu untersuchen, die er verfolgt, um seine politischen Ziele erreichen zu können. Natürlich gilt die sezessionistische Rhetorik als eine zentrale politische Strategie Dodiks und dient als ein politisches Werkzeug, um seine Ziele zum Ausdruck zu bringen, doch es existieren noch weitere strategische Schlüsselemente, die Dodiks Bestrebungen ausmachen.

Wie bereits oben in den rhetorischen Strategien beschrieben, konstruiert Dodik regelmäßig Bedrohungsszenarien für die serbische Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina, die seiner Ansicht nach entweder von anderen ethnischen Gruppen, der internationalen Gemeinschaft oder den zentralstaatlichen Institutionen ausgehen. Damit versucht er offensichtlich, die serbische Bevölkerung gegen die anderen aufzuhetzen und somit Unterstützung für seine politische Agenda zu erlangen (Beglerović 2020). Dies zeichnet sich aber nicht nur durch eine derartige Rhetorik aus, sondern auch durch verschiedene Kampagnen und Initiativen, mit denen Dodik zum Zusammenhalt der serbischen Bevölkerung gegen die angeblichen Bedrohungen aufruft. Beispielhaft ist dafür die Inszenierung der Kampagne „Die Srpska ruft dich“ („Srpska te zove“) im April 2024, die anlässlich der Einbringung der Srebrenica-Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ins Leben gerufen wurde. Mit dieser Kampagne wurde versucht zu demonstrieren, dass die Republika Srpska einheitlich und geschlossen gegen die Resolution ist, die die Leugnung des Genozids von Srebrenica und die Verherrlichung dieser Kriegsverbrechen aufs Schärfste verurteilt. Bei dieser Veranstaltung in Banja Luka, zu denen laut Medienberichten über zehntausend Menschen aus Bosnien und Herzegowina und Serbien erschienen sind, erklärte Dodik, dass die Resolution die serbische Bevölkerung als „genozidal“ dargestellt werden und diese sich dagegen wehren müsste, um die Republika Srpska zu beschützen (N1 SRB 2024). Zudem war bei dieser Veranstaltung eine Delegation aus Serbien anwesend, mitunter auch Präsidentin der Nationalversammlung und ehemalige Ministerpräsidentin von Serbien, Ana Brnabić, um eine Unterstützung außerhalb der Republika Srpska zu demonstrieren (RTRS 2024c). Eine derartige Strategie verwendet Dodik, um den Zusammenhalt der serbischen Bevölkerung zu sichern, um die Aufrechterhaltung und Beständigkeit der serbischen

Identität zu betonen, die er als durch unterschiedliche Einflüsse bedroht ansieht (Beglerović 2020).

Daran anschließend lässt sich die Strategie benennen, dass Dodik politische Unterstützung bei Akteuren außerhalb der Republika Srpska sucht, wie zum Beispiel aus Russland und Serbien, und positioniert sich dabei auch als ein wichtiger Verbündeter in der Region. Er versucht die Unterstützung Moskaus, aber auch Belgrads dadurch zu gewinnen, indem er sich beispielsweise der NATO-Erweiterung widersetzt und stattdessen die russische Politik auch in Bezug auf die Ukraine unterstützt, um eben den internationalen Akteuren, die in Bosnien und Herzegowina tätig sind, entgegenzuwirken (Fella 2024). Dies demonstriert er auch mit regelmäßigen Treffen mit Russlands Präsident Vladimir Putin und dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić.

Ein weiteres Schlüsselement seiner strategischen Ansätze ist, die wie in Kapitel 4.1.3, die Kontrolle der Institutionen in der Republika Srpska, die er dadurch aufgebaut hat, dass er relevante Ämter mit ausschließlich loyalen Anhängern der SNSD besetzt hat (Banović et al. 2021). Mit dieser Patronage wird es Dodik und seiner SNSD ermöglicht, Kontrolle über wichtige politische und wirtschaftliche Ressourcen zu gewinnen und somit eine langfristige politische Dominanz zu erlangen (Hasić 2020). Dodiks Akteure aus der SNSD handeln nicht nur geschlossen auf der Ebene der Republika Srpska, sondern auch auf gesamtstaatlicher Ebene und tragen zu den ständigen Blockaden in den zentralstaatlichen Institutionen bei. Im Juni 2024 blockierten beispielsweise drei SNSD-Abgeordnete die Verabschiedung eines Beschlusses im Ministerrat („Vijeće Ministara“), der es polnischen, slowenischen und rumänischen Staatsbürgern erlaubt hätte, bei den Europawahlen in den diplomatischen Vertretungen in Bosnien und Herzegowina zu wählen. Dodik erklärte, dies sei eine Art Vergeltung für die Unterstützung der drei Länder für die Srebrenica-Resolution im UN-Sicherheitsrat (Ahmatović 2024).

Des Weiteren vermittelt Dodik immer wieder das Bild, dass der wichtigste politische Kampf, der um die Republika Srpska ist und die Souveränität der Entität erhalten werden muss, und dies nur gelingen kann, wenn Entscheidungen des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina und die des Hohen Repräsentanten, sowie gesamtstaatliche Reformen abgelehnt werden und politische Blockaden in der Zentralregierung vorgenommen werden. Zum Beispiel nutzt Dodik die Blockade der Institutionen auf Gesamtstaatlicher Ebene von Bosnien und Herzegowina als Druckmittel auf interne Akteure, um Reformen aufzugeben, die die Autonomie der Republika Srpska gefährden könnten (Arnautović et al. 2023), aber gleichzeitig versucht er mit eigenen

Reformen auf Ebene der Republika Srpska, wie zum Beispiel mit dem Gesetz zum unbeweglichen Vermögen, die Entität zu stärken und der möglichen Sezession einen Schritt näher zu kommen (Fella 2024). Diese Strategie der Souveränität zeichnet sich auch dadurch aus, dass Dodik des Öfteren behauptet, die Republika Srpska sei ein „de-facto Staat“, in gewissen Maßen bereits unabhängig und alle Bedingungen für die Staatsbildung erfülle (Savanović et al. 2023). Und nach Dodiks Auffassung, dass die Republika Srpska ein „de-facto Staat“ sei, baut er generell seine strategischen Ansätze auf, um eben seine politische Position sowie diese der Republika Srpska im politischen Geflecht von Bosnien und Herzegowina zu konsolidieren.

7.2 Einfluss auf die Wählerbasis und politische Unterstützung

7.2.1 Mobilisierung der Wählerbasis

Milorad Dodik macht darüber hinaus von mehreren strategischen Ansätzen Gebrauch, um damit seine Wählerschaft zu mobilisieren, die sich zwar primär in der Republika Srpska befindet, aber auch in Bosnien und Herzegowina insgesamt. Abgesehen von den politischen Elementen lassen sich auch wirtschaftliche und kulturelle Aspekte feststellen, die auf einer identitätsstiftenden und nationalen Grundlage beruhen.

Wie zuvor ausgeführt, nutzt Dodik den nationalistischen Diskurs, um seine Position innerhalb der serbischen Bevölkerung zu stärken und betont kontinuierlich die Bedrohungen und Gefahren, die dieser gegenüberstehen (Hronešová 2021). Mit diesen Ausführungen, seiner Rhetorik und bestimmten Initiativen wie „Srpska te zove“ versucht Dodik daher, bei seiner Wählerschaft ein Gefühl der Bedrohung zu erzeugen, um sich gleichzeitig in die Position des Beschützers serbischer Interessen zu bringen. Damit verbunden sind auch ethnonationalistische Ansätze wie die Leugnung von Kriegsverbrechen aus dem Bosnienkrieg oder die Betonung, dass ein Zusammenleben mit den überwiegend muslimischen Bosniaken in einem Staat wie Bosnien und Herzegowina nicht möglich sei.

Daran anknüpfend spielt auch die serbisch-orthodoxe Kirche eine bedeutende Rolle, denn Dodik nutzt regelmäßig die Beziehungen zur Kirche, um seine politische Basis zu stärken (Banović et al. 2021). Zudem dient die serbisch-orthodoxe Kirche als eine Art Verbündeter Dodiks, wenn es um die Bewahrung der serbischen Identität geht. Diese religiöse Identität trägt eben dazu bei, Wähler zu erreichen, vor allen unter älteren und konservativen Teilen der serbischen Bevölkerung (Arnautović et al. 2023).

Unter anderem verfolgt Dodik eine Wirtschaftspolitik, die den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen, die ihm unterstützen, entgegenkommt, indem er Lohnerhöhungen, Rentenerhöhungen sowie öffentliche Investitionen in die Infrastruktur in der Republika Srpska als ein Instrument zum Machterhalt nutzt. So finanziert Dodik beispielsweise seit vielen Jahren gemeinsam mit der Regierung der Republika Srpska als Gegenleistung für Wählerstimmen mehrere Projekte zum Ausbau der Infrastruktur, insbesondere von Straßen, in verschiedenen Städten wie Gradiška im Norden Bosnien und Herzegowinas (RTRS 2018). Dieses Patronagesystem ermöglicht es ihm, sich die Loyalität verschiedener Interessengruppen zu sichern, da viele Bürger in der Republika Srpska von öffentlichen Geldern, Arbeitsplätzen und Subventionen abhängig sind (Ruge 2020).

7.2.2 Rolle von Medien

Dadurch, dass Dodik auch großen Einfluss auf die Medienlandschaft in der Republika Srpska hat, konnte er diesen geschickt nutzen, um seine dortigen Machtverhältnisse zu sichern und eben dort seine Wählerschaft mobilisieren (Stojarovà 2023). Medien wie der öffentlich-rechtliche Sender RTRS („Radio Televizija Republike Srpske“) oder die Zeitung „Nezavisne Novine“ ermöglichen es Dodik, die für ihn und seine politische Agenda nützlichen Narrative zu vermarkten und so seine Ansichten zu verbreiten. Daher werden in diesen Medien offen die Idee einer Unabhängigkeit der Republika Srpska und die Auslösung von Bosnien und Herzegowina propagiert (Savanović et al. 2020). Gleichzeitig werden seitens dieser Medien Dodiks politische Bestrebungen und Ambitionen bevorzugt und auch im positiven Sinne dargestellt, während Positionen von Oppositionellen entweder marginalisiert, gar komplett ignoriert werden oder schlecht dastehen gelassen werden (Kasapović & Kočan 2023; Hasić & Yesilyurt 2020).

Zum Beispiel nutzte Dodik gemeinsam mit seiner Partei während des Wahlkampfes im Jahre 2022 diese Medien, um positive Nachrichten zu verbreiten, die ihn als einen erfolgreichen Präsidenten der Republika Srpska und seine Politik als den einzigen Weg zum Wohlstand und Souveränität der Entität darstellen. Darüber hinaus werden diese Medien genutzt, um Projekte wie Investitionen in Infrastrukturen oder auch humanitäre Projekte, als Beweis ihres Erfolgs darzustellen, während negative Berichte über Korruption oder schlechte wirtschaftliche Lage unterdrückt werden (Arnautović et al. 2023). Im Gegensatz dazu wurde Jelena Trivić, von der oppositionellen PDP und Dodiks Kontrahentin in diesem Wahlkampf, in den Medien diskreditiert, indem behauptet

wurde, sie werde im Wahlkampf vom britischen Geheimdienst finanziell unterstützt, um die von Dodik geführte Regierung der Republika Srpska zu stürzen (siehe dazu Kapitel 4.3.1).

Auch von der Verbreitung von Falschinformationen oder sogenannten „Fake News“ machen die Medien in der Republika Srpska keinen Halt. Die Verbreitung von Informationen, die nicht durch Fakten gestützt werden, aber eine emotionale Reaktion hervorrufen, ist in letzter Zeit in der politischen Kommunikation innerhalb der Republika Srpska üblich geworden (ibid.). Es wird beispielsweise behauptet, dass die Opposition in der Republika Srpska gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft die Entität zerstören wolle, doch diese werden ohne jegliche Beweise verbreitet. Ein anschauliches Beispiel für die Verbreitung von Falschinformationen durch die Medien in der Republika Srpska ist, dass diese im März 2022 von einer Entführung Dodiks durch die NATO aufgrund des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine berichteten, obwohl diese Meldung in keiner Weise der Wahrheit entsprach und offensichtlich nur dazu diente, Panik zu schüren und die ohnehin schon hohe Ablehnung internationaler Akteure wie der NATO innerhalb der serbischen Bevölkerung weiter zu erhöhen (N1 2022).

Trotz monatelanger Warnungen von Journalisten, Aktivisten und der internationalen Gemeinschaft, dass dies ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und ein Schritt zur Einführung von Zensur in der Entität sei, hat Dodik im August 2023 ein Gesetz auf den Weg gebracht, das Verleumdung („Kleveta“) in der Republika Srpska unter Strafe stellt. Das Gesetz beinhaltet auch eine Klausel, dass die Verleumdung in Medien inklusive sozialer Medien mit besonders hohen Geldstrafen geahndet werden, aber definiert nicht genau, was unter Verleumdung verstanden wird (Radio Slobodna Evropa 2023d). Wie die Europäische Kommission in ihrem Bericht über die Fortschritte von Bosnien und Herzegowina auf dem Weg zum Beitritt in die Europäische Union feststellt, schränkt ein solches Gesetz die demokratischen Werte ein und stellt einen Rückschritt dar. Insbesondere schränkt ein derartiges Gesetz die Meinungsfreiheit in den Medien ein und hat eine abschreckende Wirkung auf die Medienfreiheit (European Commission 2024). Hauptgrund für die Einführung eines solchen Gesetzes war, dass Medien und Kritiker, die eine kritische Haltung gegenüber Dodik einnehmen, diese nicht mehr öffentlich äußern können (VoA 2023). Offensichtlich möchte Dodik mit diesem Gesetz erreichen, dass die von ihm unterstützten Medien weiter in den Vordergrund treten, da sie über die ausschließlich positive Berichterstattung über ihn und seine Regierung von dem

Gesetz nicht eingeschränkt werden, während kritischen Medien damit quasi das Wort verbietet wird.

Insgesamt spielen die von Dodik kontrollierten Medien in der Republika Srpska eine zentrale Rolle für sein politisches Überleben und die Stärkung seiner Wählerbasis. Durch eine strategische Berichterstattung, die seine Ansichten und Bestrebungen begünstigt, wird die Opposition in schlechtes Licht gerückt und das Narrativ einer nationalen Verwundbarkeit geschaffen. Generell verschafft die Kontrolle über die Medien durch Dodik und seiner SNSD auch die Möglichkeit, politische Narrative zu manipulieren und Dodik als einen Beschützer der Republika Srpska und ihrer Existenz zu positionieren und dient offensichtlich als ein weiteres Werkzeug, um seine secessionistischen Bestrebungen zu betonen.

8. Schlussfolgerung

8.1 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse aus der Untersuchung

Die vorliegende Masterarbeit hat sich das Ziel gesetzt, die secessionistische Rhetorik von Milorad Dodik mit Blick auf seine Absichten unter Berücksichtigung der Konstruktion und Dekonstruktion politischer Stabilität des Gesamtstaates von Bosnien und Herzegowina zu untersuchen. Dabei standen die Autorität der Zentralregierung, an dieser er selbst mit seiner Partei, der SNSD, beteiligt ist sowie die Auswirkungen auf die innenpolitische Kohäsion und das effektive Funktionieren dieser zentralstaatlichen Institution im Fokus. Dieses Ziel wurde anhand einer detaillierten Analyse seiner öffentlichen Aussagen im Rahmen bestimmter Ereignisse, die politische Krisen in Bosnien und Herzegowina ausgelöst haben, sowie der politischen Positionierungen unter Verwendung des theoretischen Ansatzes des Konstruktivismus sowie dem Konzept der Konkordanzdemokratie erreicht. Anhand der Identifizierung jener sprachlichen und strategischen Mittel von Milorad Dodik, konnte dessen Einfluss auf die politische Landschaft sowohl in der Republika Srpska als auch auf in Bosnien und Herzegowina genauer analysiert werden.

Im Laufe der Analyse auf Grundlage der Fallbeispiele hat sich ergeben, dass Dodik durch die geschickte Nutzung dieser sprachlichen und strategischen Muster, wie ethnonationale oder historische Narrative oder die Konstruktion eigener politischer Realitäten die serbische Identität in der Republika Srpska gestärkt wird und sich gleichzeitig von den zentralstaatlichen Institutionen und Akteuren abgrenzt.

Im ersten Fallbeispiel zu den Reaktionen Dodiks auf das vom Hohen Repräsentanten initiierte Gesetz gegen die Leugnung des Genozids von Srebrenica stellte sich dieses Muster der Stärkung der serbischen Identität am deutlichsten heraus, indem Dodik Narrative entwickelte, in denen die serbische Bevölkerung einer Gefahr durch internationale Akteure ausgesetzt wäre und daher ein Zusammenhalt von Nöten wäre. Mit der Konstruktion dieser identitären Solidarität der serbischen Bevölkerung gegen die internationalen Einflüsse betonte Dodik, dass es unmöglich sei, dass die serbische Bevölkerung in einem Staat wie Bosnien und Herzegowina lebe und es daher keine andere Möglichkeit als die Unabhängigkeit der Republika Srpska gebe, um die serbische Bevölkerung vor solchen Einflüssen zu beschützen. Die darauffolgenden Blockaden der zentralstaatlichen Institutionen und die Missachtung dieses Gesetzes durch Dodik und weiterer Funktionäre der SNSD zeigen zudem auf, dass sie keine Absicht verfolgten, zu einer akkuraten Funktion dieser Institutionen beizutragen. Somit betonten sie auch die Dysfunktionalität des politischen Systems und vermittelten, dass das Hauptaugenmerk nicht auf der politischen Landschaft in Bosnien und Herzegowina liege, sondern nur innerhalb der Republika Srpska.

Die Strategie Dodiks, verstärkt parallele staatliche Strukturen in der Entität zu etablieren und damit die Autorität der Zentralregierung zu unterminieren, wird insbesondere durch das zweite Fallbeispiel um die Diskussion zum unbeweglichen Vermögen verdeutlicht. Denn die Implementierung von Gesetzen zu Eigentumsverhältnissen innerhalb der Republika Srpska, führten nicht nur zur Kreation quasi-staatlicher Strukturen und verstärkten nochmals Dodiks Sezessionsbestrebungen, sondern haben auch die Handlungsunfähigkeit der Zentralregierung bei derartigen Angelegenheiten verdeutlicht. Dodiks Handlungen haben in diesem Zusammenhang aufgezeigt, dass die Republika Srpska eigenständige Entscheidungen, die eigentlich den Gesamtstaat betreffen, treffen kann und somit eigene Rechtsansprüche konstruiert, durch diese die zentralstaatlichen Institutionen als handlungsunfähig und illegitim dargestellt werden. Nichtsdestotrotz ist hierbei wichtig anzumerken, dass Dodiks Handlungen verfassungswidrig waren und auch gegen die Vereinbarungen im Rahmen des Dayton-Abkommens verstoßen.

Auch hinsichtlich der Initiierung des Gesetzes zur Aussetzung der Entscheidungen des Verfassungsgerichts von Bosnien und Herzegowina und zum Verbot der Veröffentlichung der Entscheidungen des Hohen Repräsentanten in der Republika Srpska verdeutlicht dies die Konstruktion eigener Rechtsansprüche sowie die

Erweiterung angeblicher Souveränitätsansprüche, die durch die Herstellung von Feindbildern bekräftigt werden. Schließlich hat Dodik diesbezüglich Behauptungen aufgestellt, dass das bosnisch-herzegowinische Verfassungsgericht gemeinsam mit den internationalen Richtern nur im Sinne der bosniakischen Interessen arbeite und gegen die Republika Srpska und gegen die serbische Bevölkerung. Dadurch werden auch die Machtverhältnisse in Bosnien und Herzegowina neu definiert, da die Entscheidungen des Verfassungsgerichts für den gesamten Staat einschließlich der Entitäten bindend sind und mit diesem Gesetz eine direkte Konfrontation mit den gesamtstaatlichen Institutionen entstanden ist, wodurch sich erneut dessen Schwäche erneut aufgezeigt hat.

Als weiteres Beispiel für die eindeutige Missachtung von gegebenem Staatsstrukturen sowie des Dayton-Abkommens, welches als Grundlage für die Verfassung von Bosnien und Herzegowina dient, ist die vierte Fallstudie aus dieser Arbeit zu benennen. Mit der Vorstellung des Dokuments zur sogenannten „friedlichen Teilung der Republika Srpska und der Föderation von Bosnien und Herzegowina“ und dem bewussten Ausschließen der zentralstaatlichen Institutionen bei dieser Angelegenheit, hat Dodik offensichtlich Bosnien und Herzegowina als einen Gesamtstaat, der aus den zwei Entitäten besteht, delegitimiert und mit seinen secessionistischen Äußerungen wiederholt die Souveränität der Republika Srpska betont.

Insgesamt hat die Untersuchung der vier Fallbeispiele aus dem Zeitraum 2021 bis 2024 ergeben, dass Dodik seine secessionistische Rhetorik mit gewissen Mustern unterstreicht, die primär darauf abzielen, seine Sezessionsbestrebungen zu rechtfertigen. Mit der Konstruktion von unterschiedlichen Feindbildern und vermeintlichen Bedrohungen für die serbische Bevölkerung, einer souveränen serbischen Identität innerhalb der Republika Srpska, sowie der Dekonstruktion von herrschenden Normen und der damit verbundenen Konstruktion eigener Rechtsansprüche, versucht Dodik, eine rechtliche und moralische Grundlage für die Unabhängigkeit der Republika Srpska herzustellen. Gleichzeitig wird mit dieser Rhetorik das Bild eines einheitlichen Gesamtstaates von Bosnien und Herzegowina unterminiert.

Mithilfe dieser Untersuchung konnte eine Antwort auf die zugrundeliegende Forschungsfrage gefunden werden und die Zielsetzung dieser Masterarbeit konnte erreicht werden. Zumal hat die Analyse in diesem Zusammenhang ergeben, dass Dodik mit seiner Sezessionsrhetorik Absichten verfolgt, die Republika Srpska vom Gesamtstaat abzuspalten und daher Einflüsse der Zentralregierung sowie der internationalen Akteure zu reduzieren und damit die Autonomie der Entität voranzutreiben. Dazu gehört

auch das Vorantreiben serbischer Interessen auf ethnonationaler Basis, in dem er die Rolle des Verteidigers dieser Interessen eingeht und als Beschützer der Republika Srpska und dessen souveränen Status wahrgenommen werden soll. Mit den Forderungen nach einer Unabhängigkeit der Republika Srpska oder nach einer Etablierung von Zuständigkeiten auf der Ebene der Entität, die eigentlich in der Verantwortung des Gesamtstaates obliegen, mobilisiert er nationalistisch orientierte Wähler und festigt damit auch seine politische Basis. Hierdurch demonstriert er seine vermeintliche Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Hohen Repräsentanten und den politischen Autoritäten auf gesamtstaatlicher Ebene, die er immer wieder als feindschaftlich gegenüber den serbischen Interessen darstellt.

Dodiks Rhetorik zielt außerdem darauf ab, sich vor dem Hintergrund der innenpolitischen Herausforderungen, vor denen er steht, sich an die serbische Bevölkerung in der Republika Srpska zu wenden. Grund dafür ist, dass die Republika Srpska zwar politisch unter Kontrolle von Dodik und seiner SNSD steht, aber auch vor wirtschaftlichen Problemen und Spannungen steht. Daher nutzt Dodik auch seine sezessionistische Rhetorik gezielt, um die Aufmerksamkeit von den wirklichen Herausforderungen, wie zum Beispiel Konflikte mit der Opposition, abzulenken und seine politische Position entsprechend zu stärken.

Zusätzlich spiegeln Dodiks ständige Forderungen nach einer Unabhängigkeit der Entität die enge Zusammenarbeit und politische Bindung an Belgrad und Moskau wider. In diesem Sinne baut Dodik politische Beziehungen zum Trotz des Westens auf und zielt darauf ab, politische Unterstützung aus Russland und Serbien zu erhalten, die von der Stabilisierung der Republika Srpska als Verbündeter in der Region profitieren können.

In Bezug auf die zwei untergeordneten Forschungsfragen dieser Arbeit, die auf Autorität der Zentralregierung und dessen effektive Funktionsweise, sowie die innenpolitische Kohäsion eingeht, lässt sich zusammenfassen, dass sich durch Dodiks sezessionistische Aussagen die ethnischen Spannungen um einiges verschärft haben und ethnische Polarisierungen von allen drei konstitutionellen Volksgruppen die politische Landschaft dominieren. Dodiks Aussagen provozieren oft negative Reaktionen von politischen Vertretern, insbesondere der Bosniakischen, was eben zu einer zusätzlichen Polarisierung auf der politischen Ebene führt. Infolgedessen vertiefte sich über die Jahre hinweg das Misstrauen zwischen den ethnischen Gruppen, was sich auch auf die effektive Funktionsweise der Zentralregierung auswirkt. Dieser Diskurs erschwert es, einen Konsens auf gesamtstaatlicher Ebene zu erreichen, da sich die politischen Akteure unter

solchen Bedingungen in ständige politische Konflikte verwickeln. Zudem ist die Zentralregierung auf Grundlage des Dayton-Abkommen stark nach dem ethnischen Prinzip und auf Kompromissen ausgerichtet, wodurch meistens Entscheidungsfindungen auf gesamtstaatlicher Ebene blockiert werden, weil die dortigen Vertreter über Vetorechte verfügen. Insbesondere die Blockaden durch die SNSD zeigen auf, dass diese kein verlässlicher Partner für die Umsetzung von Vorhaben auf politischer Ebene sind und dass das Misstrauen weiter gestärkt wird. Politische Blockaden wie die der SNSD haben enorme Auswirkungen auf die Umsetzung von Reformen, wie zum Beispiel die Erfüllung der Kriterien für den Beitritt von Bosnien und Herzegowina in die Europäischen Union. Eine solche Grundlage birgt die Gefahr eines Zerfalls des politischen Systems von Bosnien und Herzegowina, was eine weitere politische Fragmentierung bedeuten würde und Milorad Dodik und seinen politischen Ambitionen nur in die Hände spielen könnte.

Was die anfangs aufgestellte Hypothese betrifft, dass Dodik die Autorität der Zentralregierung untergräbt, um die politische Souveränität und Kompetenzen der Republika Srpska auf dessen Kosten zu erhöhen, so lässt sich die Implikation aus der Analyse feststellen, dass Dodiks sezessionistische Äußerungen und Bestrebungen tatsächlich Auswirkungen auf die Zentralregierungsautorität haben und diese enorm einschränken. Allerdings gelang es ihm bis jetzt nicht, Kompetenzen und Entscheidungen, die dem Zentralstaat obliegen, auf der Ebene der Republika Srpska vollständig durchzusetzen oder auf diese zu übertragen, da diese vom Hohen Repräsentanten in allen Fällen annulliert wurden. Nichtsdestotrotz haben diese Handlungen aufgezeigt, dass die Zentralregierung von Bosnien und Herzegowina nicht in der Lage ist, solche Angelegenheiten selbstständig zu klären und erweist sich als abhängig von internationalen Akteuren und als handlungsunfähig in diesem Sinne. Während die erste Hypothese nicht vollständig bestätigt werden kann, kann die zweite Hypothese vollständig bestätigt werden. Diese ging davon aus, dass die Sezessionsrhetorik von Dodik tiefe ethnische Spaltungen mit sich bringt, die sich negativ auf die innenpolitische Kohäsion auswirken. Denn die Ausführungen in der Analyse haben gezeigt, dass diese Rhetorik die ethnischen Spannungen zwischen den drei konstitutionellen Völkern weiter verschärft, das Misstrauen ansteigt und damit die ohnehin fragile politische Struktur von Bosnien und Herzegowina weiter destabilisiert wird.

Allerdings sollte in diesem Zusammenhang zudem erwähnt werden, dass sich methodische Einschränkungen im Verlauf der Analyse aufgezeigt haben. Die qualitative

Inhaltsanalyse und die Fallstudien bieten zwar tiefgehende Einblicke in die Rhetorik von Milorad Dodik und dessen Absichten, sind jedoch auf die Verfügbarkeit und Qualität der analysierten Daten angewiesen. Begründen lässt sich dies damit, dass die Aussagen und Äußerungen von Milorad Dodik überwiegend aus Presseberichten entnommen werden mussten und eine vollständige Objektivität nicht garantiert werden kann. Nicht alle Medien in Bosnien und Herzegowina sowie in der Region können eine objektive Berichterstattung gewährleisten. Meistens sind diese von politischen oder ethnischen Interessen beeinflusst. Demzufolge könnten zukünftige Forschungen zu diesen Ansätzen möglicherweise durch quantitative Ansätze ergänzt werden, damit eine breitere Datenbasis geschaffen werden kann, um die Ergebnisse zu erweitern. Wertvoll wäre es außerdem, die gesellschaftliche Wahrnehmung von Dodiks Sezessionsrhetorik auf die gesellschaftliche Wahrnehmung sowohl in der Republika Srpska als auch in Bosnien und Herzegowina insgesamt zu beobachten und zu bewerten.

Im Ganzen lässt sich zusammenfassen, dass die im Rahmen dieser Masterarbeit gewonnenen Erkenntnisse dazu beitragen, ein besseres Verständnis der politischen Dynamiken in Bosnien und Herzegowina zu gewinnen und zeigen auf, wie secessionistische Rhetorik die politische Stabilität und die Autorität der Zentralregierung beeinflusst. Die kritische Auseinandersetzung mit den Forschungsfragen verdeutlicht, dass eine derartige Rhetorik darauf abzielt, die politische Stabilität zu dekonstruieren und die Souveränität der Republika Srpska zu stärken. Auch die Ergebnisse aus der Analyse bestätigen die Hypothese, dass Dodik durch seine Rhetorik die Autorität der Zentralregierung unterminiert und die politische Kohäsion im Gesamtstaat beeinträchtigt.

8.2 Bewertung der langfristigen Auswirkungen von Dodiks secessionistischer Rhetorik auf Bosnien und Herzegowina

Basierend auf den oben dargestellten Analyseergebnissen, dass die Zentralregierungsautorität durch Dodiks secessionistische Rhetorik und Bestrebungen untergraben wird, sollen in einem abschließenden Schritt dessen langfristigen Auswirkungen auf die politische Landschaft Bosnien und Herzegowinas evaluiert werden. Die langfristigen Auswirkungen von Dodiks Rhetorik prägen die politische Landschaft in Bosnien und Herzegowina seit Jahren und werden dies auch weiterhin tun. Im schlimmsten Fall kann es zu einer weiteren ethnischen Polarisierung, einer

Schwächung der institutionellen Funktionalität und einer inneren Destabilisierung kommen.

Die politischen Blockaden, zu denen Dodik regelmäßig aufruft, haben enorme Auswirkungen auf die Funktionsweise der Zentralregierung, da sie ohne die aktive Beteiligung der SNSD nicht beschlussfähig ist. Dass die Zentralregierung durch einfache einseitige Blockaden handlungsunfähig wird, zeigt eben nicht nur den Einfluss Dodiks auf die gesamtstaatlichen Institutionen, sondern auch die Schwäche dieser Institution, welche eben durch das Dayton-Abkommen und die dadurch festgelegten konkordanzdemokratischen Elemente gegeben sind. Einerseits wird versucht, die Interessen von allen drei konstitutionellen Volksgruppen zu berücksichtigen, indem eine vollständige Repräsentation gewährleistet wird, und eine Überrepräsentation einer ethnischen Gruppen durch das Vetorecht verhindert wird, doch andererseits wird dieses Vetorecht von Dodik und seiner SNSD offenbar ausgenutzt, um diese Schwäche der Zentralregierung aufzuzeigen und die Dysfunktionalität des politischen Systems zu betonen, um aber auch gleichzeitig den eigenen politischen Zielen näher zu kommen. Es ist daher wichtig festzuhalten, dass gerade diese konkordanzdemokratischen Strukturen, die eigentlich dem Zusammenhalt der ethnischen Gruppen dienen sollen, in Bosnien und Herzegowina an ihre Grenzen stoßen und die Untersuchung Hinweise auf gegenläufige Tendenzen gibt und die Frage aufwirft, ob dieses Modell der Zusammenarbeit auf gesamtstaatlicher Ebene überhaupt noch wirksam ist.

Darüber hinaus ist es wichtig zu betonen, dass die Analyse der Fallbeispiele auch gezeigt hat, dass es in Bezug auf die secessionistischen Äußerungen und Bestrebungen von Milorad Dodik kaum, wenn überhaupt, Reaktionen der zentralstaatlichen Institutionen gegeben hat. Eigentlich lassen sich nur Handlungen des Hohen Repräsentanten verzeichnen. Dies zeigt auch nochmal auf, dass die Zentralregierung augenscheinlich nicht in der Lage ist, eigenständig und geschlossen gegen solche Herausforderungen vorzugehen, da ihr möglicherweise wieder das Vetorecht im Weg steht. Bosnien und Herzegowina befindet sich somit in einer Spirale der Abhängigkeit von internationaler Unterstützung, um überhaupt noch funktionieren zu können. Dies verdeutlicht nochmals wiederum die schwache Funktionsfähigkeit der gesamtstaatlichen Institutionen. Demgegenüber zeigen aber auch internationale Maßnahmen wie Sanktionen gegen Dodik und seine Akteure aufgrund dieser secessionistischen Rhetorik. Offensichtlich nehmen diese nur ein geringes Maß an, da die secessionistischen

Bestrebungen weiterhin vorgenommen werden und auch das Dayton-Abkommen gefährden.

Angesichts der aktuellen politischen Situation, in der Dodik mit verfassungswidrigen Gesetzen gegen seine gerichtliche Verurteilung vom Februar 2025 vorgeht, lässt sich abermals auch feststellen, dass seine sezessionistische Rhetorik als Instrument des Machterhalts möglicherweise ausgedient haben könnte und er daher zu Mitteln wie dem Erlass verfassungswidriger Gesetze greift, um seine oben beschriebenen Bestrebungen weiter verfolgen zu können und sich weiterhin als Opfer von Ungerechtigkeiten durch Institutionen wie das bosnisch-herzegowinische Verfassungsgericht oder die internationale Staatengemeinschaft darstellen zu können.

Die Analyse hat zudem gezeigt, dass die Sezessionsbestrebungen Dodiks eine destabilisierende Wirkung auf die politische Landschaft Bosnien und Herzegowinas haben, dass aber die gegenwärtigen politischen Strukturen diese Entwicklung nur begünstigen. Dies legt die Vermutung nahe, dass eine Reform des politischen Systems von Bosnien und Herzegowina höchstwahrscheinlich notwendig ist, um die Fragmentierung zu verringern, aber auch um die Zentralisierung des Staates voranzutreiben, um der Dysfunktionalität entgegenzuwirken und zu verhindern, dass diese Strukturen zur Stärkung der eigenen politischen Agenda ausgenutzt werden. Damit könnte Bosnien und Herzegowina insgesamt eine deutlich stabilere politische Zukunft haben, auch im Hinblick auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union und die Umsetzung relevanter Reformen.

Aus diesen Gründen ist es umso wichtiger, die aktuelle politische Situation in Bosnien und Herzegowina weiterhin im Auge zu behalten, insbesondere im Hinblick auf eine weitere gerichtliche Verurteilung oder gar Inhaftierung von Dodik und anderen Funktionären der Republika Srpska. Diese bedienen sich verfassungsfeindlicher Mittel und greifen damit direkt die staatliche Souveränität von Bosnien und Herzegowina an, um ihre eigenen Interessen und Bestrebungen durchzusetzen. Damit wird in jedem Fall eine rote Linie überschritten, insbesondere auch in Hinblick auf die Friedenssicherung gemäß dem Dayton-Abkommen.

9. Literaturverzeichnis

- Ahmatović, Šejla (2024): Bosnia and Herzegovina bars some EU citizens from voting in EU election. Politico. Abgerufen unter: <https://www.politico.eu/article/bosnia-herzegovina-stops-slovenians-romanians-polish-citizens-voting-eu-elections/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Al Jazeera Balkans (2021): Dodik: Genocid se nije desio, RS die ka disoluciji BiH. Abgerufen unter: <https://balkans.aljazeera.net/news/balkan/2021/7/23/dodik-genocid-se-nije-desio-rs-ide-na-disoluciju-bih> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Al Jazeera Balkans (2022): Zbog čega je Dodiku važan Zakon o nepokretnoj imovini? Abgerufen unter: <https://balkans.aljazeera.net teme/2022/12/29/zbog-cega-je-dodiku-vazan-zakon-o-nepokretnoj-imovini-rs-a> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Altmann, Franz-Lothar (2018): Kriegsfolgen und Politik als Bremsen wirtschaftlicher Entwicklung in Bosnien-Herzegowina. In: Flessenkemper, Tobias & N. Moll (Hrsg.): Das politische System Bosnien und Herzegowinas - Herausforderungen zwischen Dayton-Friedensabkommen und EU-Annäherung. Wiesbaden, Springer VS, S. 225-242.
- Armingeon, Klaus (1996): Konkordanzzwänge und Nebenregierungen als Handlungshindernisse? In: Swiss Political Science Review, 2(4), S. 1-31.
- Arnautović, Marija/Bubonjić, Mladen/Buljubašić, Belma/Čaušević, Jasmina/Delić Aščić, Amela/Džihana, Amer/Gaćanica, Lejla/Huskić, Adnan/Ljevak, Adnan/Sejdinović, Nedim/Zulić Šiljak, Selma (2023): Harmful narratives during elections: Smear campaigns, gender stereotypes and hate narratives - 2022 General Elections in Bosnia and Herzegovina. Sarajevo, Mediacentar.
- Azeredo Lopes, José Alberto/Santos Botelho, Catarina (2024): Bulding Bridges - A Janus-faced Secession. In: Antoni Abant i Ninet (Hrsg.): Constitutional Law and Politics of Secession. New York, Routledge, S. 257-291.
- Balić, Lejla/Izmirlija, Midhat (2013): Consociation in Bosnia and Herzegovina: Practical Implementation of the Theoretical Principle. In: South-East European Journal of Political Science, 1(3), S.121-134.
- Banović, Damir/Gavrić, Saša/Barreiro Mariño, Mariña (2021): The Political System of Bosnia and Herzegovina - Institutions, Actors, Processes. Cham, Springer Nature Switzerland AG.
- Bassuener, Kurt W./Mujanović, Armina (2017): The 2016 Referendum in Bosnia and Herzegovina. In: East European Quarterly, 45(1-2), S.99-111.
- BBC na srpskom (2021): Bosna i Hercegovina, politika i ratni zločini: Može li zakon da spreči negiranje genocida na „krvlju natopljenom tlu.“ Abgerufen unter: <https://www.bbc.com/serbian/lat/balkan-57981468> [letzter Aufruf: 10.12.2024].

- Becker, Jens/Kulić, Ina (2022): Zwischen Ethnonationalismus und Vergangenheitspolitik - Bosnien und Herzegowina 30 Jahre nach dem Bosnienkrieg. In: GWP - Gesellschaft Wirtschaft Politik, 71(4), S. 434-443. <https://doi.org/10.3224/gwp.v71i4.06>.
- Beglerović, Nada (2020): Milorad Dodik's Use of Contentious Rhetoric in (De)constructing Bosnia and Herzegovina's Identity: A Discourse-Historical Analysis. In: Środkowoeuropejskie Studia Polityczne, 3(20). <https://doi.org/10.14746/ssp.2020.3.6>. S.114-132.
- Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie (2010): Qualitative Auswertungsverfahren. In: Behnke, Joachim, Baur, Nina & Behnke, Nathalie (Hrsg.), Empirische Methoden der Politikwissenschaft. Paderborn, Verlag Ferdinand Schöningh, S. 335-373.
- Benková, Livia (2016): The Dayton Agreement Then and Now. AIES - Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik. Abgerufen unter: <https://www.aies.at/download/2016/AIES-Fokus-2016-07.pdf> [letzter Zugriff: 10.12.2024].
- Beridan, Izet/Smajić, Mirza/Turčalo, Sead (2018): (Geo) political and security challenges to democratic consolidation of transition countries: case study of Bosnia and Herzegovina. In: Forum za sigurnosne studije, 2(2), S.143-163.
- Bieber, Florian (2002): Bosnia-Herzegovina: Developments towards a More Integrated State? In: Journal of Muslim Minority Affairs, 22(1). <https://doi.org/10.1080/13602000220124917>. S.205-218.
- Björkdahl, Annika (2018): Republika Srpska: Imaginary, performance and spatialization. In: Political Geography, 66. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2018.07.005>. S.34-43.
- Blatter, Joachim/Langer, Phil C./Wagemann, Claudius (2018): Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft. Wiesbaden, Springer VS.
- Borić, Faruk (2024): Bosnia-Herzegovina external relations briefing: New American sanctions for Dodik: Conflict without gloves. In: China CEE Institute Weekly Briefing, 74(4).
- Borogovac, Muhamed (2000): Rat u Bosni i Hercegovini - politički aspekti. Zadar, Narodni List d.d.
- Božić, Goran (2012): Konkordanzdemokratie in Bosnien und Herzegowina: Warum funktioniert die Konkordanzdemokratie in Bosnien und Herzegowina nicht? Diplomarbeit. Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft.
- Burg, Steven/Shoup, Paul (1999): The war in Bosnia-Herzegovina: Ethnic conflict and international intervention. New York, Taylor & Francis Group.
- Čalić, Marie-Janine (2002): Krieg und Frieden in Bosnien und Hercegovina. Erweiterte Neuauflage. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

- Closa, Carlos (2016): Secession from a Member State and EU Membership: The View from the Union. In: *European Constitutional Law Review*, 12(2). <https://doi.org/10.1017/S1574019616000146>. S. 240-264.
- Cooley, Laurence (2020): Consociationalism and the politics of the consensus in Bosnia and Herzegovina and Northern Ireland. In: *Political Geography*, 82 (102248), <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2020.102248>.
- Dedić, Hoda (2021): Dejtonski mirovni sporazum i političke reforme u tranziciji bosanskohercegovačkog društva. In: *PREGLED: Periodical for Social Issues*, 1. <https://doi.org/10.48052/19865244.2021.1.185>. S. 185-201.
- Deutscher Bundestag (2022): Rede von Staatsministerin Anna Lührmann im Bundestag zur „Vereinbarte Debatte zum 30. Jahrestag des Kriegsbeginns in Bosnien-Herzegowina“. Abgerufen unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/luehrmann-bt/2522192> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Dnevni Avaz (2022a): Dodik: Za sankcije su krivi britanski obavještajci u vidu PDP-a. Abgerufen unter: <https://avaz.ba/vijesti/bih/733632/dodik-za-sankcije-su-krivi-britanski-obavjestajci-u-vidu-pdp-a> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Dnevni Avaz (2022b): Dodik: Za RS ne postoji zakon o zabrani negiranja genocida. Abgerufen unter: <https://avaz.ba/vijesti/bih/716968/dodik-za-rs-ne-postoji-zakon-o-zabrani-negiranja-genocida> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Dodik, Milorad (2022): Eintrag auf X, 27.12.2022. https://x.com/MiloradDodik/status/1607701127776325635?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1607701127776325635%7Ctwgr%5Eb9cfa3cd2a37731745b05299cd4e7a41d709d03b%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2F [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Dodik, Milorad (2024): Eintrag auf X, 13.06.2024. <https://x.com/MiloradDodik/status/1801294486460338509?t=FhNKKqm7FweuolXAqbX2PA&s=19> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Džihic, Vedran (2006): Zwischen Dayton und Brüssel - Bosnien-Herzegowina zehn Jahre nach Kriegsende - Ein Land auf der Suche nach sich selbst. In: *S+F Sicherheit und Frieden*, 26(2), S.55-62.
- Džihic, Vedran (2008): Bosniens Reaktionen auf die Unabhängigkeit Kosovos: Zuspitzung der Staatskrise. In: *Comparative Southeast European Studies*, 56(3). <https://doi.org/10.1515/soeu-2008-560313>. S.424-428.
- Džihic, Vedran (2009): *Ethnopolitik in Bosnien-Herzegowina: Staat und Gesellschaft in der Krise*. Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft.
- Džihic, Vedran (2012): Failing Promises of Democracy: Structural Preconditions, Political Crisis and Socioeconomic Instability in Bosnia and Herzegovina. In: *Southeastern Europe*, 36, S.328-348.

- Džihić, Vedran/Eder, Thomas (2022): China auf dem Westbalkan - Ein neuer geopolitischer Akteur und sein Einfluss auf die Demokratisierungsprozesse. In: oip Working Paper, 112.
- European Centre for Press & Media Freedom (ECPMF) (2023): Bosnia and Herzegovina: Republika Srpska president Dodik verbally attacks journalist. Abgerufen unter: <https://www.ecpmf.eu/bosnia-and-herzegovina-republika-srpska-president-dodik-verbally-attacks-journalist/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- European Commission (2023): Bosnia and Herzegovina 2023 Report. Abgerufen unter: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/6c4aedce-7eee-11ee-99ba-01aa75ed71a1/language-en> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- European Commission (2024): Bosnia and Herzegovina 2024 Report. Abgerufen unter: https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/document/download/451db011-6779-40ea-b34b-a0eeda451746_en?filename=Bosnia%20and%20Herzegovina%20Report%2024.pdf [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- European Parliament (2024): At a glance - Bosnia and Herzegovina. Abgerufen unter: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2024/760409/EPRS_AT_A\(2024\)760409_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2024/760409/EPRS_AT_A(2024)760409_EN.pdf) [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Feldman, Ofer (2022): Politische Rhetorik. In: Zmerli, Sonja (Hrsg.): Politische Psychologie, 2. Auflage. Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, S.251-272.
- Fella, Stefano (2024): Bosnia and Herzegovina: Secessionism in the Republika Srpska. House of Commons Library. Abgerufen unter: <https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/CBP-10013/CBP-10013.pdf> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Fossen, Thomas (2019): Constructivism and the Logic of Political Representation. In: American Political Science Review, 113(3). <https://doi.org/10.1017/S0003055419000273>. S.824-837.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2023): Bosnischer Serbenführer droht Christian Schmidt mit Verhaftung. Abgerufen unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/bosnischer-serbenfuehrer-dodik-droht-christian-schmidt-mit-verhaftung-19156819.html> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Friedrich, Christin/Költzow, Sarah/Tilly, Jan (2011): Der Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen. In: Müller, Markus M. (Hrsg.): Casebook Internationale Politik. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.33-40.
- FTV (Federalna Televizija) (2023): Dodik: Ne može se svaki putnik namjernik miješati u unutrašnja pitanja BiH i RS-a. Abgerufen unter: <https://federalna.ba/dodik-ne-moze-se-svaki-putnik-namjernik-mijesati-u-unutrasnja-pitanja-bih-i-rs-a-3ojdq> [letzter Aufruf: 10.12.2024].

- Gavrić, Saša/Banović, Damir/Krause, Christina (2009): Uvod u politički sistem Bosne i Hercegovine - Izabrani aspekti. Konrad Adenauer Stiftung in Bosnien und Herzegowina. Abgerufen unter: <https://soc.ba/site/wp-content/uploads/2009/07/ZADNJA-VERZIJA-ZBORNIK-bez-korica.pdf> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Ge, Xintong (2023): Comparisons Between Social Functionalism and Constructivism International Relations: Example of the French Revolution. In: Journal of Education, Humanities and Social Sciences, 8. <https://doi.org/10.54097/ehss.v8i.4481> S.1333-1337.
- Gerring, John (2017): Case Study Research - Principles and Practices. Cambridge, Cambridge University Press.
- Gromes, Thorsten (2012a): Die Konkordanzdemokratie als Instrument der Friedenskonsolidierung. In: Köppl, Stefan & Kranenpohl, Uwe (Hrsg.): Konkordanzdemokratie. Ein Demokratietyt der Vergangenheit? Baden-Baden, Nomos Verlag, S.355-369.
- Gromes, Thorsten (2012b): Bosnien und Herzegowina. In: Gromes, Thorsten (Hrsg.): Ohne Staat und Nation ist keine Demokratie zu machen. Baden-Baden, Nomos Verlag, S. 62-96.
- Gromes, Thorsten (2018): Die Beschaffenheit des politischen Systems von Bosnien und Herzegowina. In: Flessenkemper, Tobias & Moll, Nicolas (Hrsg.): Das politische System Bosnien und Herzegowinas. Herausforderungen zwischen Dayton-Friedensabkommen und EU-Annäherung. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59-76.
- Hadžić, Faruk (2022a): Contradicting Historical Revisionist Memory Politics, Ethnonational Collectivism, and Anti-Transformation of Conflicts in Former-Yugoslavia. In: Eurasian Research Journal, 4(3). <https://doi.org/https://doi.org/10.53277/2519-2442-2022.3-03>. S.39-63.
- Hadžić, Faruk (2022b): Bosnia and Herzegovina's National Integrity and its European Religious, Ideological and Political Clash. In: Journal of International Eastern European Studies, 4(1).
- Haellmigk, Philip (2021): Die völkerrechtliche Zulässigkeit von Sezessionen: Quadratur des juristischen Kreises? In: Bergbauer, Harald & Mann, Gerald (Hrsg.): Neugestaltung der Staatenwelt im 21. Jahrhundert. Wiesbaden, Springer Gabler, S.19-36.
- Hasić, Jasmin (2019): 'Deviating' Party Leadership Strategies in Bosnia and Herzegovina: A Comparison of Milorad Dodik and Dragan Čović. In: Gherghina, Sergiu (Hrsg.): Party Leaders in Eastern Europe - Personality, Behavior and Consequences. Basingtoke, Palgrave Macmillan Cham, S.17-41.
- Hasić, Jasmin/Yesilyurt, Zejna (2020): Milorad Dodik's Public Attitudes and Perceptions Toward the ICTY: Operational Code Analysis. In: Croatian Political Science Review, 57(4). <https://doi.org/10.20901/pm.57.4.04>. S.78-99.

- Haves, Emily (2023): Western Balkans and the Dayton Peace Agreement. UK Parliament – House of Lords Library. Abgerufen unter: <https://lordslibrary.parliament.uk/western-balkans-and-the-dayton-peace-agreement/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Hitchner, Bruce R. (2006): From Dayton to Brussels: The Story Behind the Constitutional and Governmental Reform Process in Bosnia and Herzegovina. In: The Fletcher Forum of World Affairs, 30(1), S.125-135.
- Hronešová, Jessie Barton (2022): Ethnopolulist denial and crime relativisation in Bosnian Republika Srpska. In: East European Politics, 38(1). <https://doi.org/10.1080/21599165.2021.1871896>. S.21-42.
- Hronešová, Jessie Barton/Hasić, Jasmin (2023): The 2021 Memory Law in Bosnia and Herzegovina - Reconciliation or Polarization? In: Journal of Genocide Research, 4. <https://doi.org/10.1080/14623528.2023.2205687>. S.399-417.
- Huszka, Beata (2014): Framing National Identity in Independence Campaigns: Secessionist Rhetoric and Ethnic Conflict. In: Nationalism and Ethnic Politics, 20. <https://doi.org/10.1080/13537113.2014.909153>. S.153-173.
- index.hr (2021): Dodik blokira rad državnih tijela BiH. Schmidt: Sve opcije su na stolu. Abgerufen unter: <https://www.index.hr/vijesti/clanak/dodik-blokira-rad-drzavnih-tijela-bih-schmidt-sve-opcije-su-na-stolu/2314244.aspx> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Jetschke, Anja (2017): Kostruktivismus. In: Jetschke, Anja (Hrsg.): Internationale Beziehungen - Eine Einführung. Tübingen, Narr Francke Attempto Verlag GmbH + Co. KG, S.225-255.
- Jurić, Tado (2013): Westbalkan-Erweiterung der EU - Europäisierungsprozess in Bosnien und Herzegowina, Serbien und Kroatien - ein Vergleich. Hamburg, Verlag Dr. Kovač.
- Kampmark, Binoy (2016): The Bosnian Problem: Milorad Dodik and Republika Srpska. International Policy Digest. Abgerufen unter: <https://intpolicydigest.org/the-bosnian-problem-milorad-dodik-and-republika-srpska/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Kartsonaki, Argyro (2016): Twenty Years After Dayton: Bosnia-Herzegovina (Still) Stable and Explosive. In: Civil Wars, 18(4). <https://doi.org/10.1080/13698249.2017.1297052>. S.488-516.
- Kasapović, Mak/Kočan, Faris (2023): A Blitzkrieg Against the Republika Srpska: Securitizing Constitutional Reform in Bosnia and Herzegovina. In: Ethnopolitics, 22(5). <https://doi.org/10.1080/17449057.2022.2072560>. S.568-588.
- Kecmanović, Nenad/Budimir, Željko/Vranješ, Aleksandar (2021): Uspon jedne ideje - Sloboda i samostalnost Republike Srpske i uloga Milorada Dodika. Beograd, Službeni glasnik.

- Keedus, Liisi (2020): Political theory between philosophy and rhetoric. Politics as transcendence and contingency. In: Contemporary Political Theory, 19(3). <https://doi.org/10.1057/s41296-019-00314-2>. S.217-220.
- Keil, Sören (2012): Konkordanzdemokratie im Westlichen Balkan – Alter Wein in neuen Schläuchen? In: Köppl, Stefan & Kranenpohl, Uwe (Hrsg.): Konkordanzdemokratie. Baden-Baden, Nomos Verlag, S.371-394.
- Keil, Sören (2018): Föderalismus in Bosnien und Herzegowina. In: Flessenkemper, Thorsten & Moll, Nicolas (Hrsg.): Das politische System Bosnien und Herzegowinas - Herausforderungen zwischen Dayton-Friedensabkommen und EU-Annäherung. Wiesbaden, Springer Fachmedien, S.77-90.
- Ker-Lindsay, James (2016): The Hollow Threat of Secession in Bosnia and Herzegovina: Legal and Political Impediments to a Unilateral Declaration of Independence by Republika Srpska. LSEE - The London School of Economics and Political Science. Abgerufen unter: <https://www.lse.ac.uk/LSEE-Research-on-South-Eastern-Europe/Assets/Documents/Publications/Paper-Series-on-SEE/KerLindsay-Hollow-Threat-of-Secession-in-BiH.pdf> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Klein, Josef (2019): Politik und Rhetorik. Wiesbaden, Springer VS Fachmedien.
- klix.ba (2024): Dodik: Dokument o "mirnom razdruživanju" je danas završen, insistirat cemo da se FBiH izjasni. Abgerufen unter: <https://www.klix.ba/vijesti/bih/dodik-dokument-o-mirnom-razdruživanju-je-danas-završen-insistirat-cemo-da-se-fbih-izjasni/240628162> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Kočan, Faris (2023): How Can “Overall Progress and Development” Fail in Post-Conflict Societies? Securitization of the 2005–07 Stabilization and Association Agreement Negotiations in Republika Srpska. In: Nationalities Papers, 51(2). <https://doi.org/10.1017/nps.2022.29>. S.353-396.
- Kočan, Faris/Zupančič, Rok (2022): “Ethnicizing” the EU's Involvement in Post-conflict Societies: The Case of Ontological Insecurity in Republika Srpska. In: Uluslararası İlişkiler/International Relations, 19(73). <https://doi.org/10.33458/uidergisi.1094578>. S.113-127.
- Koslowski, Gerd (1995): Die NATO und der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Vierow bei Greifswald, SH-Verlag.
- Kovačević, Slaven (2021): Konsocijacijska demokracija Arenda Lijpharta vs. liberalna demokracija / Consociational democracy of Arend Lijphart vs. Liberal Democracy: Primjer Bosne i Hercegovine / Bosnia and Herzegovina as Case Study. In: PREGLED: Periodical for Social Issues, 62(1). <https://doi.org/10.48052/19865244.2021.1.113>. S.113-136.
- Kranenpohl, Uwe (2012): Konkordanzdemokratie, Konsensusdemokratie, Verhandlungsdemokratie: Versuch einer terminologischen und typologischen Strukturierung. In: Köppl, Stefan & Kranenpohl, Uwe (Hrsg.): Konkordanzdemokratie. Baden-Baden, Nomos Verlag, S.13-32.

- Krech, Hans (1997): Der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina. Berlin, Verlag Dr. Köster.
- Krippendorff, Klaus (2004): Content Analysis: An Introduction to Its Methodology. 2nd Ed., Thousand Oaks, SAGE Publications.
- Kulić, Tarik (2013): Konkordanzdemokratie: Belgien und Bosnien und Herzegowina im Vergleich. Masterthesis, Universität Graz, Institut für Österreichisches, Europäisches und Vergleichendes Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre.
- Larsen, Henrik (2004): Discourse analysis in the study of European foreign policy. In: Tonra, Ben & Christiansen, Thomas (Hrsg.): Rethinking European Union foreign policy. Manchester, Manchester University Press, S.62-80.
- Latal, Srećko/Ćurak, Nerzuk/Vuković, Đorđe/ Marković, Goran/Cenić, Svetlana/ Papić, Žarko/Radovanović, Marko/Mujanović, Jasmin/Dedić, Hoda/Ćerimagić, Adnan (2015): Naslijeđe mira: Bosna i Hercegovina 20 godina poslije dejtonskog mirovnog sporazuma. Friedrich-Ebert-Stiftung. Abgerufen unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/sarajevo/12105.pdf> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Lehmbruch, Gerhard (2012): Die Entwicklung der vergleichenden Politikforschung und die Entdeckung der Konkordanzdemokratie - eine historisch-institutionelle Perspektive. In: Köppl, Stefan & Kranenpohl, Uwe (Hrsg.): Konkordanzdemokratie. Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, S.33-50.
- Lehning, Melina (2019): Methoden der Datenanalyse. In: Enger, Björn (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft. Konstanz, UVK Verlag, S.86-199.
- Lijphart, Arend (1977): Democracy in plural societies : a comparative exploration. New Haven, Yale University Press.
- Lijphart, Arend (2004): Constitutional Design for Divided Societies. In: Journal of Democracy, 15(2). <https://doi.org/10.1353/jod.2004.0029>. S.96-109.
- Majstorović, Danijela (2013): Comments on Gerard Toal's "“Republika Srpska will have a referendum”: the rhetorical politics of Milorad Dodik". In: Nationalities Papers, 41(1). <https://doi.org/10.1080/00905992.2012.754747>. S.209-213.
- Maksić, Adis (2009): Referendum Discourse in Republic of Srpska Politics 2006-2008: An Analysis of its Emergence and Performative Structure. Master Thesis. Virginia Polytechnic Institute and State University.
- Maksimović, Dragan (2023): „Jezgro mreže podrške Dodiku“ na crnoj listi. In: Deutsche Welle, 21.10.2023. Abgerufen unter: <https://www.dw.com/bs/jezgro-mreže-podrške-dodiku-na-crnoj-listi/a-67170756> [letzter Aufruf: 10.12.2024].

- Marković, Goran (2019): Federalizam i konsocijacija u ustavnom sistemu BiH. Fondacija Centar za javno pravo. Abgerufen unter: <https://www.ceeol.com/search/gray-literature-detail?id=800479> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Martinsen, Renate (2014): Auf den Spuren des Konstruktivismus – Varianten konstruktivistischen Forschens und Implikationen für die Politikwissenschaft. In: Martinsen, Renate (Hrsg.): Spurensuche: Konstruktivistische Theorien der Politik. Wiesbaden, Springer Fachmedien, S.3-41.
- Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse - Grundlagen und Techniken. Weinheim, Beltz Verlagsgruppe.
- Mayring, Philipp (2016): Einführung in die qualitative Sozialforschung. 6. Auflage. Weinheim, Beltz Verlag.
- Mayring, Philipp (2022): Qualitative Content Analysis - A Step-by-Step Guide. London, SAGE Publications.
- Mayring, Philipp/Frenzl, Thomas (2019): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Nina & Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, Springer Fachmedien, S. 633-648.
- McCrudden, Christopher/O’Leary, Brendan (2013): Bosnia as a consociation. In: Courts and Consociations: Human Rights versus Power-Sharing. Oxford, Oxford University Press, S.20-33.
- Medić, Jasmin (2023): Bosnien und Herzegowina im Jahr 2023: Ein durch Krieg gespaltenes Land zwischen russischem Einfluss und euro-atlantischer Integration. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 16. <https://doi.org/10.1007/s12399-023-00948-6>. S.147-159.
- Mehmedović, Adem/Šakić, Kadira/Ikanović, Edin/Vučić, Nikola (2022): Srebrenica Genocide Denial Report 2022. Memorial Center Srebrenica. Abgerufen unter: https://srebrenicamemorial.org/assets/photos/editor/mcs_izvjestaj_ENG_2022_FINAL_DI.pdf [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Merdžanović, Adis (2015): Democracy by Decree - Prospects and Limits of Imposed Consociational Democracy in Bosnia and Herzegovina. Stuttgart, ibidem.
- Moll, Nicolas (2018): Fragmented memories in a fragmented country: memory competition and political identity-building in today’s Bosnia and Herzegovina. In: Nationalities Papers, 41(6). <https://doi.org/10.1080/00905992.2013.768220>. S.910-935.
- Muharemović, Mahir (2016): The Dayton democracy model and its impact on the Bosnian State. In: International Journal of Human Rights and Constitutional Studies, 4(1), S.45-53.
- Muno, Wolfgang (2009): Fallstudien und die vergleichende Methode. In: Pickel, Susanne, Pickel, Gert, Lauth, Hans-Joachim & Jahn, Detlef (Hrsg.): Methoden der

vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.113-131.

- N1 BiH. (2022): Dizanje tenzija: Mediji u RS pišu o otmici Milorada Dodika od strane NATO-a. Abgerufen unter: <https://n1info.ba/vijesti/dizanje-tenzija-mediji-u-rs-pisu-o-otmici-milorada-dodika-od-strane-nato-a/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- N1 BiH. (2023): Dodik prijeti “ujedinjenjem RS i Srbije”: Mi smo jedan narod, bićemo i država. Abgerufen unter: <https://n1info.ba/vijesti/dodik-u-d-gradini-o-ujedinjenu-rs-i-srbije-mi-smo-jedna-narod-bicemo-i-drzava/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- N1 BiH. (2024a): Donosimo Dodikov prijedlog o “mirnom razdruživanju”: Drugi naziv dokumenta, poruka ista. Abgerufen unter: <https://n1info.ba/vijesti/donosimo-dodikov-prijedlog-o-mirnom-razdruzivanju-drugi-naziv-dokumenta-poruka-ista/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- N1 BiH. (2024b): Dodik: Završen dokument o “mirnom razdruživanju” biće ponuđen Federaciji BiH. Abgerufen unter: <https://n1info.ba/vijesti/dodik-zavrsen-dokument-o-mirnom-razdruzivanju-bice-ponudjen-federaciji-bih/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- N1 SRB. (2024): Održan miting „Srpska te zove“ zbog rezolucije o Srebrenici: Došli funkcioneri iz Srbije. Abgerufen unter: <https://n1info.rs/vesti/u-banjaluci-miting-srpska-te-zove-povod-rezolucija-o-srebrenici/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Narodna Skupština Republike Srpske (NSRS) (2024): O Potrebi Pokretanja Procedure Regulisanja Odnosa Republike Srpske i Federacije Bosne i Hercegovine u Skladu sa Detonskim Sporazumom i Međunarodnim Aktima. Abgerufen unter: <https://n1info.ba/wp-content/uploads/2024/07/02/1719922441-Informacija-1-dio.pdf> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Nešković, Radomir (2013): Nedovršena država - Politički sistem Bosne i Hercegovine. Friedrich-Ebert-Stiftung BiH. Abgerufen unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/sarajevo/09797.pdf> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Nezavisne Novine (2023): Dodik: Zakon o neprimjenjivanju odluka Ustavnog suda BiH samo prvi korak. Abgerufen unter: <https://www.nezavisne.com/novosti/bih/Dodik-Zakon-o-neprimjenjivanju-odluka-Ustavnog-suda-BiH-samo-prvi-korak/777970> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Noetzel, Thomas/Brodocz, André (1996): Konstruktivistische Epistemologie und politische Steuerung. In: Zeitschrift für Politik, 43(1), S.49-66.
- O’Brien, James (2010): The Dayton Constitution of Bosnia and Herzegovina. In: Framing the State in Times of Transition. United States Institute of Peace. Abgerufen unter: https://www.usip.org/sites/default/files/Framing%20the%20State/Chapter12_Framing.pdf [letzter Aufruf: 10.12.2024].

- Office of the High Representative (OHR) (2005): Decision Enacting the Law on the Temporary Prohibition of Disposal of State Property of Bosnia and Herzegovina. (343/05). Abgerufen unter: <https://www.ohr.int/decision-enacting-the-law-on-the-temporary-prohibition-of-disposal-of-state-property-of-bosnia-and-herzegovina/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Office of the High Representative (OHR) (2021): Visoki predstavnik Valentin Inzko uveo je danas dopunu Kaznenoga zakona BiH. Abgerufen unter: <https://www.ohr.int/visoki-predstavnik-valentin-inzko-uveo-je-danas-dopunu-kaznenoga-zakona-bih/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Office of the High Representative (OHR) (2022): Decision Enacting the Law on Amendments to the Law on the Temporary Prohibition of Disposal of State Property of Bosnia and Herzegovina. Abgerufen unter: <https://www.ohr.int/decision-enacting-the-law-on-amendments-to-the-law-on-the-temporary-prohibition-of-disposal-of-state-property-of-bosnia-and-herzegovina/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Office of the High Representative (OHR) (2023): Notice on the Application of the High Representative's Order of 12 April 2022 to the RS Law on Immovable Property Used for Functioning of Public Authority. Abgerufen unter: <https://www.ohr.int/notice-on-the-application-of-the-high-representatives-order-of-12-april-2022-to-the-rs-law-on-immovable-property-used-for-functioning-of-public-authority/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Oldenbourg, Andreas (2019): Wer ist das Volk? Eine republikanische Theorie der Sezession. Frankfurt, Campus Verlag.
- Oslobodjenje (2024): Konaković najavio tužbu protiv Dodika: Svi koji podržavaju njegovu ideju. Abgerufen unter: <https://www.oslobodjenje.ba/vijesti/bih/konakovic-najavio-tuzbu-protiv-dodika-svi-koji-podrzavaju-njegovu-ideju-997313> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Pabst, Volker (2023): Serbisches Unabhängigkeitsreferendum noch in diesem Jahr? Der Machtkampf in Bosnien-Herzegowina spitzt sich zu. Neue Zürcher Zeitung. Abgerufen unter: <https://www.nzz.ch/international/der-machtkampf-in-bosnien-herzegowina-spitzt-sich-zu-ld.1745504> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Parish, Matthew (2013): Bosnian Serb Secession: Could it ever happen? The University of Texas at Austin. Abgerufen unter: https://minio.la.utexas.edu/webeditor-files/european_studies/pdf/secession20paper20parrish.pdf [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Pepi, Paul (2021): The Road to Independence: Historical Background, Legality, and Legitimacy of the Proposed Secession of the Bosnian Serbs from Bosnia and Herzegovina. In: Penn State Journal of Law and International Affairs, 10(1), S.250-290.
- Perry, Valery (2019): Frozen, stalled, stuck, or just muddling through: The post-Dayton frozen conflict in Bosnia and Herzegovina. In: Asia Europe Journal, 17. <https://doi.org/10.1007/s10308-018-0525-6>. S.107-127.

- Petrović, Slobodan (2021): The political system of Bosnia and Herzegovina and the fault lines set down in the Dayton Agreement. In: SEER Journal for Labour and Social Affairs, 24(1), S.107-120.
- Piacentini, Arianna (2020): Nonaligned Citizens”: Ethnic Power-Sharing and Nonethnic Identities in Bosnia Herzegovina. The Case of Sarajevo. In: Nationalities Papers, 48(4). <https://doi.org/10.1017/nps.2019.61>. S.707-720.
- Pöllmann, Guido (2021): Die politische Dimension von Sezessionen. In: Bergbauer, Harald & Mann, Gerald (Hrsg.): Neugestaltung der Staatenwelt im 21. Jahrhundert. Wiesbaden, Springer Gabler, S.9-17.
- Radio Free Europe (2022): Bosnian Serb Representatives Allowed To Rejoin Central Institutions. Abgerufen unter: <https://www.rferl.org/a/bosnia-serb-boycott-central-institutions/31682980.html> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Radio Slobodna Evropa (2016): Dodik i Čović u političkoj igri oko Ustavnog suda BiH. Abgerufen unter: <https://www.slobodnaevropa.org/a/bih-ustavni-sud-dodik-covic/28184619.html> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Radio Slobodna Evropa (2023a): Dodik najavljuje moguće 'otcjepljenje' RS u slučaju nametanja odluka o imovini. Abgerufen unter: <https://www.slobodnaevropa.org/a/bih-drzavna-imovina-rs-dodik/32414544.html> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Radio Slobodna Evropa (2023b): U RS stupio na snagu Zakon o nepokretnoj imovini, uprkos suspenziji OHR-a. Abgerufen unter: <https://www.slobodnaevropa.org/a/zakon-o-nepokretnoj-imovini-stupio-na-snagu-rs-/32292132.html> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Radio Slobodna Evropa (2023c): Schmidt poništio antidejtonske zakone Skupštine RS-a i izmijenio Krivični zakon BiH. Abgerufen unter: <https://www.slobodnaevropa.org/a/schmidt-dodik-odluka-rs-ohr-ustavni-sud/32485009.html> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Radio Slobodna Evropa. (2023d): Dodik potpisao ukaz, kleveta krivično djelo u Republici Srpskoj. Abgerufen unter: <https://www.slobodnaevropa.org/a/kriminalizacija-klevete-milorad-dodik-sloboda-medija-/32553777.html> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Reimers, Patrick (2019): Secession, Democracy & Human Rights. In: MISES Journal, 7(1), S.1-23.
- Republika Srpska (2018): RS's 20th Report to the UN Security Council Abgerufen unter: <https://vladars.rs/eng/Documents/Republika%20Srpska's%2020th%20Report%20to%20the%20UNSC.pdf> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Rhotert, Alexander/Rolofs, Alexander (2020): 25 Jahre nach Dayton: Hält der Frieden in Bosnien und Herzegowina? In: Südosteuropa Mitteilungen, 06, S.25-38.

- Rice, Mackenzie (2017): Building a State From a Broken Nation: The Case of Bosnia-Herzegovina. In: Towson University Journal of International Affairs, 50(2), S.1-15.
- Richter, Solveig (2018): Bosnien und Herzegowina und die Europäische Union: Eine ambivalente Beziehung. In: Flessenkemper, Tobias & Moll, Nicolas (Hrsg.): Das politische System Bosnien und Herzegowinas - Herausforderungen zwischen Dayton-Friedensabkommen und EU-Annäherung. Wiesbaden, Springer VS, S. 243-274.
- Richter, Solveig/Gavrić, Saša (2010): Das politische System Bosnien und Hercegovinas. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen System Osteuropas. Heidelberg, Verlag für Sozialwissenschaften, S.837-895.
- Rrustemi, Arlinda (2020): Far-Right Trends in South Eastern Europe: The Influences of Russia, Croatia, Serbia and Albania. The Hague Centre for Strategic Studies. Abgerufen unter: <https://hcss.nl/report/far-right-trends-in-south-eastern-europe-the-influences-of-russia-croatia-serbia-and-albania/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- RTRS (2018): Srpska puno ulaze u Opštinu Gradiška. Abgerufen unter: <https://lat.rtrs.tv/vijesti/vijest.php?id=303778> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- RTRS (2021): Konferencija za novinare - Milorad Dodik, srpski član Predsjedništva BiH, 23.07.2021. Abgerufen unter: <https://www.youtube.com/watch?v=5QrM9pn5SL4> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- RTRS (2022): Trivićeva radi za međunarodni faktor, a protiv interesa Srpske. Abgerufen unter: <https://lat.rtrs.tv/vijesti/vijest.php?id=486956> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- RTRS (2023): Dodik: Svirepi zločin nad Srbima u Mrkonjić Gradu postoji, koliko god ga drugi ignorisali. Abgerufen unter: <https://lat.rtrs.tv/vijesti/vijest.php?id=508197> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- RTRS (2024a): Dodik: Nije tačno da je u Srebrenici počinjen genocid. Abgerufen unter: <https://lat.rtrs.tv/vijesti/vijest.php?id=552186> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- RTRS (2024b): Jutarnji Program: Gost Milorad Dodik, 23.07.2024. Abgerufen unter: https://www.youtube.com/watch?v=cJKrTuE_LD0 [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- RTRS (2024c): Poruka mitinga "Srpska te zove": Republika Srpska nije inat, Republika Srpska je sloboda. Abgerufen unter: <https://lat.rtrs.tv/vijesti/vijest.php?id=552250> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- RTV BN (2021): Dodik pokrenuo peticiju, građani spontano potpisuju. Abgerufen unter: <https://www.rtvbn.com/4009965/dodik-pokrenuo-peticiju-gradjani-spontano-potpisiju> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- RTV BN (2023a): Podnesena tužba za klevetu protiv Milorada Dodika. Abgerufen unter: <https://www.rtvbn.com/4048851/podnesena-tuzba-za-klevetu-protiv-milorada-dodika> [letzter Aufruf: 10.12.2024].

- RTV BN (2023b): Podnesena tužba za klevetu protiv Milorada Dodika. Abgerufen unter: <https://www.rtvbn.com/4048851/podnesena-tuzba-za-klevetu-protiv-milorada-dodika> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- RTV BN (2023c): "Mi znamo šta branimo, oni ne znaju šta napadaju" U Banjaluci su ovih dana osvanuli bordi sa Predsjednikom RS Miloradom Dodikom. Abgerufen unter: <https://www.rtvbn.com/4049442/mi-znamo-sta-branimo-oni-ne-znaju-sta-napadaju> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- RTV BN (2024): Dodik: Završen je dokument o mirnom razdruživanju. Abgerufen unter: <https://www.rtvbn.com/4061765/dodik-završen-je-dokument-o-mirnom-razdruzivanju> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Ruge, Maja (2020): Hostage State: How to Free Bosnia From Dayton's Paralysing Grip. European Council on Foreign Relations. Abgerufen unter: <https://ecfr.eu/publication/how-europe-and-the-us-can-take-bosnia-beyond-dayton-25-years-later/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Sahadžić, Maja (2024): Multilevel constitutionalism and diversity: Prospects for secession in Bosnia and Herzegovina? In: Abat i Ninet, Antoni (Hrsg.): Constitutional Law and Politics of Secession. New York, Routledge, S.214-233.
- Sarcinelli, Ulrich (2019): Sprache, Politik und die Perspektiven der politischen Rhetorik in Deutschland. In: Kalivoda, Gregor, Kalverkämper, Hartwig & Ueding, Gert (Hrsg.): Handbuch politische Rhetorik. Berlin/Boston, De Gruyter, S.301-324.
- Savanović, Aleksandar/Vranješ, Aleksandar/Vranješ, Nevenko & Željko Budimir (2020): Izvori, geneza i priroda secesionističke retorike u Republici Srpskoj. In: Politicka Misao, 57(1). <https://doi.org/10.20901/pm.57.1.05>. S.93-126.
- Scharpf, Fritz W (2000): Institutions in Comparative Policy Research. In: Comparative Political Studies, 33(6-7). <https://doi.org/10.1177/001041400003300604>. S.762-790.
- Schiffers, Sonja (2018): Gespaltenes Bosnien-Herzegowina - Mit Moskaus Unterstützung bremst die Republika Srpska die EU- und Nato-Beitrittsprozesse. In: SWP-Aktuell, 47, S.1-4.
- Schimmelfennig, Frank (2021): Internationale Politik. Paderborn, Brill/Schöningh.
- Seham, Areff (2015): Anything but War is good enough - Conflict mapping Sarajevo, Bosnia and Herzegovina. Thesis. University of Oxford.
- Sokolić, Ivor (2021): Talk of secession in Bosnia-Herzegovina is obscuring the real problems faced by ordinary citizens. Abgerufen unter: <https://blogs.lse.ac.uk/euoppblog/2021/11/16/talk-of-secession-in-bosnia-herzegovina-is-obscuring-the-real-problems-faced-by-ordinary-citizens/> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- SRNA (2024): Dodik: Serb People Having Strength and Faith to Restore Holy Places is Important. Abgerufen unter: <https://srna.rs/novost/1234612/dodik-serb-people->

[having-strength-and-faith-to-restore-holy-places-is-important](#) [letzter Aufruf: 10.12.2024].

stav.ba (2024): Dodik: SDA je zlo koje nije dozvolilo da BiH bude „normalna zajednica.“ Abgerufen unter: <https://stav.ba/vijest/dodik-sda-je-zlo-koje-nije-dozvolilo-da-bih-bude-normalna-zajednica/28138> [letzter Aufruf: 10.12.2024].

Stojarovà, Vera (2023): Political and Societal Security in the Western Balkans: One Step Forward, Two Steps Backward. In: Džuverović, Nemanja & Stojarovà, Vera (Hrsg.): Peace and Security in the Western Balkans. London, Routledge, S.156-175.

Stopić, Zvonimir (2022): Bosnia-Herzegovina political briefing: Valentin Inzko's last move and the new political crisis in Bosnia and Herzegovina. In: China CEE Institute Weekly Briefing, 43(1).

Toal, Gerard (2013): Republika Srpska will have a referendum: The rhetorical politics of Milorad Dodik. In: Nationalities Papers, 41(1). <https://doi.org/10.1080/00905992.2012.747500>. S.166-204.

Toth, Rene (2011): Zwischen Konflikt und Kooperation - Fünfzehn Jahre Friedenskonsolidierung in Bosnien und Herzegowina. Wiesbaden, VS Research.

Tuschhoff, Christian (2015): Großtheorien Internationaler Beziehungen. In Tuschhoff, Christian (Hrsg.): Internationale Beziehungen. München, UVK-Verlag, S.24-48.

Tushnet, Mark (2024): Secession, policy autonomy, and recognition. In: Abat i Ninet, Antoni (Hrsg.): Constitutional Law and Politics of Secession. New York, Routledge, S.128-143.

Ustav Bosne i Hercegovine. Verfassung von Bosnien und Herzegowina (o.J.). Abgerufen unter: https://www.ustavnisud.ba/public/downUSTAV_BOSNE_I_HERCEGOVINE_bos.pdf [letzter Aufruf: 10.12.2024].

Ustavni Sud Bosne i Hercegovine (2022): Predmet broj U 10/22 - Odluka o Dopustivosti i Meritumu. Verfassungsgericht von Bosnien und Herzegowina. Abgerufen unter: https://www.ustavnisud.ba/uploads/odluke/_hr/U-10-22-1342532.pdf [letzter Aufruf: 10.12.2024].

Usvatov, Pavel/Muharemović, Mahir (2022): Der blockierte Staat - Bosnien und Herzegowina zwischen EU-Perspektive und politisch verursachter Lähmung. kas Auslandsinformationen. Abgerufen unter: <https://www.kas.de/de/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/der-blockierte-staat> [letzter Aufruf: 10.12.2024].

Voice of America (VoA) (2023): Dodik potpisao ukaz, kleveta krivično djelo u Republici Srpskoj. Abgerufen unter: <https://ba.voanews.com/a/dodik-potpisao-ukaz-kleveta-krivicno-djelo-u-republici-srpskoj/7230713.html> [letzter Aufruf: 10.12.2024].

- Vrbetić, Marta (2024): Protecting Dayton's Shared Governance by Countering Faux Narratives of Russia's Influence in Bosnia and Herzegovina. In: National Security and the Future, 1(25), S.213-286.
- Vukojević, Stefan (2023): Politička stabilnost u duboko podijeljenim društvima: Nalazi iz postdejtonske Bosne i Hercegovine. In: Političke Perspektive, 13(2). <https://doi.org/10.20901/pp.13.2.05>. S.109-130.
- Vulović, Marina (2023): Krise in Bosnien-Herzegowina: Jahrelanger Machtkampf spitzt sich zu. Stiftung Wissenschaft und Politik. Abgerufen unter: <https://www.swp-berlin.org/publikation/krise-in-bosnien-herzegowina-jahrelanger-machtkampf-spitzt-sich-zu> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Wagener, Volker (2023): Bosniens Separatist Milorad Dodik vor Gericht. In: Deutsche Welle, 07.12.2023. Abgerufen unter: <https://www.dw.com/de/bosniens-separatist-milorad-dodik-steht-vor-gericht/a-67657888> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Wendt, Alexander (1992): Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics. In: International Organization, 46(2), S.391-425.
- Wheatley, Steven (2014): Modelling Democratic Secession in International Law. In: Tierney, Stephen (Hrsg.): Nationalism and Globalisation: New Settings, New Challenges. Oxford, Hart Publishing, S.1-33.
- Wodak, Ruth (1999): The discursive construction of national identity. Edinburgh, Edinburgh University Press.
- Wybranowski, Dariusz (2012): Will the Serbian Republic in Bosnia and Herzegovina be able to make it to independence? Certain political ambitions of President Milorad Dodik. Bulletin Institute for Western Affairs. Abgerufen unter <https://www.iz.poznan.pl/plik,pobierz,406,d778bcf4bc39786693835df71d37cdff/526-96%20eng.pdf> [letzter Aufruf: 10.12.2024].
- Yildiz, Taylan (2016): Konstruktivistische Ansätze in der Vergleichenden Politikwissenschaft. In: Lauth, Hans-Joachim, Kneuer, Marianne & Pickel, Gert (Hrsg.): Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden, Springer Fachmedien, S.247-260.
- Zorić, Bojana/Stojarová, Vera (2023): Building Sustainable Peace and Security in Bosnia and Herzegovina. In: Džuverović, Nemanja & Stojarová, Vera (Hrsg.): Peace and Security in the Western Balkans. London, Routledge, S.30-49.

Anhang 1

Quellen zu den Codierungen in MAXQDA

1. Fallstudie: Dodiks Reaktionen auf das Gesetz gegen die Leugnung des Srebrenica-Genozids, welches von OHR Inzko initiiert wurde (2021)
 - <https://n1info.ba/english/news/dodik-names-inzkos-decision-on-genocide-denial-the-last-nail-in-bihs-coffin/>
 - <https://www.dw.com/hr/inzko-nametnuo-zakon-o-negiranju-genocida/a-58612728>
 - https://srebrenicamemorial.org/assets/photos/editor/_mcs_izvjestaj_ENG_2022_FINAL_DI.pdf
 - <https://balkans.aljazeera.net/news/balkan/2021/7/25/dodik-trazi-povlacenje-inzkovog-zakona-nato-porucje-da-je-integritet-bih-neupitan>
 - <https://hms.ba/dodik-rs-odbacuje-zakon-u-srebrenici-se-nije-dogodio-genocid/>
 - [https://www.narodnaskupstinars.net/sites/default/files/upload/dokumenti/zapisnici sa sjednica/lat/X saziv Zapisnik sa dvadesete posebne sjednice.zip](https://www.narodnaskupstinars.net/sites/default/files/upload/dokumenti/zapisnici%20sa%20sjednica/lat/X%20saziv%20Zapisnik%20sa%20dvadesete%20posebne%20sjednice.zip)
 - <https://www.klix.ba/vijesti/bih/tuzilastvo-bih-o-dodikovom-negiranju-genocida-potrebno-je-angazirati-medjunarodne-eksperte/230223091>
 - <https://www.slobodenpecat.mk/en/dodik-zapochna-peticija-protiv-nametnatiot-zakon-za-zabrana-za-negiranje-genocid-eu-gi-povika-liderite-na-bih-da-se-vozdrzhat-od-vospalitelna-retorika/>
 - <https://net.hr/danas/svijet/dodik-pokrenuo-peticiju-u-kojoj-se-tvrdi-da-u-srebrenici-nije-bilo-genocida-a27f3a36-ebe4-11eb-86f1-a2d85098f6e5>
 - <https://www.rtvbn.com/4009965/dodik-pokrenuo-peticiju-gradjani-spontano-potpisiju>
 - <https://www.bbc.com/serbian/lat/balkan-57981468>
 - <https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/332-nie-wieder-genozid-aufarbeitung-statt-leugnung/gesetz-gegen-genozid-leugnung/>
 - <https://balkans.aljazeera.net/news/balkan/2021/7/23/dodik-genocid-se-nije-desio-rs-ide-na-disoluciju-bih>
 - <https://www.bhrt.ba/godina-dana-inckovog-zakona-za-negiranje-genocida-još-niko-nije-optužen>
 - <https://avaz.ba/vijesti/bih/716968/dodik-za-rs-ne-postoji-zakon-o-zabrani-negiranja-genocida>
 - <https://n1info.rs/region/dodik-jedino-resenje-za-bih-ponistavanje-zakona-o-negiranju-genocida/>
 - <https://balkans.aljazeera.net/news/balkan/2021/8/12/dodik-apsolutno-bih-prije-isao-u-zatvor-nego-priznao-da-se-u-srebrenici-desio-genocid>
 - <https://n1info.ba/vijesti/milorad-dodik-nazvao-armiju-rbih-zlocinackom-organizacijom/>
 - <https://www.theguardian.com/world/2021/dec/22/eu-working-to-amend-law-on-srebrenica-genocide-denial-to-blame-for-bosnia-crisis>
 - <https://www.slobodnaevropa.org/a/most-dodik-prijetnje/31537058.html>
 - <https://www.rferl.org/a/bosnia-serb-boycott-central-institutions/31682980.html>
 - <https://www.slobodnaevropa.org/a/inzko-zakon-negiranje-genocida-bih-dodik/31377554.html>

2. Fallstudie: Diskurs über das „unbewegliche Vermögen“ der RS (2022)

- <https://faktor.ba/bosna-i-hercegovina/aktuelno/dodik-ponovo-prijeti-ili-ce-nepokretna-imovina-biti-vlasnistvo-rs-a-ili-mi-necemo-biti-u-bih/150722>
- <https://www.slobodnaevropa.org/a/milorad-dodik-imovina-bih/32296506.html>
- <https://balkans.aljazeera.net/teme/2022/12/29/zbog-cega-je-dodiku-vazan-zakon-o-nepokretnoj-imovini-rs-a>
- <https://www.dw.com/bs/rs-zakon-ce-sutra-stupiti-na-snagu/a-61458178>
- <https://www.slobodnaevropa.org/a/bosna-hercegovina-republika-srpska-skupstina-zakon-nepokretna-imovina/32608148.html>
- <https://www.slobodnaevropa.org/a/zakon-o-nepokretnoj-imovini-stupio-na-snagu-rs-/32292132.html>
- <https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/bosnien-serben-widersetzen-sich-dekret-des-internationalen-gesandten/>
- <https://bljesak.info/vijesti/politika/dodik-odvojit-cemo-rs-ako-nam-pokusate-oteti-imovinu/412627>
- <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/bosnien-herzegowina-dodik-schmidt-krise-spaltung-100.html>
- <https://www.slobodnaevropa.org/a/ohr-zakon-o-nepokretnoj-imovini-rs-bih/32289742.html>
- <https://www.derstandard.at/story/2000134758371/hoher-repraesentant-schmidt-greift-in-bosnien-ein-und-annulliert-gesetz>
- <https://glashrvatske.hrt.hr/de/aus-der-welt/bosnien-herzegowina-milorad-dodik-droht-mit-der-bspaltung-der-republika-srpska-11241363>
- <https://www.slobodenpecaat.mk/de/dodik-povtorno-se-zakani-deka-kje-proglasi-nezavisnost-na-republika-srpska/>
- <https://lat.rtrs.tv/vijesti/vijest.php?id=470850>
- <https://www.slobodnaevropa.org/a/dodik-prijetnja-nezavisnost-rs/32590729.html>
- <https://www.euronews.rs/evropa/region/79461/dodik-nastavicemo-da-sprovodimo-zakon-o-nepokretnoj-imovini/vest>
- <https://www.klix.ba/vijesti/bih/dodik-odbacio-schmidtovu-odluku-zakon-o-nepokretnoj-imovini-rs-a-ostaje-na-snazi/230227180>
- <https://www.oslobodjenje.ba/vijesti/bih/u-nsrs-u-usvojen-neustavni-zakon-o-nepokretnoj-imovini-dodik-necemo-dijeliti-imovinu-sa-bih-822015>
- <https://n1info.ba/vijesti/dodik-uprkos-odluci-schmidta-zakon-o-nepokretnoj-imovini-stupa-na-snagu-sutra/>
- <https://www.atvbl.rs/republika-srpska/dodik-sutra-stupa-na-snagu-zakon-o-nepokretnoj-imovini-13-4-2022>

3. Fallstudie: Gesetz der RS-Regierung zur Aussetzung der Entscheidungen des bosnisch-herzegowinischen Verfassungsgerichts sowie die Veröffentlichung der Entscheidungen des OHR in der Republika Srpska (2023)

- <https://www.slobodnaevropa.org/a/ohr-schmidt-dodik-ustavni-sud-odluka-nsrs/32480841.html>
- <https://www.slobodnaevropa.org/a/schmidt-dodik-odluka-rs-ohr-ustavni-sud/32485009.html>
- <https://www.slobodnaevropa.org/a/schmidt-odkule-dodik-ohr-rs/32485134.html>
- <https://www.balkanicaucaso.org/bhs/zone/Bosna-i-Hercegovina/Nastavak-rusenja-institucija-BiH-Politicki-pritisci-na-Ustavni-sud-BiH-226027>

- <https://www.slobodnaevropa.org/a/parlament-rs-nepostivanje-odluka-ustavni-sud-bih/32477735.html>
- <https://balkans.aljazeera.net/news/balkan/2023/6/27/danas-posebna-sjednica-nrsrs-o-neprijmjenjivanju-odluka-ustavnog-suda-bih>
- <https://balkans.aljazeera.net/news/balkan/2023/7/1/visoki-predstavnik-odbacio-zakon-rs-a-o-ustavnom-sudu-bih>
- <https://www.tagesspiegel.de/internationales/dodik-erlasst-gesetz-gegen-schmidt-prasident-der-republika-srpska-wendet-sich-von-hohem-representanten-ab-10113334.html>
- <https://www.derstandard.at/story/3000000176609/sezessionist-dodik-attackiert-verfassungsgericht>
- <https://www.nzz.ch/international/der-machtkampf-in-bosnien-herzegowina-spitzt-sich-zu-ld.1745504>
- <https://www.derstandard.at/story/3000000176609/sezessionist-dodik-attackiert-verfassungsgericht>
- <https://www.derstandard.at/story/3000000179019/dodik-in-bosnien-herzegowina-voll-auf-sezessionskurs>
- <https://www.federalna.ba/usvojen-zakon-o-neprijmjenjivanju-odluka-ustavnog-suda-bih-u-rs-u-wxzm>
- <https://www.nezavisne.com/novosti/bih/Dodik-Zakon-o-neprijmjenjivanju-odluka-Ustavnog-suda-BiH-samo-prvi-korak/777970>
- <https://avaz.ba/vijesti/bih/847020/dodik-rs-ne-primjenjuje-odluke-ustavnog-suda-bih>

4. **Fallstudie:** Diskurs um die Veröffentlichung des Dokuments zur „friedlichen Aufteilung der Entitäten“ – „Dokument o mirnom razdruživanju“ (2024)

- <https://www.rtvbn.com/4061765/dodik-završen-je-dokument-o-mirnom-razdruživanju>
- <https://www.klix.ba/vijesti/bih/dodikov-dokument-o-mirnom-razdruživanju-otvoreno-krsi-krivicni-zakon-bosne-i-hercegovine/240702082>
- <https://n1info.ba/vijesti/donosimo-dodikov-prijedlog-o-mirnom-razdruživanju-drugi-naziv-dokumenta-poruka-ista/>
- <https://bljesak.info/vijesti/politika/ovo-su-detilji-dodikovog-dokumenta-o-mirnom-razdruživanju/459480>
- <https://www.slobodnaevropa.org/a/skuptina-rs-razdruživanje/33028190.html>
- <https://6yka.com/bih/objavljen-kompletan-dokument-pogledajte-sta-pise-u-sporazumu-o-mirnom-razdruživanju-rs-i-fbih/>
- <https://www.oslobodjenje.ba/vijesti/bih/dodik-tvrđi-da-je-dokument-o-mirnom-razdruživanju-gotov-poziva-fbih-da-se-izjasni-965467>
- <https://www.danas.rs/svet/region/dodik-razdruživanje-pravni-osnov/>
- <https://avaz.ba/vijesti/bih/926694/dodik-rs-nema-plan-o-secesiji-tezim-da-mirno-razdruživanje-bude-i-volja-drugih>
- <https://www.nin.rs/svet/vesti/50442/dodik-sporazum-o-mirnom-razdruživanju-bice-ponuden-fbih-do-kraja-juna>
- <https://nova.rs/vesti/politika/dodik-spreman-sam-da-federaciji-bih-dam-dve-milijarde-za-razdruživanje-sa-rs-trazicu-da-nas-vucic-podrzy-u-razgranicenju/>
- <https://www.dw.com/hr/dodik-se-želi-razdružiti-s-federacijom-bih/a-65405575>

Anhang 2

Codesystem

Liste der verwendeten Codes

Häufigkeit der Codes

Nationalismus	10
<i>Aufruf zur Einheit der RS</i>	5
<i>Nationalistische Symbolik</i>	6
<i>Ethnische Abgrenzung</i>	7
<i>Kritik an der internationalen Gemeinschaft</i>	23
Angstmacherei	24
<i>Bedrohung durch andere ethnische Gruppen</i>	15
Kritik Zentralregierung	13
<i>Aufruf zur Blockade</i>	4
<i>Delegitimierung</i>	57
Unabhängigkeit der RS	17
<i>Zukunftsvisionen der RS</i>	14
<i>Stärkung der RS</i>	8
Sezession/Abspaltung	42
<i>Drohung</i>	22
<i>Rechtliche Grundlagen</i>	4
<i>Historische Argumentation</i>	11
Vergebene Codes insgesamt	282